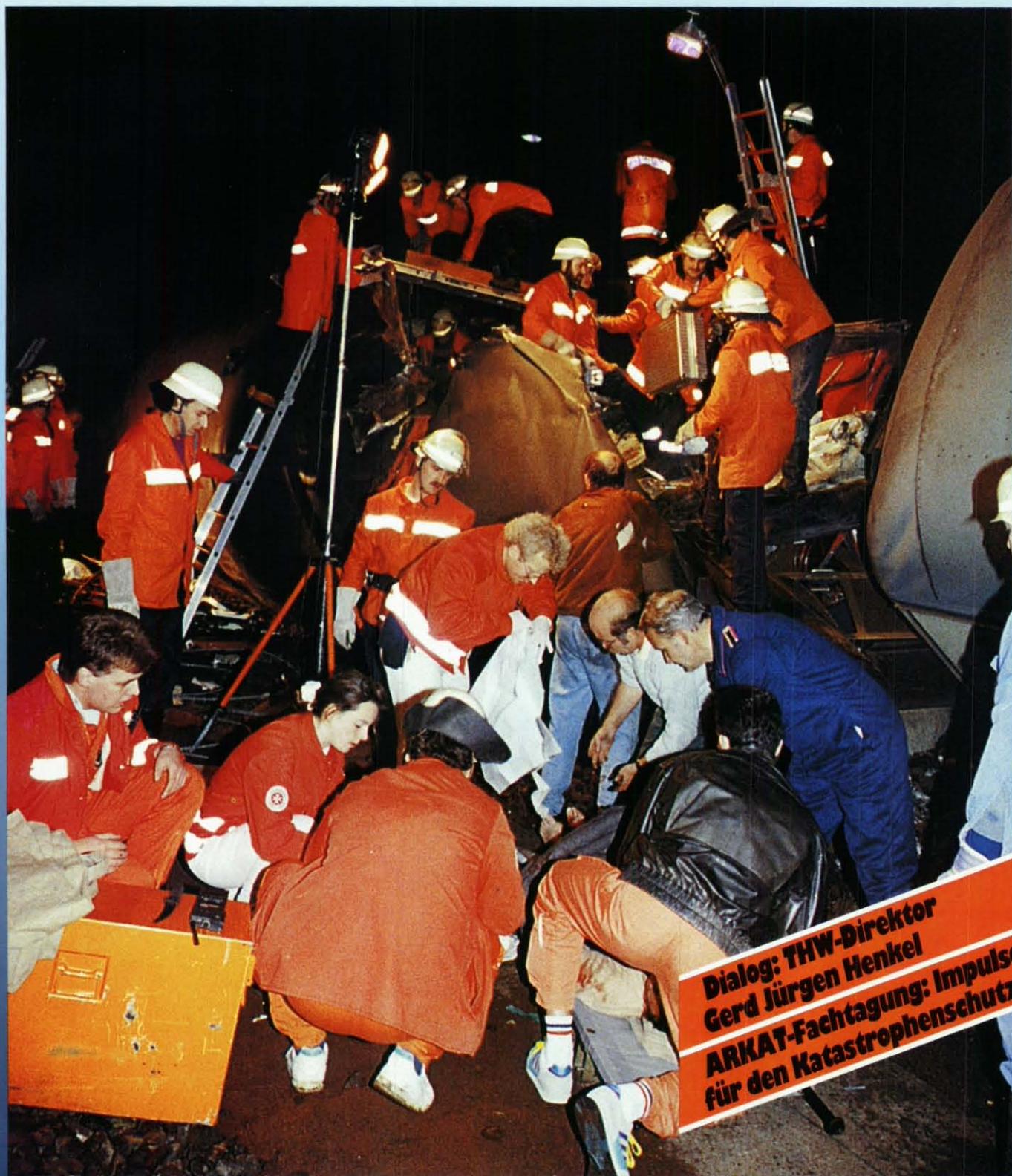


Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



**Dialog: THW-Direktor
Gerd Jürgen Henkel
ARKAT-Fachtagung: Impulse
für den Katastrophenschutz**



Briefmarken, die Dank sagen

Humanitäre Hilfe im Spiegel der Philatelie

Isle of Man
Ausgabetag: 18. 9. 1992

Wert 17 Pence: Handwagen der Stadt Laxey. Dieser schmale Handwagen, ausgestattet mit Schlauch und Standrohr, war bekannt für seine faltbare Hakenleiter. Er wurde gekauft zu einer Zeit, als die Feuerwehr Laxey gegründet wurde (1920), ist aber weit früheren Baujahres.

Wert 21 Pence: Pferdegezogene Dampfmaschine. 1900 wurde die neue Stadthalle von Douglas eröffnet, die auch eine Feuerwache beher-

bergte. Das neue Feuerwehrgerät wurde 1909 gekauft und zu Ehren des Gouverneurs der Isle of Man „Raglan“ getauft. Schwierigkeiten mit dem „Antrieb“ kam 1914 mit der Einführung von motorangetriebenen Bussen in der Stadt auf, denn bis dahin war es Usus, daß die Stadt ihre für den Busbetrieb gehaltenen Pferde der Feuerwehr im Notfall auslieh.

Wert 30 Pence. Die Merryweather Hatfield Pumpe. Dieses Fahrzeug wurde Mitte der 30er Jahre auf die Insel gebracht und war bis nach dem Zweiten Weltkrieg in Gebrauch. Das neue Wehrgerät wurde 1936 bei einer Vorführung in Peveril Square in Douglas der breiten Öffentlichkeit vorgeführt.

Wert 33 Pence: Dennis F8 Pumpenfahrzeug. 1953 gekauft und stationiert in Peel, erwies es sich als äußerst zuverlässiges Fahrzeug. Später wurden deshalb weitere für die Wehren der Insel angeschafft. Im Fahrzeug befand sich neben der üblichen Ausrüstung ein 300-Gallonen-Wassertank.

Wert 37 Pence: Volvo-Drehleiter. 1989 konnte die Feuerwehr dieses moderne Fahrzeug mit seiner 30 Meter langen Metz-Leiter in Dienst stellen. Es ist stationiert in Douglas. Auf der Marke ist im Hintergrund die Hauptfeuerwache und Leitzentrale abgebildet

MANX FIRE ENGINES
 AGM of the
 Fire Brigade Society
 Douglas-September 1991
 Isle of Man Post Office First Day Cover

Anschrift der Redaktion:

53131 Bonn
Postfach 200161, Ruf (0228) 940-0
Telefax (0228) 9402702

Impressum:

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich;
zweimal im Jahr als Doppelnummer

Chefredakteur:

Peter Eykmann

Redaktion:

Sabine Matuszak-Faßbender
Günter Sers, Paul Claes

Layout:

Paul Claes

Druck,

Herstellung und Vertrieb:

Druckhaus Coburg
Postfach 1525
96405 Coburg
Tel. 09561/8635-0, Telefax 8635-44

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Umschau

2

Aktuelles im Blickpunkt

„Neue Strukturen, neue Geräte, neue Techniken, das wird die Zukunft des THW sein“

6

THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel im Dialog

„Führung, Logistik und Kommunikation als Schlüsselfaktoren für ein integriertes Gefahrenmanagement“

11

7. ARKAT-Fachtagung erörtert neue Möglichkeiten

Personale Hilfe in Staat und Gesellschaft

14

Dr. Paul Wilhelm Kolb zur Kultur des Helfens

„Diktat der leeren Kassen“

17

Fachtagung zu Sicherheit und Zivilschutz

Zeigen, was der Katastrophenschutz vermag

23

„Tag der offenen Tür“ des Katastrophenschutzes in Nürnberg

Engagement des Bundes bei der Gefahrenabwehr in den neuen Bundesländern

26

Aufbaustand des erweiterten Katastrophenschutzes – Teil 2

Bundesverband für den Selbstschutz

35

Technisches Hilfswerk

38

Warndienst

40

Deutsches Rotes Kreuz

41

Arbeiter-Samariter-Bund

43

Johanniter-Unfall-Hilfe

45

Malteser-Hilfsdienst

47

Deutscher Feuerwehrverband

49

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

51

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

53

Bücher

56

Termine

5

Jahresregister für 1993

27

Minimagazin

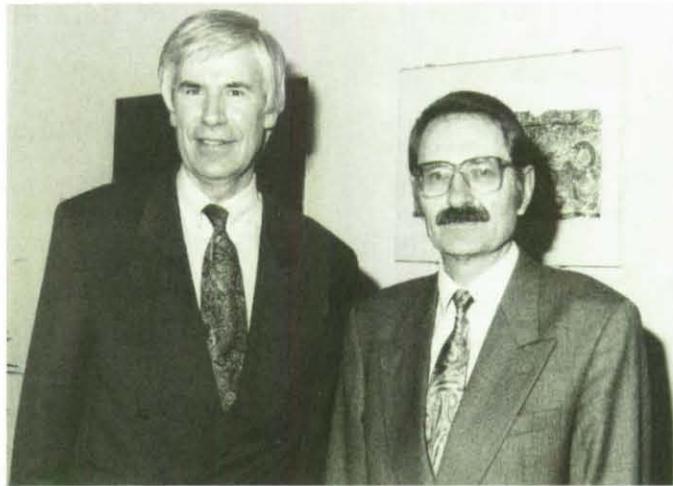
U 3

Informationsbesuch bei den Zivilschutzbehörden

Den Zivilschutzbehörden in Bonn-Bad Godesberg stattete der Leiter der neugebildeten Abteilung LZV (Leitungsstab; Zivile Verteidigung) im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. Rüdiger Kass, einen Informationsbesuch ab.

BVS-Direktor Helmut Schuch erläuterte die neue Organisations- und Führungsstruktur des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Herr Dr. Kass ließ sich über die BVS-Neukonzeption informieren und diskutierte mit den Referatsleitern Umsetzungsmöglichkeiten und Schwerpunktsetzungen für die Zukunft.

Als erstes Zwischenresümee der laufenden Erprobungsphase nannte Koordinator Peter Eykmann, daß die BVS-Aufgaben mit der neuen Struktur sachgerecht wahrgenommen werden könnten. So seien die Berater für Planung, Organisation und Helferbetreuung in ihre neuen Aufgaben zur Unterstützung bei der Planung des Selbstschutzes für den Krisen-, Spannungs- und Verteidigungsfall eingewiesen und heute bereits in der Lage, die Bedarfsträger, insbesondere die Gemeinden, sachgerecht zu informieren. Der Schwerpunkt der BVS-Arbeit liege bei der Information und Aufklärung sowie der Öffentlichkeitsarbeit für den gesamten Zivilschutz. Hierzu gehöre auch die Akzeptanzwerbung für den Zivilschutz und die Schaffung von Motivation zum Selbstschutz. Große Bedeutung habe die Öffentlichkeitsarbeit für die Helferwerbung aller im Zivilschutz mitwirkenden Organisationen. Deswegen sei auch die Ausbil-



Bei seinem Besuch wird Ministerialdirektor Dr. Kass (links) von BVS-Direktor Helmut Schuch begrüßt.

dung der BVS-Mitarbeiter, die in der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, neu formuliert und intensiviert worden. BVS-Direktor Helmut Schuch machte deutlich, daß

in der Ausbildung die zivilschutzorientierte Wissensvermittlung von Ausbildungskräften und Multiplikatoren der Gemeinden und Arbeitsstätten im Vordergrund stehe.

Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer erhielten heute eine Allroundausbildung, um den Gemeinden und der Bevölkerung in allen Informations- und Ausbildungsfragen zur Verfügung stehen zu können. Die verbleibenden hauptamtlichen Ausbildungskräfte des BVS würden vorwiegend in Behörden und Betrieben eingesetzt werden. Zugleich wirke der BVS bei der Zivilschutzausbildung der im erweiterten Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen mit.

Der BMI-Abteilungsleiter kündigte baldige Ergebnisse der eingesetzten Projektgruppe an. Diese Vorschläge sollten in einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit von allen Beteiligten in die Praxis umgesetzt werden.

Luftrettungs- bilanz '93

Fast 50 000 Mal sind die bundesdeutschen Rettungshubschrauber im vergangenen Jahr zu ihren oft lebensrettenden Einsätzen gestartet. Insgesamt haben sie dabei 41 600 Patienten auf schnellstem Weg ärztliche Hilfe an den Notfallort gebracht. In 12 000 Fällen wurden die Erkrankten oder Verletzten in eine Klinik geflogen, bei den übrigen Einsätzen reichte es aus, die Patienten an Ort und Stelle ärztlich zu versorgen. Knapp 6200 Mal wurden Erkrankte oder Verletzte per Rettungshubschrauber in eine für sie besser geeignete Klinik transportiert.

Insgesamt verfügt das bundesdeutsche Luftrettungsnetz über 47 Standorte. 22 davon stehen unter der Regie des Katastrophenschutzes, der dem Bundesinnenministerium untersteht. Für 10 Stationen stellt der ADAC Maschinen und Piloten, für 8 Stützpunkte ist die Bundeswehr verantwortlich und 7 werden von der Deutschen Rettungsflugwacht (DRF) betrieben.

Seit dem Start der Luftrettung im Jahr 1970 haben die Rettungshubschrauber insgesamt rund 580 000 Einsätze geflogen. Dabei wurden etwa 500 000 Unfall- und Notfallopfer auf die schnellstmögliche Weise ärztlich erstversorgt.

Strahlenschutz- Meßsystem IMIS nimmt seine Arbeit auf

Ein bundesweites „Integriertes Meß- und Informationssystem“ – IMIS – soll künftig die radiologische Situation in Deutschland rund um die Uhr überwachen und damit Informations- und Koordinationsspannen wie nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl verhindern. Bundesumweltminister Klaus Töpfer nahm es Mitte Dezember in Bonn offiziell in Betrieb.

IMIS ist ein Frühwarnsystem, das durch 2200 Meßstellen in ganz Deutschland konti-

nuerlich Daten über die vorhandene Umweltradioaktivität sammelt und jederzeit ein Bild der aktuellen Lage liefert, sogar Prognosen erstellen kann. In einem Reaktorenrnstfall wird die Ausbreitung der radioaktiven Strahlung vorausgerechnet, so daß vorsorgliche Maßnahmen ergriffen und Handlungsempfehlungen zum Schutz der Bevölkerung ausgesprochen werden können. IMIS schaltet dann auf „Intensivbetrieb“ und liefert Meßergebnisse im Zweistundentakt.

Das System wurde seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 schrittweise errichtet. Deutschland war seinerzeit auf ein solches nukleares Ereignis unzureichend vorbereitet. Datenwirrwarr und Abstimmungsschwierigkeiten führten zu Fehleinschätzungen, teilweise zu Überreaktionen und damit zur Verunsicherung bei der Bevölkerung.

IMIS soll solches künftig ausschließen. In dem Fernüberwachungssystem sind inzwischen alle Bundesmeßnetze mit den 2200 Stationen sowie die 16 Bundesländer mit jeweils einer Landesdatenzentrale und zusammen 48 Landesmeßstellen integriert. Außerdem wurden die fünf Bundesleitstellen und die Prognoseysteme des Deutschen Wetterdienstes in Frankfurt sowie das radiologische Modellsystem zur Berechnung der Strahlenexposition des Menschen einbezogen.

Alle Meßeinrichtungen sind durch ein rechnergestütztes Datenübertragungssystem mit dem Bundesamt für Strahlenschutz in München verbunden. Dort werden die Meßwerte in einer zentralen Datenbank gespeichert und zum Bundesumweltministerium geleitet. So können von dort unverzüglich der Situation angepaßte Maßnahmen eingeleitet und auch die Länder informiert werden.

Das Meßsystem kostete den Bund 38,8 Millionen Mark.

Mit Rußland, der Tschechischen sowie der Slowakischen Republik wurden drei Pilotprojekte vereinbart: Mit der Lieferung von IMIS-Technologie hilft die Bundesrepublik

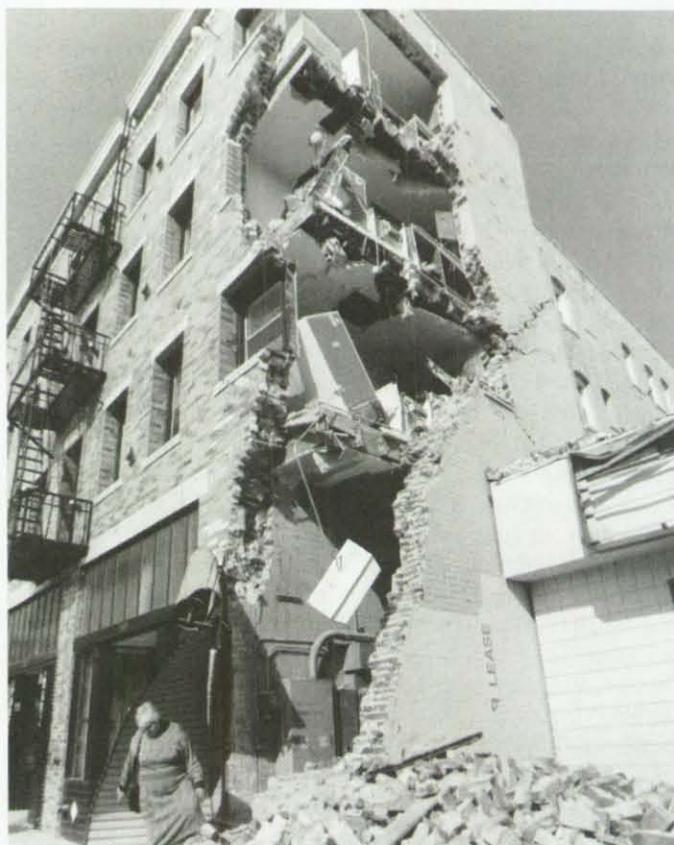
Deutschland diesen Staaten beim Aufbau eigener landesweiter Überwachungssysteme.

Bundesverband Hausnotruf-Dienst gegründet

Der Bundesverband Hausnotruf-Dienst ist in Köln von den drei großen Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Malteser-Hilfsdienst und Johanniter-Unfall-Hilfe gegründet worden. Der neue Bundesverband wird nun in Zukunft die Interessen der Hilfsbedürftigen auf sozialpolitischer Ebene gegenüber den Bundes- und Landesregierungen sowie Verwaltungskörperschaften und privaten Institutionen vertreten.

Die drei Hilfsorganisationen betreuen derzeit bereits bundesweit etwa 20 000 angeschlossene Hausnotrufteilnehmer. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird innerhalb der nächsten 40 Jahre von derzeit 1,6 Millionen bis auf 2,4 Millionen ansteigen. Gemeinsam wurde der Bundesverband Hausnotruf-Dienst ins Leben gerufen, um alten, kranken und behinderten Menschen eine Unterstützung für den Erhalt von Lebensqualität und Selbstständigkeit zu ermöglichen. Dieser Dienst bietet die Möglichkeit, sein Leben in den eigenen vier Wänden zu gestalten und doch im Notfall sofort Hilfe herbeirufen zu können.

Der Hausnotruf funktioniert denkbar einfach per Tastendruck. Ohne Wählen und sogar ohne Sprechen kann über eine rund um die Uhr besetzte Zentrale Hilfe herbeigeholt werden. Die monatlichen Kosten für den Hausnotruf-Dienst (etwa 60-80 DM) werden von den Krankenkassen nicht übernommen. Lediglich in einigen Fällen hilft das Sozialamt. Nach neuesten Plänen soll hier die Pflegeversicherung Abhilfe schaffen. Doch auch dies geschieht erst auf Drängen der Hilfsorganisationen, die mit Nachdruck beim Bundesministerium für Arbeit



Unabsehbare Schäden nach Erdbeben in Kalifornien

Unser dpa-Foto zeigt die Trümmer eines Apartmenthauses in Hollywood, das bei dem Erdbeben am 17.1. zerstört worden war. Die Zahl der Toten beläuft sich auf 46, über 3000 Menschen wurden verletzt. Nach Schätzungen haben 1000 Familien ihr Zuhause verloren. 15 000 weitere wurden vorübergehend obdachlos. Kaliforniens Gouverneur Pete Wilson schätzte die Gesamtschäden auf bis zu 30 Milliarden Dollar.

und Sozialordnung auf die Bedeutung des Hausnotruf-Dienstes hingewiesen haben. Eine spürbare sozialpolitische Lobby existiert noch nicht. Niemand kann heute sagen, ob er nicht schon morgen fremde Hilfe benötigt.

Internationales Informationsseminar

Verantwortliche Leiter oder führende Mitarbeiter von Ministerien und Zivilschutzämtern aus Bulgarien, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, der Russischen Föderation, Slowenien, der Tschechischen und Slowakischen Republik sowie Ungarn folgten der Einladung des Bundesministeriums des Innern zu den Informationsse-

minaren für Zivil- und Bevölkerungsschutz an der Brandenschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge und der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler. In den Seminaren wurden Themen wie der Zivilschutz als Staatsaufgabe, die Vorsorge gegen Gefahren und Katastrophen, das System des Katastrophen- und Zivilschutzes sowie die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers im Zivilschutz behandelt. Jedoch nahm neben theoretischen Erörterungen auch die praktische Ausbildung einen großen Stellenwert ein.

Den 53 Teilnehmern an den Seminarkursen, die sich gegenwärtig mit dem Aufbau des Zivil- und Katastrophenschutzes in ihren Ländern beschäftigen, wurden umfangreiche praktische Vorführungen und Exkursionen geboten,

wo sie vor Ort die guten Erfahrungen und Erkenntnisse beim Aufbau des Zivil- und Bevölkerungsschutzes besonders in den neuen Bundesländern kennenlernen konnten.

So wechselte Theorie und Praxis miteinander, und seitens der Teilnehmer war zu hören, daß die abgestimmten Themenkomplexe an beiden Schulen sehr interessant und lehrreich waren. Selbst der Transfer von der BKS Heyrothsberge zur KSB in Bad Neuenahr-Ahrweiler wurde für die Vermittlung von Fachproblemen genutzt. Auf diesem Wege waren die Teilnehmer beim THW-Ortsverband in Bad Lauterberg, um sich über die Arbeit in einem Ortsverband zu informieren. Darüber hinaus wurde in Bad Lauterberg die Fachdienstausstattung eines Bergungszuges vorgestellt und eingehend erläutert. Die Bedeutung der Seminare fand auch seinen Ausdruck darin, daß Vertreter aus dem Bundesministerium des Innern und aus den Innenministerien der Länder die ausländischen Gäste zu den Seminaren begrüßten. Ein abschließender Höhepunkt für alle Seminarteilnehmer war die gemeinsame Lehrgangsauswertung an der KSB Bad Neuenahr-Ahrweiler durch die Leiter beider Schulen mit der Übergabe der Zertifikate. Die Teilnehmer der drei Seminare brachten einstimmig zum Ausdruck, daß sie sich sowohl von der fachlichen Kompetenz des Lehrpersonals beider Schulen

überzeugen konnten, aber auch die Herzlichkeit und Fürsorge der Mitarbeiter der Schulen besonders schätzten.

Hessen: Dank für Hochwassereinsätze

Der Hessische Innenminister Dr. Herbert Günther hat den ehrenamtlichen Helfern gedankt, die Ende des Jahres 1993 bei Hochwassereinsätzen vorbildliche Arbeit leisteten. „Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer könnte eine solche schwierige Situation nicht gemeistert werden. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Freiwilligen Feuerwehr und der anderen Hilfsverbände sowie allen Privatleuten, die sich uneigennützig für ihre Mitbürger einsetzen“, sagte Günther.

Günther, der sich vor Ort über das Ausmaß und die Folgen der Hochwasserflut informieren ließ, zeigte sich beeindruckt von dem hohen Engagement und der Leistungsfähigkeit der ehrenamtlichen Helfer. Sie zeigten sich ausgesprochen gut vorbereitet auf derartig schwierige Einsätze. Die derzeitige Lage zeige, daß es richtig gewesen sei, den Hilfsorganisationen mit Millionen-Aufwand eine ständig verbesserte Ausstattung zu ermöglichen. Auch in Zukunft solle die Förderung auf hohem Niveau weitergehen.



Zugunglück fordert eine Tote und 93 Verletzte

Bei einem schweren Zugunglück wurden in Raisdorf bei Kiel eine Frau getötet und 93 Menschen verletzt. Der mit rund 350 Pendlern besetzte Zug war auf eingleisiger Strecke mit einem Arbeitswagen der Bahn frontal zusammengestoßen. Nach der Kollision stürzten der Steuerwagen des Eilzuges, die beiden nachfolgenden Waggons und das Arbeitsfahrzeug um. (Foto: dpa)

Thüringen: Partnerschaftliche Hilfe für Rheinland-Pfalz

„Die Thüringer Feuerwehren haben mit ihrer sofortigen Bereitschaft, dem Partnerland Rheinland-Pfalz bei der Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe zu helfen, gezeigt, daß das Land Thüringen auf solche Ausnahmesituationen gut vorbereitet ist.“ Der Thüringer Innenminister Franz Schuster sprach zugleich mit dieser Feststellung seinen Dank an Angehörige von Feuerwehren aus 17 Landkreisen und drei kreisfreien Städten aus, die sich in den Tagen der Hochwasserkatastrophe an Mosel und Rhein zu einem eventuellen sofortigen Einsatz bereit erklärt hatten.

Das Thüringer Innenministerium hatte dem Partnerland Rheinland-Pfalz am 23. Dezember 1993 Hilfe bei der Bekämpfung und Beseitigung der Hochwasserfolgen angeboten. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hatte das Angebot dankend angenommen mit dem Wunsch, daß ab dem 27. Dezember 1993 ins-

gesamt 20 Löschfahrzeuge mit einer Besatzung von jeweils neun Mann der Feuerwehr auf Abruf bereitstehen. Feuerwehren der Landkreise Apolda, Arnstadt, Bad Langensalza, Bad Salzung, Eisenach, Gotha, Heiligenstadt, Ilmenau, Jena, Mühlhausen, Nordhausen, Rudolstadt, Saalfeld, Schmalkalden, Sondershausen, Sömmerda, Worbis und der kreisfreien Städte Erfurt, Suhl und Weimar erklärten sich sofort bereit, diesem Wunsch zu folgen.

Halon-Feuerlöscher ab 1994 verboten

Halon-Feuerlöscher dürfen ab 1. Januar 1994 an aus Umweltschutzgründen nicht mehr eingesetzt werden. Ihre Verwendung ist dann strafbar. Mit dem Gas, das bis zu zehnmal stärkere Zerstörungskraft auf die Ozonschicht hat als Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), sind besonders ältere Geräte und auch Auto-Feuerlöscher gefüllt. Ob ein Feuerlöscher Halon enthält, darüber gibt die Beschriftung des Geräts Auskunft.



Auch die Erläuterung eines Planspiels stand auf dem Programm der Informationsseminare. (Foto: Streithoff)

Leserbrief

Zu dem Beitrag „Preisbildung im Rettungsdienst irrational“ in der Ausgabe 10/93 erreichte die Redaktion folgender Leserbrief des Deutschen Roten Kreuzes, Landesverband Baden-Württemberg e.V.:

Das in dem Artikel „Preisbildung im Rettungsdienst irrational“ im „Bevölkerungsschutz-Magazin“ 10/93 gekennzeichnete unplausible hohe Kostenniveau kann für den bodengebundenen Rettungsdienst in Baden-Württemberg in dieser Form nicht unkommentiert bleiben. Sämtliche Angaben hinsichtlich der Vergleichsrechnung Kosten/Einwohner beziehen

sich lediglich auf das Jahr 1986. Die jüngsten Ergebnisse der Auswertung der ersten Sitzung des vorbereitenden Ausschusses für die Herbstsitzung der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen sagen aus, daß Baden-Württemberg neben Rheinland-Pfalz und dem Saarland zu den günstigsten Bundesländern gehört.

Die Kosten pro Einwohner 1992 betragen für Baden-Württemberg 24,30 DM, damit zählt dieses Bundesland zu einem der kostengünstigsten Ländern innerhalb der Bundesrepublik.

So lagen im Bereich Stuttgart die Kosten/Einwohner 1992 bei ca. 24,— DM und im flächenmäßig zu den größten Rettungsdienstbereichen zählenden Main-Tauber-Kreis bei ca. 33,— DM, damit entspricht das Kostengefüge der

jeweiligen bereichsindividuellen Struktur.

Diese Strukturen sind im wesentlichen gekennzeichnet durch topographische Gegebenheiten, Bevölkerungsdichte, Anzahl von Krankenhäusern und Spezialkliniken etc.

Hinsichtlich der Ergebnisse des länderinternen Preisvergleiches ist festzustellen, daß die Benutzungsentgelte in Stuttgart, wie schon in der Vergangenheit, weit unter dem Landesdurchschnitt lagen. So lag 1992 z.B. die Grundpauschale für RTW bei 286,86 DM (Landesdurchschnitt ca. 580 DM) und NAW 717,20 DM (Landesdurchschnitt ca. 1 070 DM).

Damit kann den Ausführungen der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl am Beispiel Stuttgart, daß gerade

großstädtische Bereiche besonders hohe Preise für Krankentransport und Rettungsdienst fordern, nicht gefolgt werden.

Die Gesamtzahl der für den organisierten Rettungsdienst vereinbarten Benutzungsentgelte summiert sich allein in Baden-Württemberg auf über 30 Einzeltarife. Entsprechend sind die einzelnen Tarife nicht nur in ihrem Niveau, sondern auch in ihrer Struktur sehr vielgestaltig und deshalb kaum miteinander vergleichbar.

Grundlage für die Benutzungsentgeltverhandlungen sind die Selbstkosten, die die Rettungsdienst-Organisationen den Krankenkassen offenzulegen haben. Durch die Mitwirkung der Krankenkassen ist gewährleistet, daß keine überhöhten Benutzungsentgelte vereinbart werden.

Termine

22. und 23. April 1994: Fachtagung „Taucher-Tage '94“
Regensburg
Info: Hubertus Bartmann, Mitterfeldstraße 16a, 93309 Kelheim

25. bis 28. April 1994: Seminar für Feuerwehr und Rettungsdienst: „Hornhaut auf der Seele – Psychische Belastungen im Rettungsdienst“
Bad Münster am Stein
Info: Pfarrer Müller-Lange, Akazienstraße 22, 53859 Niederkassel

4. bis 7. Mai 1994: DRK-Rettungskongreß „Leben retten – europaweit“
Dresden
Info: DRK-Generalsekretariat, Referrat 13, Postfach 1460, 53004 Bonn

14. Mai 1994: Sportveranstaltung LFV Rheinland-Pfalz: Wettkampf nach der CTIF-Wettkampfordnung
Langenbach
Info: Dieter Geisler, Schloßwiese, 57520 Friedewald

24. bis 26. Mai 1994: Fachtagung Strahlenschutz-Physik und Meßtechnik
Karlsruhe
Info: Fachverband für Strahlenschutz, Tagungssekretariat, Postfach 3640, 76021 Karlsruhe

3. bis 8. Juni 1994: Interschutz – Der Rote Hahn
Hannover
Info: Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG, Messengelände, 30521 Hannover

20. Juni bis 1. Juli 1994: Prüfungslehrgang Feuerwehrtaucher Stufe I
Kelheim
Info: Hubertus Bartmann, Mitterfeldstraße 16 a, 93309 Kelheim

11. bis 15. Juli 1994: Fortbildungswoche für Notfallseelsorger/innen
Jettingen
Info: Pfarrer H. v. Wietersheim, Wolliner Straße 32, 90451 Nürnberg

5. bis 7. September 1994: „Wenn der Tod plötzlich kommt“ – Seminar für Feuerwehr und Rettungsdienst
Bad Boll
Info: Pfarrer Müller-Lange, Akazienstraße 22, 53859 Niederkassel

11. bis 14. Oktober 1994: Sicherheitsmesse „Security“
Essen
Info: Messe Essen GmbH, Messehaus Ost, 45131 Essen

4. bis 6. November 1994: Psychische Belastungen im Rettungsdienst – Seminar für Feuerwehr und Rettungsdienst
Enkenbach (Pfalz)
Info: Pfarrer Müller-Lange, Akazienstraße 22, 53859 Niederkassel

Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

Technische Akademie Esslingen, Postfach 12 65, 73748 Ostfildern:

18. und 19. April 1994: Brandschadenverhütung im Krankenhaus und Altenheim.

17. Mai 1994: Praktische Erfahrungen und neueste Erkenntnisse im Brandschutz.

6. und 7. Juni: Brandschadenverhütung.

Verband der Sachversicherer e. V., Pasteurstraße 17, 50735 Köln:

11. bis 15. April, 18. bis 22. April 1994: Lehrgang für Brandschutzbeauftragte.

20. April 1994: Brandschutz bei Bauarbeiten.

4. und 5. Mai 1994: Brandschutz in elektrischen Anlagen.

Technische Akademie Wuppertal e. V., Postfach 100409, 42097 Wuppertal:

25. und 26. April 1994: Grundlagenseminar Brandschutz.

15. Juni 1994: Brandschutz in Gemeinden.

16. und 17. Juni 1994: Neuzzeitliche Brandschutzkonzepte.

Minimax-Schulungszentrum, Minimaxstraße 1, 72562 Bad Urach:

Seminarreihe „Brandschutz“

3. bis 6. Mai, 30. August bis 2. September 1994: Betrieblicher Brandschutz.

21. bis 24. Juni, 13. bis 16. September 1994: Brandschutz-Praxis.

12. bis 15. April, 11. bis 14. Oktober 1994: Brandschutz-Technik.

8. bis 11. November 1994: Baulicher Brandschutz.

26. bis 29. April, 18. bis 21. Oktober 1994: Brandschutz-Organisation.

22. bis 25. November, 6. bis 9. Dezember 1994: Brandschutz aktuell.

Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Baden-Württemberg, Seelbergstraße 16, 70372 Stuttgart:

13. bis 15. April 1994: Betriebliche Gefahrenabwehrplanung und Störfallmanagement.

7. und 8. Juni 1994: Brandschutz in Unternehmen.

ecomod Kongreß- und Veranstaltungsservice, Rudolf-Diesel-Straße 3, 86899 Landsberg:

17. und 18. Mai 1994: 5. Internationale Binnenschiffahrts-Gefahrgut-Tage.

30. Mai bis 1. Juni 1994: 4. Münchner Gefahrgut-Tage.

20. und 21. Juni 1994: Gefahrstoff-Datenbanken.

2. bis 5. November 1994: 10. Münchner Gefahrstoff-Tage.

„Neue Strukturen, neue Geräte, neue Techniken, das wird die Zukunft des THW sein“

THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel
zum Zivil- und Katastrophenschutz

Bevölkerungsschutz: Seit Januar 1993 ist das THW aus dem Bundesamt für Zivilschutz (BZS) ausgegliedert und selbständig. Was hat sich in den vergangenen zwölf Monaten geändert?

Henkel: Die Frage ist gar nicht so leicht zu beantworten, denn die Ausgliederung ist ein sehr komplexer Vorgang geworden. Ich darf daran erinnern, daß das THW bereits bis 1958 eine selbständige Organisation mit Sitz in Koblenz war. Insoweit haben wir erst 1993 diesen selbständigen Status wiedererlangt. Wichtig als ein Ergebnis der Verselbständigung ist, daß wir Anregungen und Anforderungen der Helferschaft schneller und unbürokratischer beantworten können.

Bevölkerungsschutz: Können Sie hierfür Beispiele nennen?

Henkel: Das THW ist aus der Bundesauftragsverwaltung herausgenommen und nunmehr selbst „verwaltende Stelle“ geworden, d. h., wir brauchen nicht mehr andere Institutionen in unsere Bedarfsplanung einzubeziehen. Aussonderungen und Ersatzbeschaffungen beispielsweise werden von uns unmittelbar und ohne die früheren Umwege über den Hauptverwaltungsbeamten, den Regierungspräsidenten, das Innenministerium des jeweiligen Landes und das Bundesamt vorgenommen. Das gilt auch für Erstauslieferungen, die aufgrund der nunmehrigen Bundes eigenverwaltung des THW heute unmittelbar an die Ortsverbände des THW gehen und nicht mehr über die Innenminister der Länder.



Gerd Jürgen Henkel ist seit 1986 Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW). Der 53jährige Volljurist ist verheiratet und Vater einer Tochter. Der gebürtige Hesse studierte in Marburg und Bonn

Rechtswissenschaften und trat unmittelbar nach dem zweiten Staatsexamen in das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, das heutige Bundesamt für Zivilschutz, ein.

Das bereits 1950 gegründete Technische Hilfswerk wurde 1953 Bundesanstalt. In der Katastrophenschutzorganisation des Bundes sind über 71 000 Helferinnen und Helfer in elf Landesverbänden und 671 Ortsverbänden tätig. Etwa 850 hauptamtliche Mitarbeiter zählt das THW. Das THW rettet Menschen und Tiere und birgt Sachgüter aus Gefahrenlagen und setzt zur Behebung von Gefahren und Notständen Versorgungsleitungen und Abwassernetze in stand. Es leistet humanitäre Hilfe bei Katastrophen im Ausland. Seit 1953 wurden mehr als 500 Einsätze in vielen Ländern durchgeführt.

Bevölkerungsschutz: Und wie spürt der Helfer das?

Henkel: Durch die kürzer werdenden Beschaffungszeiträume. Auch kann mancher Antrag eines Ortsverbands, der in der Vergangenheit aus grundsätzlichen Erwägungen vom BZS abgelehnt wurde, heute mehr unter Helfergesichtspunkten geprüft und eher positiv beantwortet werden.

Bevölkerungsschutz: Also etwas weniger bürokratisch und etwas weniger formalistisch, gleichsam ein lean Management – schlankes Management?

Henkel: Lean Management – ein Schlagwort, von dessen Umsetzung

wir sehr betroffen sind. Unabhängig von den aktuellen Überlegungen zur Neuorganisation des erweiterten Katastrophenschutzes haben Führungskräfte des THW in den vergangenen Jahren zusammengesessen und ein Konzept erarbeitet, dem wir den Arbeitstitel „THW 2000“ gegeben haben.

Bevölkerungsschutz: Heißt das nur Umorganisieren oder auch Abbau von Einheiten?

Henkel: Beides trifft zu. Wir werden auch spürbar Einheiten abbauen müssen. Lean Management heißt für uns, schlanker werden auf allen Ebenen. Das beginnt damit, daß die Ortsverbände strukturell verändert und

verkleinert werden und daß sich die Struktur der relativ schwerfälligen Züge verändern wird. Ich lege wegen damaliger Mißverständnisse Wert auf die Feststellung, daß unser Konzept „THW 2000“ nicht zur Aufblähung, sondern zu Einsparungen im THW führen wird. Die Einheiten sollen so umstrukturiert werden, daß sie auch als kleinere Module unterhalb der Zugstärke arbeitsfähig sind. Wir haben die bisher eher etwas schwerfälligen Züge, die ja für Zivilschutzzwecke sachgerecht waren, regelmäßig als komplette Züge eingesetzt. Dies ist zu langsam und zu teuer.

Bevölkerungsschutz: Also auch eher eine friedensmäßige Bedeutung?

Henkel: Selbstverständlich muß man den Doppel- oder sogar Mehrfachnutzen von Material und Mannschaft sehen.

Solche Einheiten sind heute friedensmäßig nur dann nutzbar, wenn sie als kleinere, flexiblere Einheiten, die mit Spezialausstattung versehen sind, eingesetzt werden können. Diese Überlegungen haben uns dazu gebracht, das THW insgesamt umzustrukturieren, um so auch dem Vorwurf zu begegnen, daß das THW nur mit erheblicher Verzögerung eingesetzt werden könne. Hierzu weise ich darauf hin, daß immer dann, wenn es Verabredungen zwischen örtlichen Bedarfsträgern und dem THW gab, wir auch in der Vergangenheit bereits sofort Schnelleinsatzgruppen gebildet haben, die auch kurzfristig an Schadensstellen eingesetzt werden konnten.

Bevölkerungsschutz: Gilt die neue Konzeption des THW gleichermaßen im haupt- wie ehrenamtlichen Bereich?

Henkel: Natürlich denken wir darüber nach, wie die Landesverbände in Zukunft aussehen sollen; ob die Zahl der Landesverbände angesichts des Aufbaus in den neuen Ländern so bleiben kann oder ob wir nicht auch hier zu Straffungen kommen müssen. Das gilt aber auch für die zur Zeit vorhandenen 120 Geschäftsführerbereiche: Wir müssen in Anbetracht der Ausdünnung auf der Ortsverbands-

ebene auch hier entsprechend abzubauen. Es ist heute bereits absehbar, daß diese Zahl künftig deutlich unter 100 liegen wird.

Bevölkerungsschutz: Das Konzept „THW 2000“ wurde in der Vergangenheit außerhalb des THW kontrovers diskutiert. Sie nennen es nun Mißverständnisse. Gibt es diese Mißverständnisse noch oder sind die jetzt ausgeräumt?

Henkel: Wenn es sie noch geben sollte, dann ist mir dies zumindest nicht bekannt. Das Gebot des Sparens gilt für alle im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen, also auch für das THW. In der derzeitigen haushaltspolitischen Lage gibt es keine Ansätze dafür, daß beim THW eingesparte Haushaltsmittel anderen Organisationen zur Verfügung gestellt würden.

Bevölkerungsschutz: Gibt es außer dem nordrhein-westfälischen Innenminister Dr. Schnoor noch weitere Innenminister, die die Auflösung des THW fordern?

Henkel: Diesen Eindruck habe ich nicht. Gerade in jüngster Zeit konnten wir feststellen, daß das THW von Ländersseite beachtliche Unterstützung erfahren hat. Man muß auch in NRW sagen, daß die Staatskanzlei weiterhin stark auf das THW baut und im besten Sinne des Wortes auch mit dem THW baut, nämlich in Rumänien, Bulgarien und neuerdings auch in Weißrußland. Die jahrelange gute Zusammenarbeit zwischen Staatskanzlei NRW und THW wirkt sich segens-



„Das Gebot des Sparens gilt für alle im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen, also auch für das THW.“

reich in der gemeinsamen Auslands-tätigkeit aus.

Bevölkerungsschutz: Ist eigentlich das Institut „Anstalt“ für eine Katastrophenschutzorganisation die angemessene Organisationsform?

Henkel: Dies war in der Vergangenheit ein Diskussionspunkt innerhalb und außerhalb des THW. Gerade aber die Helferschaft hat sich eindeutig dafür entschieden, Bundesorganisation bleiben zu wollen. Strukturen wie die eines eingetragenen Vereins oder einer anderen Rechtsform stehen für uns nicht zur Diskussion.

Bevölkerungsschutz: Zumal andere mit der Körperschaft ja nicht die beste Erfahrung machen.

Henkel: Es scheint so.

Bevölkerungsschutz: Das THW hat die Aufgaben, technische Hilfe im Zivilschutz, technische Hilfe außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und technische Hilfe bei Katastrophen zu leisten. Wo liegt heute das Schwergewicht Ihrer Aufgaben?

Henkel: Die Aufgaben technische Hilfe außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und technische Hilfe bei Katastrophen stehen z. Zt. eindeutig im Vordergrund. Die humanitäre Hilfeleistung im Ausland gibt uns zwar viele Einsatzmöglichkeiten, beansprucht uns aber zugleich in außerordentlich hohem Maße. Wir sind im hauptamtlichen Bereich personell nicht darauf eingerichtet, in großem Umfang Auslandseinsätze zu fahren. Die personelle Ausstattung des Einsatzreferats in der THW-Leitung und der Landesverbände gibt die Möglichkeit, drei Projekte gleichzeitig durchzuführen. Meistens laufen aber vier und mehr Projekte parallel, so daß die Mitarbeiter an der physischen Leistungsgrenze angekommen sind.

Bevölkerungsschutz: Heißt das Einschränkung Ihrer Auslandstätigkeit?

Henkel: Nein, nicht unbedingt Einschränkung, aber das THW wird künftig bei eingehenden Anfragen Schwerpunkte setzen müssen. Denn je besser wir unsere Arbeit im Aus-

land leisten, desto zahlreicher sind die Nachfragen. Seit 1990 ist die Zusammenarbeit mit dem UNHCR vertraglich geregelt. Einen ähnlichen Vertrag strebt nunmehr auch die Europäische Union an.

Bevölkerungsschutz: Sie haben für die Auslandshilfe die SEEBA gegründet. Wie sind die Erfahrungen mit der SEEBA?

Henkel: Der seinerzeitige Bundesinnenminister Dr. Zimmermann gründete nach der Erdbebenkatastrophe in Mexiko 1985 die SEEBA. Die Schnelleinsatzeinheit, die aus drei Mannschaften mit etwa 60 Helferinnen und Helfern besteht, kann binnen sechs Stunden mit fertig gepacktem Gerät und Einsatzmitteln im Flugzeug sitzen. Die Arbeitgeber der Helferinnen und Helfer sind vorinformiert. Alle in Betracht kommenden vorbereitenden Maßnahmen – wie permanenter Impfschutz – sind sichergestellt. Wir sind jedoch jederzeit einsatzbereit, haben jedoch gelegentlich das Problem, kurzfristig ein geeignetes Transportflugzeug zu bekommen.

Bevölkerungsschutz: Und wie sieht es mit Ihrer Aufgabe „technische Hilfe bei Katastrophen im Inland“ aus?

Henkel: Gerade in den letzten Wochen – beim Hochwasser des Rheins und anderer Flüsse – hat das THW zeigen können, wie effizient es auch unterhalb der Katastrophenschwelle einsetzbar ist. Bei der jüngsten Überschwemmungskatastrophe haben wir jedoch auch gesehen, wie wichtig es ist, daß alle Katastrophenabwehrpläne auf dem neuesten Stand sind. So haben in der Vergangenheit Bundeswehr und Bundesgrenzschutz bei der Bewältigung von Hochwasserkatastrophen mitgewirkt. Ende letzten Jahres haben wir jedoch feststellen müssen, daß Einheiten und Einrichtungen der Bundeswehr bereits abgebaut waren, die gedanklich noch in die Katastrophenabwehr eingeplant waren. Auch das THW war zunächst auf diese neue Situation nicht eingestellt, hat aber dann zur Verstärkung der örtlichen Kräfte Einheiten aus Norddeutschland herangeführt. Um entsprechende Reserven zu schaffen, haben wir auch an der Katastrophenschutz-



„Gerade in den letzten Wochen – beim Hochwasser des Rheins und anderer Flüsse – hat das THW zeigen können, wie effizient es auch unterhalb der Katastrophenschwelle einsetzbar ist.“

schule des Bundes in Ahrweiler Einheiten in Warteposition gebracht und von dort aus zum Einsatz geschickt.

Bevölkerungsschutz: In der Vergangenheit gab es gelegentlich Probleme, wer den Katastrophenschutz des THW bezahlen mußte. Ist das immer noch so?

Henkel: Hierzu gibt es Richtlinien des Finanzministers, der darauf besteht, daß ein bestimmter Prozentsatz der Kosten von den anfordernden Stellen zu übernehmen ist. Die Kommunen, die ja z. Zt. finanziell in keiner besseren Lage als Bund und Länder sind, können jedoch den Antrag auf Kostenerlaß stellen. Solchen Anträgen wurde in der Vergangenheit bei größeren Einsätzen regelmäßig stattgegeben.

Bevölkerungsschutz: Könnte die Kostenerstattung für eine Gemeinde ein Hinderungsgrund sein, das THW einzusetzen?

Henkel: In der Tat ist die Kostenregelung für viele Gemeinden ein Hindernis. Wegen der möglichen finanziellen Belastung verzichten manche Gemeinden generell auf den Einsatz des THW. Wir hoffen, daß im Rahmen der Neuorganisation des erweiterten Katastrophenschutzes die Frage der Kostenerstattung noch einmal durchdacht wird.

Bevölkerungsschutz: Sind Einsatzmöglichkeiten nicht zusätzliche Motivation für ehrenamtliche Helfer?

Henkel: Genau das ist der entscheidende Punkt: Zehnmaliges Üben mit Auf- und Abbau auf dem Übungsgelände ist weniger motivierend als ein Einsatz in natura. Auch das Gefühl, konkret und unmittelbar helfen zu können, erworbenes Wissen und praktische Fähigkeiten zum Schutz des Nächsten einsetzen zu können, wirkt motivierend.

Bevölkerungsschutz: Katastrophenschutzorganisationen stehen und fallen mit der Motivation der Helferinnen und Helfer. Die THW-Helferschaft stellt sich noch überwiegend als eine Männerdomäne dar. Wie viele Damen sind denn als Helferinnen tätig?

Henkel: Der Einsatz von Helferinnen liegt mir sehr am Herzen. Trotzdem ist zuzugeben, daß die Zahl der Helferinnen noch weiter gesteigert werden muß; derzeit liegt sie bei etwas mehr als 4000.

Bevölkerungsschutz: Und wie setzen Sie die Helferinnen ein?

Henkel: Grundsätzlich können Helferinnen in allen Aufgabenbereichen des THW eingesetzt werden. Und natürlich bemühen wir uns darum, die Helferinnen eben nicht nur mit Küchenarbeiten zu befassen, wenngleich man diese Aufgabe nicht gering schätzen darf. Wer jemals selbst im Einsatz war, weiß, wie wichtig die Versorgung der vor Ort tätigen Helferinnen und Helfer ist. Viele Helferinnen haben – gelegentlich gegen den Willen von Führungskräften – durchgesetzt, selbst in den Fachdiensten Bergung oder Instandsetzung mitwirken zu können, die bis zuletzt eine reine Männerdomäne waren. Solche erfreulichen Ansätze gilt es zu verstärken.

Bevölkerungsschutz: Was treibt eine Bürgerin, einen Bürger dazu, Helferin/Helfer des THW zu werden?

Henkel: Es gibt ja nicht den statistisch normierten Helfer. Deswegen ist Ihre Frage nicht für alle gleich zu beantworten. Es gibt den Helfer, der von der gesetzlichen Möglichkeit der Freistellung von der Bundeswehr durch Dienst beim THW Gebrauch macht. Es gibt viele Helfer, die sich

dem Hilfeleistungsgedanken verpflichtet fühlen und nichts von der „Pantoffelkino-Mentalität“ vieler Zeitgenossen halten. Es gibt Helfer, die wissen, daß man von Führungskräften in Industrie und Handwerk erwartet, daß sie sich sozial engagieren. Natürlich gibt es auch den Gedanken, handwerkliche Fertigkeiten zu erwerben, die man auch für private Zwecke nutzen kann. Man sollte auch nicht verschweigen, daß Auslandseinsätze für viele Helferinnen und Helfer einen besonderen Anreiz darstellen.

Bevölkerungsschutz: Wie hoch ist die Zahl der freigestellten Helfer?

Henkel: Etwas mehr als 70 Prozent. Wobei interessanterweise die Verteilung auf die verschiedenen Landesverbände sehr unterschiedlich ist. Einige Landesverbände zählen mehr als 80 Prozent freigestellte Helfer, andere weniger als 30 Prozent. So gibt es auch regional unterschiedliche Motive, sich einer Organisation anzuschließen. Grundsätzlich ist jedoch festzustellen, daß in der Fläche weniger Probleme mit der Gewinnung neuer Helferinnen und Helfer bestehen als in den Großstädten.

Bevölkerungsschutz: Diese Klagen führen auch andere Organisationen. Wie reagieren Sie darauf?

Henkel: Zunächst einmal freue ich mich darüber, daß das THW bisher von dem allseits beklagten Helferschwund nur in geringem Maße betroffen ist. Viele Ortsverbände haben



„Es gibt viele Helfer, die sich dem Hilfeleistungsgedanken verpflichtet fühlen und nichts von der ‚Pantoffelkino-Mentalität‘ halten.“

(Fotos: Sers 3, Hilberath 1)

sogar nach wie vor Wartelisten. Andererseits ist nicht zu verhehlen, daß auch einige Ortsverbände mit einem deutlichen Nachwuchsmangel zu kämpfen haben. Im Rahmen der Neukonzeption bemühen wir uns, durch Konzentration und Umstrukturierung der Einheiten sowie durch verbesserte Ausstattung den Dienst im THW so attraktiv wie möglich zu gestalten.

Bevölkerungsschutz: Wie sind Ihre Erfahrungen mit den Junghelfern, die wirklich sehr jung sind und wohl kaum zum Einsatz kommen können?

Henkel: So pauschal würde ich das nicht sagen, denn der Junghelfer „geht“ ja nach den Statuten vom 10. bis zum 18. Lebensjahr. So nimmt auch der Junghelfer an einer vorbereitenden Grundausbildung teil, bei der es naturgemäß bestimmte Geräte gibt, die von Junghelfern aus Sicherheitsgründen nicht bedient werden dürfen, z. B. Motorsägen. Wenn diese Helferinnen und Helfer dann aber 18 Jahre alt sind und beim THW bleiben, stehen sie regelmäßig aufgrund ihres „Vorlaufs“ kurzfristig als hochmotivierte und ausgebildete Helfer zur Verfügung. Dabei achten wir besonders darauf, einen möglichst hohen weiblichen Anteil bei der THW-Jugend zu haben, denn erfahrungsgemäß bleiben etwa 30 Prozent der Jugendlichen später beim THW.

Bevölkerungsschutz: Sie sprachen den privaten Nutzen der THW-Ausbildung an. Kann dies auch ein Motiv sein, Helfer im THW zu werden?

Henkel: Davon gehe ich aus. Technik ist ein faszinierendes Thema und übt für viele einen hohen Anreiz aus, sich mit der Organisation THW zu beschäftigen. Wir sind bestrebt – insbesondere im Zuge der Umstrukturierung – Gerät und Technik auf den neuesten Stand zu bringen und somit auch diesem Aspekt noch mehr Rechnung zu tragen. Aber in der Tat, Helfer mit einer soliden Ausbildung in Holz- oder Metallbearbeitung sind natürlich jederzeit in der Lage, sich auch im privaten Bereich fachmännisch zu helfen.

Bevölkerungsschutz: Müßte hier nicht der Bund Vorbildfunktion gegenüber allen anderen übernehmen?

Henkel: Das ist leider zu allererst eine Kostenfrage. Natürlich müßte man dies sagen; wenn die Kassen jedoch leer sind, trägt diese Forderung nicht allzu weit. Einer der Gründe für die Konzeption „THW 2000“ war es ja, personell kleinere, modulare Einheiten zu schaffen, die dafür aber mit besserer Ausstattung versehen werden müssen. Wenn wir jedoch diese Forderung unter dem geltenden Sparzwang kritisch betrachten, sollten wir auch nicht vergessen, den Blick einmal über die Grenzen zu werfen: Vor wenigen Tagen sah ich im Fernsehen nach dem Erdbeben in Amerika, wie Rettungsmannschaften mit Vorschlagshämmern versuchten, eine dicke Betonplatte zu zerschlagen, um die darunter Eingeschlossenen zu befreien. Dies lehrt dann wieder Bescheidenheit im eigenen Hause; sicherlich wird auch eine modernere und effektivere Ausstattung nur nach und nach zu erreichen sein.

Bevölkerungsschutz: Das THW hat auch technische Hilfe im Zivilschutz zu leisten. Wie sehen Sie hier die Zukunft?

Henkel: Die Mitwirkung des THW in der zivilen Verteidigung ist gerade im Moment weniger relevant: Vieles wird z. Zt. neu überdacht und konzipiert. Ich denke hier beispielsweise an die Mitarbeit des THW beim Schutzraumbetriebsdienst, der mehr oder weniger ruht. Wenn der Schutzraumbau eingestellt werden wird und andere Aufgaben der zivilen Verteidigung nicht mehr erste Priorität genießen, werden wir auch durch den Bundesminister des Innern neue Gewichtungen in unserer Aufgabenwahrnehmung erfahren.

Bevölkerungsschutz: Teilen Sie den Eindruck, daß Zivilschutzpolitik z. Zt. mehr von Haushalts- als von Innenpolitikern gemacht wird?

Henkel: Eine Frage, die nicht eindeutig mit Ja oder Nein zu beantworten ist, zumal zunehmend auch die Ministerialverwaltung eine Rolle spielt. Ich bin seit Jahren der Auffassung, daß die Dinge hier zunehmend in eine Schiefelage kommen. Mein Verständnis von Bundesverwaltung geht dahin, daß der Finanzminister zwar zur Finanzierbarkeit von Programmen

eines Fachministers Stellung nehmen und sie ggf. über einen längeren Zeitraum „strecken“ darf, ohne sich jedoch in die fachliche Arbeit des zuständigen Ressorts einzuschalten, wie dies heute geschieht.

Bevölkerungsschutz: Ist denn unter finanziellen Gesichtspunkten die Einsatzfähigkeit des THW heute noch sichergestellt?

Henkel: Die Einsatzfähigkeit des THW ist ohne Zweifel noch sichergestellt. Ich sehe aber auf der anderen Seite eine zunehmende Verunsicherung der Führungskräfte. Ständig gehen in diesen Tagen Anrufe bei mir ein von besorgten Helferinnen und Helfern, die wissen wollen, wie es weitergeht. Neue Gerüchte gehen durchs Land und verunsichern die Führungskräfte und verschlechtern die Motivation unserer Helferinnen und Helfer. Ich bin gerade dabei, mit Informationsschreibern an die Helfer und Führungskräfte etwas Ruhe in die Helferschaft hineinzubringen. Deswegen ist es zu begrüßen, daß nunmehr – wie ich hörte – die Gesamtkonzeption des künftigen Bundesanteils am Zivil- und Katastrophenschutz kurz vor den Verhandlungen mit allen Beteiligten steht. Ehrenamtliche kann man nicht mehr auf unbestimmte Zeit mit Ankündigungen hinhalten. Ehrenamtliche haben Anspruch auf realistisch durchdachte und geplante Lösungen, die so schnell wie möglich bekanntgegeben werden sollten.

Bevölkerungsschutz: Werden die geringer werdenden Haushaltsmittel auch den THW-Aufbau Ost gefährden?

Henkel: Das trifft bereits jetzt im Liegenschaftsbereich zu; dort ist schon „Stillstand der Rechtspflege“. Schlimmer ist allerdings die Tatsache, daß wir uns jahrelang vergeblich um Stellen für den Aufbau im Osten bemüht haben. Nun haben wir in diesem Haushaltsjahr vom Parlament Stellen bewilligt bekommen, die jedoch qualifiziert gesperrt sind und damit weiterhin nicht zur Verfügung stehen. Zudem müssen wir alles, was wir im Osten aufbauen, im Westen einsparen. Neue Ortsverbände in den neuen Bundesländern bedeuten in-

zwischen Auflösung alter Ortsverbände in den alten Bundesländern. Wir geben nicht nur technisches Material in die neuen Ortsverbände, sondern auch den „Ortsverbandsmantel“. D. h. auch nach Abschluß der wie immer gearteten Neukonzeption wird das THW bei etwa 620 Ortsverbänden bundesweit stehen bleiben.

Bevölkerungsschutz: Das THW hat bei den Landesbeauftragten einen eigenen Sachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit. Wozu?

Henkel: Auch für uns gilt der alte PR-Grundsatz „Tue Gutes und sprich darüber“. Natürlich braucht auch der Bund, wenn er Helferinnen und Helfer gewinnen will, Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem kann es nur hilfreich sein, wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erfahren, daß es noch ehrenamtliches Engagement für diesen Staat und diese Gesellschaft gibt.

Bevölkerungsschutz: Der bessere PR-Spruch könnte lauten „Tue Gutes und laß andere darüber reden“. BVS und THW arbeiten ja in manchen Bereichen von Öffentlichkeitsarbeit schon zusammen. Könnte man diese Zusammenarbeit intensivieren?

Henkel: Es gibt ja bereits Anstöße aus dem Bereich des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, darüber nachzudenken, wie BVS und THW beispielsweise auf der Ebene der Geschäftsführer des THW in einer gemeinsamen Geschäftsstelle zusammenarbeiten könnten. Hier kann ich mir eine Vielzahl von gemeinsamen Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit vorstellen. Im übrigen funktioniert die Zusammenarbeit in einigen Ortsverbänden bereits hervorragend.

Bevölkerungsschutz: Man könnte ja auch überlegen, eine gemeinsame Helferwerbung für alle Organisationen, die im Zivil- und Katastrophenschutz mitarbeiten, zu betreiben.

Henkel: Ob das für alle möglich ist, kann ich so nicht beantworten. Ich glaube jedoch, daß die Haushaltssituation uns alle zwingen wird, mehr zusammenzuarbeiten. Für das Jahr 1994 sind dem THW 50 Prozent der

ohnehin nur knappen Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit gesperrt worden. Ich weiß nicht, wie unsere Aufgaben in diesem Jahr erfüllt werden können; ich weiß nicht einmal, wie wir die bereits eingegangenen Verpflichtungen erfüllen können.

Bevölkerungsschutz: Nach all den vielen Prognosen und Prophezeiungen: Wie sehen Sie die Zukunft des THW realistisch?

Henkel: Zunächst einmal bin ich Optimist, und ich glaube, daß wesentliche Merkmale jeder Hilfsorganisation – oder richtiger Hilfeleistungsorganisation – Optimismus und Hoffnung sind. Das Prinzip Hoffnung muß eigentlich über der gesamten Arbeit stehen, sonst muß man viele Dinge von vornherein aufgeben. Trotzdem will ich versuchen, Optimismus mit Realismus in Übereinstimmung zu bringen: Dann sehe ich das THW kleiner, auch mit weniger Helfern und hauptamtlich Beschäftigten, die in flexibleren und kleineren Einheiten eingesetzt werden können. Auch die Tatsache, daß das THW sich von der Zielsetzung etwas umorientiert, d. h., daß wir schneller an der Schadensstelle tätig werden können, wird unsere Struktur und Aufgabenwahrnehmung verändern. Hierbei hat es dann wenig Sinn, nach alten Vorgaben weiterzuarbeiten und z. B. provisorisch Leitungen instandzusetzen. Neue Strukturen, neue Geräte, neue Techniken, das wird die Zukunft des THW sein. Dazu kommen ständig neue Herausforderungen im Bereich der technisch-humanitären Auslandshilfe.

Das Interview mit Gerd Jürgen Henkel führte Peter Eykmann.

Führung, Logistik und Kommunikation als Schlüsselfaktoren für ein integriertes Gefahrenmanagement

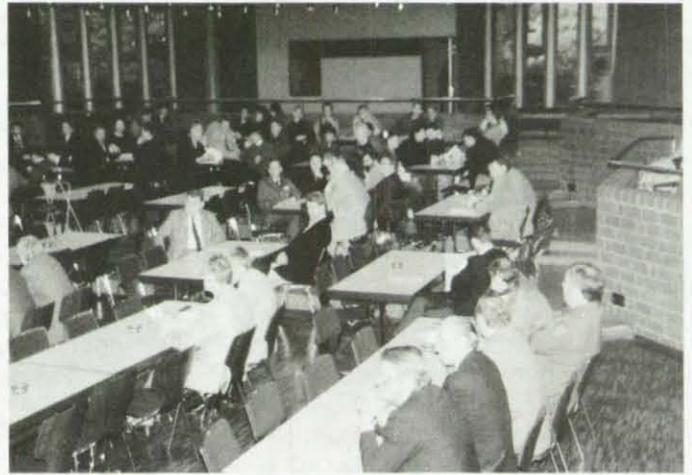
Die gewachsene Komplexität und Dynamik der uns insgesamt bedrohenden Gefährdungspotentiale bestimmen allgemein das Bild der sich verändernden Katastrophenszenarien. Die Organisation des humanitären Gefahrenschutzes erfordert deshalb verstärkt integrative Lösungsansätze und Modelle.

Mehr als 100 Vertreter der obersten Bundes- und Landesbehörden, von Bezirksregierungen, Katastrophenschutzbehörden und der Organisationen und Verbände kamen am 6. November 1993 nach Lehrte, um anlässlich der 7. ARKAT-Fachtagung über neue Möglichkeiten der Organisation, Führung, Kommunikation und Logistik im Gefahrenschutz zu beraten.

Die ARKAT-Fachtagungen haben sich nach Einschätzung des Schirmherrn der Veranstaltung, des Niedersächsischen Innenministers Gerhard Glogowski, durch die zahlreichen innovativen und konstruktiven Ansätze und Impulse, die von allen bisherigen ARKAT-Veranstaltungen ausgingen, zu einem allgemein anerkannten Forum für die interdisziplinäre und organisationsübergreifende Gestaltung des Gefahren- und Katastrophenschutzes entwickeln können.

In seinem Grußwort hob der Minister hervor, daß sich die verbandstragende Katastrophenschutzarbeit der ARKAT mit den Bemühungen seines Hauses auf diesem Sektor – so dem unlängst durchgeführten 2. Niedersächsischen Katastrophenschutz-Symposium – hervorragend ergänze. „Die deutliche Zunahme von Unglücks- und Katastrophenereignissen sowie die Veränderungen, die

Blick in die
ARKAT-
Fachtagung



sich aus dem erheblich komplexer gewordenen Zusammenwirken von Mensch, Technik und Umwelt in den letzten Jahren insgesamt ergeben haben, verlangen von einer verantwortlich handelnden Politik, den Schutz von Leben und lebenswichtigen Infrastrukturen wieder mehr präventiv zu begreifen.“ Hierbei sei es wichtig, so Glogowski, ausgehend von der nach wie vor unverzichtbaren Selbstverantwortung des Bürgers, im Verein mit allen Kräften der allgemeinen Gefahrenabwehr bis hin zu Katastrophenschutz und Streitkräften ein effizientes und kostengünstiges Schutzsystem zu erreichen.

Das bürgerschaftliche Engagement für diesen integrierten Schutz von Leben und Umwelt sei dabei zu einem knappen Gut geworden. Staat und Politik müßten sich deshalb wieder nachdrücklicher zum Ehrenamt, auch als demokratiebewahrendem Element, bekennen und müßten sorgfältig alles vermeiden, was die-

ses Humankapital in seinem Bestand gefährden könnte. „Kommunale Regieeinheiten und -einrichtungen sind und bleiben deshalb unverzichtbare Instrumente und Säulen für das Gefahrenmanagement auf Kreisebene“, betonte Glogowski.

Klaus-Dieter Kühn, Bundesvorsitzender des Verbandes der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten und -einrichtungen des Katastrophenschutzes (ARKAT), konnte zu der Fachtagung mit Regierungsdirektor Franz-Josef Molitor, Katastrophenschutzschule des Bundes, Prof. Dr.-Ing. Axel Hunger, Universität GH Duisburg, Dr. med. Joachim Habers, Deutsches Rotes Kreuz, Dr. med. Gernot Maxisch, Sanitätsbereitschaft (Regie) des Landkreises Northeim, sowie Oberstleutnant Werner Ackermann, Wehrbereichskommando II, wiederum namhafte Experten als Referenten begrüßen.

Zu Beginn der Veranstaltung kritisierte Kühn die geplanten „dramatischen Kürzungen“ der Ausgaben für den erweiterten Katastrophenschutz und wandte sich gegen die erklärte Absicht des Bundes, die ehrenamtliche Mitarbeit von rund 20 000 Helferinnen und Helfern zum 31. Dezember 1993 durch Rücknahme der Bundesfinanzierung aufzukündigen und die Ausbildung von weiteren 50 000 Helferinnen und Helfern nicht mehr finanzieren zu wollen. Er beklagte, daß der Staat die durch das Grundgesetz begründete Schutzpflicht gegenüber seinen Bürgern in wichtigen Teilbereichen aus allein finanziellen Erwägungen nicht mehr wahrnehme und gegenwärtig Schutzpotentiale fahrlässig abgebaut werden, ohne daß funktionsfähige Alternativen bestünden. Mit der diesjährigen Fachtagung wolle die ARKAT, so Kühn, deshalb auch deutlich machen, wie wichtig in mehr als 25 Jahren mühevoll aufgebaute Fachdienstkomponenten des erweiterten Katastrophenschutzes für die Führung, Kommunikation, Logistik und das Management von komplexen Großschadenslagen sind, wenn Feuerwehr und örtliche Rettungsdienste allein die Arbeit nicht mehr bewältigen können. Kritisch merkte Kühn das peinlich geringe Interesse der Politik an der Veranstaltung an, denn keiner der angeschriebenen Bundes-, Landtags- und Kreistagsabgeordneten sei der Einladung gefolgt. Das sei angesichts des bevorstehenden Super-Wahljahres eigentlich unverständlich. Immerhin würden diejenigen, die sich in irgendeiner Weise ehrenamtlich in den verschiedenen Hilfeleistungsorganisationen betätigen, fast vier Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung ausmachen, und das sei wohl in Zeiten knapper Mehrheiten ein eben nicht zu vernachlässigendes Wählerpotential.

Die Beiträge zu der diesjährigen ARKAT-Fachtagung würden deutlich belegen, so Kühn, wie integriert Führungs-, Kommunikations- und Logistikstrukturen des Katastrophenschutzes in die Gefahrenabwehr auf Kreisebene bereits seien, teilweise unter erheblicher zusätzlicher Ausstattung durch die Träger, Landkreise und kreisfreien Städte. Das alles wären verlorene Investitionen, wenn diese Einrichtungen jetzt vermeintlichen Spareffekten geopfert werden würden.

Im folgenden wird in einer Zusammenfassung der Erfahrungsbericht

über die Bewältigung des schweren Zugunglücks vom 15. November 1992 wiedergegeben, den Dr. med. Gernot Maxisch, Bereitschaftsführer der Sanitätsbereitschaft 10 (Regie) des Landkreises Northeim aus medizinisch-sanitätsdienstlicher Sicht vortrug. Das Referat fand das besondere Interesse der Tagungsteilnehmer.

Weitere Referate der Fachtagung werden in loser Folge auf den Seiten der ARKAT in „Bevölkerungsschutz“ veröffentlicht.

Schreckliches Szenario

„In der Nacht von Samstag auf Sonntag, am 15. November 1992, um 1.32 Uhr fuhr der Fernschnellzug D 428 Innsbruck – Kopenhagen mit einer Geschwindigkeit von 100 bis 120 km/h auf der Nord-Südstrecke von Kassel nach Hannover durch den Bahnhof Northeim. Ihm begegnete auf dem benachbarten Gleis der Nahgüterzug Nr. 64683 Seelze-Göttingen. Ein von einem Werkstattwagen des Güterzuges abgerissener Prellpuffer war auf die Schienen gefallen, hatte die Güterwaggons entgleisen und mit dem entgegenkommenden Fernschnellzug kollidieren lassen. Das Szenario: Mehrere ineinander verkeilte und umgestürzte Reisezugwagen, elf der etwa 230 Fahrgäste des Schnellzuges starben, 62 Personen erlitten teils lebensgefährliche Verletzungen.

Die Lageerkundung und Planung gestaltete sich für die Führungskräfte wegen der Unübersichtlichkeit und Länge der Unfallstelle außerordentlich schwierig. Etwa 300 Feuerwehr- und 100 Sanitätskräfte waren in mehreren Einsatzabschnitten tätig. Die Feuerwehrmänner tasteten sich durch die zerborstenen Wagenteile, um nach Verletzten zu suchen. Die Trupps wurden im Verlauf der Nacht durch THW-Helfer abgelöst. Unter Massen von Metall- und Kunststoffteilen, Polsterresten, Glasscherben und aufgerissenen Gepäckstücken arbeiteten sich die Einsatzkräfte vor. Verletzte und eingeklemmte Personen wurden mit Hilfe von Rettungsschere und -spreizer, Winden, Schneidgeräten und Metallstichsägen befreit. Die Rettungs- und Bergungsarbeiten aller beteiligten Hilfskräfte mußten unter erheblichen Belastungen bewältigt werden.

Zum Zeitpunkt des Unglücks war im Landkreis Northeim keine medizi-

nische Einsatzleitung institutionalisiert. Eine entsprechende Aufbau- und Ablauforganisation wurde spontan vor Ort von den beteiligten Notärzten, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzkräften gebildet. Insgesamt waren 17 Ärzte am Einsatzort. Aus den gegen 2.00 Uhr eingetroffenen fünf Notärzten hatte sich bereits sehr früh eine ‚Leitende Notarztgruppe‘ herausgebildet, die sich schnell einen Überblick zu verschaffen suchte, eine Verletzensammelstelle für Schwer- und Leichtverletzte festlegte und die ankommenden Schnelleinsatzgruppen (SEG), Rettungs- und Sanitätsdienste sowie weitere Ärzte in den laufenden Einsatz integrierte. Dabei konnten wichtige einsatzlogistische Funktionen von den SEG-Kräften der Sanitätsbereitschaft 10 (Regie) und der TEL-Regie des Landkreises Northeim im Rahmen der medizinischen und sanitätsdienstlichen Koordination dank der besonderen einsatztaktischen Ausbildung an den Katastrophenschutzschulen problemlos geleistet werden.“

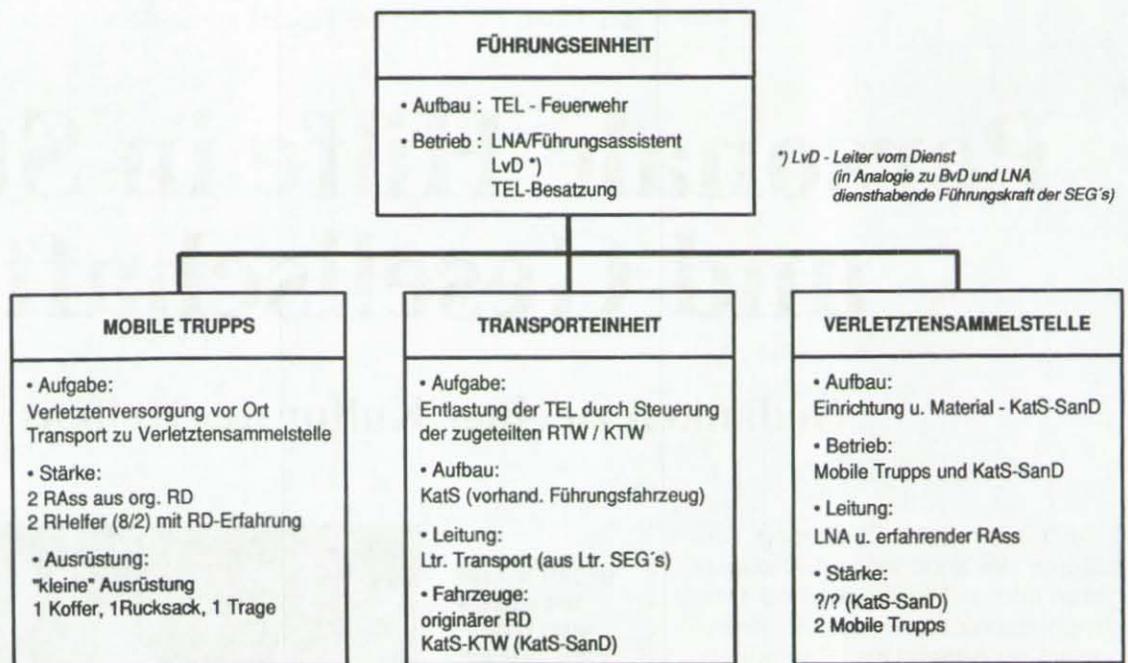
Konzentrierte Einsatzführung

Grundsätzlich positiv bewertete Dr. Maxisch die von den Einsatzkräften gebildete Kette Notarzt – Rettungsassistent oder -sanitäter und Rettungs- oder Sanitätshelfer. Von keinem der eingesetzten Helfer habe er gehört, daß er sich überfordert gefühlt hätte. Es wäre nicht anders gewesen als bei einer Übung. Diese Äußerung zeige, so Dr. Maxisch, daß die Übungen richtig angelegt gewesen seien.

Die medizinische Koordination habe trotz fehlender spezieller Vorplanung gut funktioniert. Beispielsweise sei ein Patient mit einer Brustwirbel-Fraktur und beginnender Querschnittslähmung so transportiert und der hospitalisierten Versorgung zugeführt worden, daß er zeitgerecht operiert und das Krankenhaus später ohne Schäden verlassen konnte.

Durch die gewählte führungs-mäßige Einbindung aller Einsatzaktivitäten in mehrere nach bestimmten Aufgaben segmentierte Einsatzleitkomponenten in eine Gesamteinsatzleitung konnte eine konzentrierte Einsatzplanung und -führung gewährleistet werden. In die medizinische und sanitätsdienstliche Leitung sei er, so Dr.

SEG-Konzept für einen Landkreis (Beispiel).



Maxisch, von Anbeginn als einer der Leitenden Notärzte ebenso eingebunden gewesen wie der Fachberater Sanitäts- und Betreuungsdienst der TEL (Regie). Die Sanitätsbereitschaft des Katastrophenschutzes habe aufgrund ihrer Ausstattung und ihres Personals bewiesen, daß sie die Logistik zum Betreiben der Verletztensammelstelle zeitgerecht bereit-zustellen vermochte und aus dem Einsatzgeschehen heraus logistische, organisatorische und medizinische Kompetenz in das Management dieses Großunfalles einbringen konnte.

Konzept der Schnelleinsatzgruppe

Zum Schluß seiner Ausführungen ging Dr. Maxisch noch auf den Aufbau und die Aufgaben der Schnelleinsatzgruppe (SEG) der Sanitätsbereitschaft 10 (Regie) des Landkreises Northeim ein. „Die SEG besteht aus drei Führungskräften, drei Ärzten und 30 Sanitätshelfern. An Fahrzeugen stehen ein Führungskraftwagen-TEL (Bund), ein ELW als Notarzteinsatzfahrzeug, zwei Arzttruppkraftwagen (Bund) und fünf Krankentransportwagen zur Verfügung. Die Kernaufgaben der SEG liegen in der Führung und im Aufbau der zur Bewältigung eines Massenanstalles von Verletzten notwendigen materiellen Infrastruktur. Die Einsatzfrequenz der SEG liegt gegenwärtig bei etwa zehn bis zwölf Einsätzen im Jahr. Im Landkreis Northeim wird zur Zeit an einem regiona-

len Gesamtkonzept für das Management eines Massenanstalles von Verletzten gearbeitet, das alle im Landkreis Northeim mitwirkenden Trägerorganisationen, die vorhandene SEG (Regie) und die Führungseinrichtungen der Feuerwehr miteinander vernetzen soll. Ziel dabei ist es, alle örtlichen, personellen, materiellen und organisatorischen Ressourcen zu nutzen.

Das Konzept sieht vor, die Autonomie der einzelnen Teileinheiten zu erhalten, den Materialeinsatz im Sinne einer flexiblen Nutzung aller Beteiligten ökonomisch zu nutzen, Beschaffungen untereinander abzustimmen, die Ausstattung zu modularisieren und zu standardisieren und den Personaleinsatz entsprechend den jeweiligen Qualifikationsstufen sinnvoll festzulegen. Es soll zwischen zwei Einsatzschwerpunkten unterschieden werden:

1. Großer Individualunfall (z.B. zwei vollbesetzte Pkw),
2. Massenanstall von Verletzten.

Beim großen Individualunfall soll der örtliche Rettungsdienst verstärkt werden. Der Einsatz der einer Organisation oder einer Rettungswache zugeordneten Teil-SEG soll in diesem Fall durch den Leitenden Notarzt mit seinen Führungskräften und die Rettungsleitstelle koordiniert werden.

Die geplante Struktur für den Massenanstall von Verletzten sieht vor: Mobile Behandlungstrupps, eine Teileinheit zum Aufbau einer Verletztensammelstelle, eine Führungseinheit und eine Transporteinheit.

Mobile Behandlungstrupps sollen, dem Gedanken der Sanitätsgruppen

des Sanitätszuges folgend, in das Einsatzgeschehen hineingehen und von dort nach Abstimmung mit den medizinischen Fachkräften die Patienten zur Verletztensammelstelle transportieren. Die Ausrüstung dieser Trupps soll lediglich aus Koffer, Rucksack oder Rettungstasche, Trage und Decke bestehen.

Die Infrastruktur für die Einrichtung einer Verletztensammelstelle als stationäre Versorgungseinheit für das Herstellen der Transportfähigkeit, die Sichtung und Verteilung der Verletzten wird im wesentlichen vom Katastrophenschutz gestellt.

Die Führungseinheit obliegt im Aufbau der Feuerwehr. Der Betrieb wird gewährleistet durch den Leitenden Notarzt mit Führungsassistent, einem sog. Leiter vom Dienst, der sich aus den Leitern der einzelnen SEGs im Landkreis (Dienstbereitschaft) rekrutieren wird, ergänzt durch Komponenten der TEL-Besatzung.

Weiterhin soll es eine Transporteinheit geben mit der wichtigen Funktion des Leiters Transport, der räumlich zwischen Krankenwagenhalteplatz und Verletztensammelstelle positioniert sein wird und die Steuerung aller Transporte zur Entlastung der TEL übernimmt und auf diese Weise durch dezentrale Steuerung, Regelung und Überwachung zur Entlastung des Sprechfunkverkehrs entscheidend beiträgt.“

Personale Hilfe in Staat und Gesellschaft

Gedanken zu einer Kultur des Helfens

Anlässlich des 25jährigen Jubiläums der kommunalen Regieeinheiten und -einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland hielt Dr. Paul Wilhelm Kolb den nachfolgenden auszugsweise abgedruckten Vortrag. Der Beitrag befaßt sich mit dem Helfen als Bestandteil des Grundverständnisses in unserer Kulturgemeinschaft. Deshalb mußten wieder Leitbildfunktionen für die zukünftige Entwicklung humanitärer Standards in Staat und Gesellschaft gewonnen werden. Es sollte nachdenklich stimmen, wenn Verfassungsorgane den ihnen nach dem Grundgesetz auferlegten hohen Rang des Schutzes der Bevölkerung jetzt nach Kassenlage zur Disposition stellten und sich der Staat selbst in Kernbereichen der ehrenamtlichen personalen Hilfe zu entledigen suche.

„Die Menschen sind seit altersher auf gegenseitige Hilfe angewiesen, um als Gemeinschaft überleben zu können. Im Gegensatz zu den Tieren ist der Einzelmensch seiner Umwelt nur schlecht angepaßt. Diesen Mangel muß er durch Gebrauch seiner Vernunft ausgleichen. Unkalkulierbares Risiko bleibt dabei, daß er und seine Mitmenschen zwar vernunftbegabt sind, aber oftmals unvernünftig handeln.

Für das Leben in Gemeinschaft müssen also Verhaltensregeln verbindlich gemacht werden, die so gut wie möglich dagegen vorbeugen, daß durch individuelle oder kollektive Unvernunft existenzbedrohender Schaden entsteht. Dies geschieht durch Gebote und Verbote, die von der Gesellschaft akzeptiert und durch die Staatsgewalt garantiert werden. Grundlage für ihre Ausformung ist das den Menschen wohl angeborene Bedürfnis nach dem Erkennen des Sinnes und der Grenzen seines Le-

Dr. Paul Wilhelm Kolb während seines Festvortrages im Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung.



bens. Antworten darauf finden wir in Religion, Weltanschauung und Philosophie. Diese Einflußgrößen bestimmen so letztlich, was im Laufe der Geschichte als moralisch verbindlich und legitim angesehen wird.

In der westlich geprägten Welt von heute gelten im Grunde noch die von der antiken Philosophie und vom Christentum geprägten moralischen Maximen. Das als Gegenbild propagierte Ideal vom autonomen, nur seinem Eigenwohl verpflichteten Menschen hat demgegenüber zwar an Boden gewonnen, sich aber zu guter Letzt doch nicht als gemeinverbindlich erwiesen. Mit Schopenhauer läßt sich deshalb in einer alle Einzelethiken übergreifenden Weise das grundlegende Moralprinzip in die Forderung kleiden: ‚Verletze niemand, vielmehr hilf, soviel du kannst, allen.‘ Hier sind zwei Prinzipien formuliert, die der als bedeutender Interpret und Kritiker der Marxistischen Dialektik bekannte Hamburger Philosoph Ulrich Steinforth als Verletzungsverbot mit Hilfegebot bezeichnet.

Dem Thema gemäß sei die Fragestellung nach den Wirkungen des

Gebotes zur Hilfe auf die Gestaltung unseres Lebens konzentriert. Aus zeitökonomischen und quellenkritischen Gründen beschränke ich mich dabei auf Darlegungen über die aktuelle Situation in den alten Bundesländern. Insbesondere sind Antworten auf folgende Fragen zu finden:

- Was hält die deutsche Gesellschaft vom Helfen als Bestandteil ihres Grundverständnisses vom Leben auf Gegenseitigkeit?
- Welches sind die Motive für personale Hilfe in Staat und Gesellschaft, wer sind ihre Träger und wen begünstigt sie?
- Welchen Stellenwert hat das Helfen für die zukünftige ordnungs- und sozialpolitische Entwicklung?

Die Rahmenbedingungen für Hilfeleistungen in unserer Gesellschaftsordnung

Die Gesellschaft Deutschland West ist geprägt durch eine fast 50jährige Periode des Friedens. Die

ungeheure Kraftanstrengung zum Aufbau des demokratischen Rechtsstaates und der sozialen Marktwirtschaft in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wurde mit reichem Ertrag belohnt.

Ein blühendes, leider aber in vieler Hinsicht saturiertes Gemeinwesen ist so entstanden. Als Folge davon hat sich, unter fälschlicher Berufung auf das Prinzip der Freiheit in Staat und Gesellschaft, eine extreme Pluralität der Anschauungen zu allen Fragen der Lebenshaltung entwickelt.

Dadurch kam es, wie die Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann erst kürzlich auf einem Medienkongreß in München wieder feststellte, zu einem als Wertewandel zu registrierenden Verfall der klassischen bürgerlichen Tugenden. Zumindest das von unseren Medien vermittelte Bild unserer Befindlichkeiten ist deshalb geprägt von Schilderungen über die Verbreitung einer hedonistischen, das heißt auf hemmungslosen Genuß ohne Rücksicht auf andere ausgerichtete Lebenseinstellung.

Die Ellbogenmentalität in Wirtschaft und Politik läßt sich auf solche Weise ebenso rechtfertigen wie die herabsetzende Verspottung intakter zwischenmenschlicher Treue- und Achtungsbeziehungen.

Um so erstaunlicher ist es, daß sich in diesem Umfeld augenscheinlich, und zwar weit mehr als erwartet, ein Potential von Hilfsbereitschaft erhalten hat, das insgesamt als respektabel zu bezeichnen ist. Im Gegensatz zu früher ist jedoch die Bereitschaft zur Hilfeleistung weniger im ethisch-gefühlsbetonten, sondern mehr im rational-utilitaristischen Denken verwurzelt. Außerdem wird vieles, was sonst als persönliche Verpflichtung angesehen wurde, nun als Bringeschuld des Kollektivs aufgefaßt.

An einigen ausgewählten Beispielen wird im nachfolgenden dargelegt, aus welchen Einzelerkenntnissen verlässliche Schlüsse auf den Zustand des Ganzen unseres gesellschaftlichen und staatlichen Hilfeleistungssystems gezogen werden können. Hierbei wird auf die Einflußgrößen

- Sprache
- private Netzwerke
- Strukturen und Verhalten der freiwilligen Helferschaft
- die Zuordnung der Hilfeleistung an private und öffentliche Träger

aus der Sicht der Bevölkerung eingegangen werden.

Die Sprache als Indikator für die Bedeutung des Helfens

Schon unsere Alltagssprache läßt erkennen, daß Helfen als Ausdruck und Inbegriff eines unterstützenden Tuns auch in einer weithin von Egoismen geprägten Gesellschaft einen hohen Rang hat. So finden sich Hinweise auf Hilfebedarf und Hilfeleistungen in vielen Variationen in den Schlagzeilen der Printmedien und in den Nachrichten und Magazinen von Funk und Fernsehen. Allerdings ist offensichtlich, daß so mancher publizistischer Hilferuf leider nur dazu dient, die Auflagen und die Reichweite der jeweiligen Medien zu vergrößern.

Dieser Hinweis ist auch als Ausdruck des Bedauerns darüber zu verstehen, daß im Bereich der Hilfeleistungen immer wieder Elemente der Gewinnerzielung Eingang finden und dadurch die ethisch-moralischen Anliegen des Helfens in ihrer Aussagekraft verwässert werden.

Dennoch: Der Sprachgebrauch bezeugt, daß Hilfeleistung augenscheinlich von allen gesellschaftlichen Schichten als wesentlicher Bestandteil des sozialen Miteinanders akzeptiert und getätigt wird.

Private Netzwerke als wichtiges Betätigungsfeld für personale Hilfe

Private Netzwerke sind ein Geflecht von Beziehungen, die ein Individuum zu anderen Personen außerhalb des eigenen Haushaltes unterhält. In diesen Netzwerken wird eine Vielfalt von Leistungen ausgetauscht, die ihrem eigentlichen Charakter nach als helfende Tätigkeiten bezeichnet werden können. In ihrer Vielseitigkeit und Bedarfsnähe ergänzen, decken oder ersetzen sie sozialstaatliche oder kommerzielle Angebote.

Im letzten, auf umfangreiche statistische und demoskopische Erhebungen beruhenden Wohlfahrtssurvey der Bundesregierung wurden folgende private Hilfeleistungen unter Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten typisiert:

- materielle Hilfen
- güter- und personenbezogene Dienstleistungen

- Beratung und Information
- Geselligkeit
- emotionale Unterstützung
- soziale Integration

Die Auswertung der erhobenen subjektiven und objektiven Tatbestände zu dieser Typologie zeigte erstaunliche Ergebnisse:

1. Etwa 70% der Befragten haben im Erhebungszeitraum (letzte 2 bis 3 Jahre) Hilfe für andere erbracht. Konstant 31 % haben keine Leistung für andere erbracht bzw. sehen auch in Zukunft keinen Grund dafür.

2. Die häufigste Form der Unterstützung erfolgt bei persönlichen Problemen (Kranke, Kinder und Behinderte werden so vor allem von Verwandten betreut; Nachbarn und Freunde spielen hier nur eine untergeordnete Rolle).

3. Güterbezogene Leistungen wie Hilfe bei Wohnungsrenovierung, Umzug oder Hausbau fallen weniger ins Gewicht.

4. Eine Bezahlung ist bei der Hilfeleistung weitgehend unüblich.

5. Fast alle diejenigen, die Hilfe erhalten haben, finden sie gerade richtig.

6. Größte Intensität hat die Hilfeleistung dort, wo es zwischen den Haushalten zu einem besonders häufigen Leistungsaustausch kommt.

Im Spektrum des Helfens haben also informelle private Dienstleistungen eine außergewöhnlich große Bedeutung. Dementsprechend hoch ist auch ihr Einfluß auf das soziale Leben. Ideell gesehen wird unentgeltlich gegenseitige Hilfe zum Schrittmacher für die Bildung praktisch-humane Gesinnung.

Die Zuordnung von elementaren sozialen Hilfsaufgaben an öffentliche oder private Träger

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu jenen höchstentwickelten Wohlfahrtsstaaten, die immer mehr zu Adressaten von Ansprüchen ihrer Bürger geworden sind. Gegenwärtig zeichnen sich, bedingt durch den Rückgang des Sozialproduktes, schärfer denn je die Grenzen staatlicher Wohltätigkeit ab. Unter den Vorgaben Politisierung oder Depolitisierung von Wohlfahrtsansprüchen wird besonders von der Wissenschaft nach Wegen gesucht, wie durch ein Mehr oder Weniger an staatlicher Tätigkeit die Bilanz der sozialen Dienst- und Hilfeleistungen weiter in

schwarzen Zahlen geschrieben werden kann.

Die Bundesregierung ließ in diesem Kontext durch Befragungen und statistische Erhebungen ermitteln, welche der 15 wichtigsten sozialbezogenen Aufgabenfelder aus der Sicht der Bürger dem Staat oder anderen nicht staatlichen bzw. privaten Sozialgruppierungen und Trägereinrichtungen zur Erledigung zugeordnet werden sollten. Auf den kürzesten Nenner gebracht, ergaben sich folgende Antworten:

1. Mehr als 90 % der Befragten wünschen die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit, im Alter und in sozialen Notständen durch den Staat.

2. Fast 80 % der Befragten meinen, daß die medizinische Versorgung für alle und die finanzielle Absicherung im Krankheitsfall am besten vom Staat garantiert werden können.

3. Zwischen 40 und 50 % der Befragten fanden, daß sie sich die Betreuung und Hilfe für Kranke, Alte, Behinderte und Gefährdete auch in anderer als staatlicher Verantwortung vorstellen können.

Die Bürger sehen den Staat demnach mehr als Finanzier und Vermittler der sozialen Grundversorgung und weniger als Träger personaler Hilfe und Zuwendung.

Freiwillige Helfer als Träger sozialstaatlicher Hilfeleistungsaufgaben

Es ist im Bewußtsein der Bevölkerung verankert, daß der Staat zur Abwehr von Gefahren für das leibliche und soziale Wohl seiner Bürger personale Hilfe organisieren und bereithalten muß.

Zur Erfüllung dieser Erwartungen seiner Bürger bedient sich der Staat öffentlicher und privater Hilfsorganisationen. Die Mitglieder dieser Organisationen leisten dann, in der Regel freiwillig, unentgeltliche Dienste, die auch hauptberuflich oder im Rahmen einer staatlichen Dienstpflicht erbracht werden können.

Für den Staat spielen gewiß auch finanzielle Sparüberlegungen mit, wenn er sich freiwilliger Helfer bedient. Die freiwilligen Helfer andererseits übernehmen vorwiegend aus praktisch humanitären oder idealistischen Gründen die vielfach unbequemen Hilfsdienste für ihre Mitbürger. Ein oftmals entscheidendes Motiv für freiwillige Verpflichtung ist, das

soll nicht verschwiegen werden, die damit verbundene Freistellung vom Wehr- und Zivildienst.

Aus der Herkunft der Helfer und ihrer Einstellung zur Hilfeleistungsaufgabe lassen sich wichtige Erkenntnisse zu den Grundvoraussetzungen des Helfens in unserer Staats- und Gesellschaftsordnung ziehen. So haben Sozialforscher ermittelt, daß Helfer im Katastrophenschutz

- meistens Männer der jüngeren und mittleren Jahrgänge sind,
- über einen Bildungsstand verfügen, der stark von Herkunft (Land/Stadt) und von der Berufsausbildung und weniger von abstrakten Lehrinhalten bestimmt ist,
- öfter als der statistische Durchschnittsbürger kinderreichen Familien entstammen,
- zu etwa 60 % verheiratet sind und ebenfalls mehrere Kinder haben,
- zumeist durch Kollegen, Freunde und Verwandte zum Eintritt in ihrer Hilfsorganisation bewegt wurden,
- bei der Auswahl ihrer Organisation zumeist von traditionellen oder berufsgruppen-spezifischen Überlegungen ausgehen,
- oftmals mit anderen Familienangehörigen zusammen ihren Dienst leisten,
- in den Feuerwehren und im Roten Kreuz oftmals schon länger als 20 Jahre Dienst tun,
- durchschnittlich 100 Stunden im Jahr im Einsatz und in Ausbildung sind und in einzelnen Organisationen sogar von ausgewählten Personen über 500 Dienststunden geleistet werden,
- gesellschaftspolitisch stärker als andere interessiert sind und mit einem Anteil von 56 % auch in anderen Organisationen Mitglied sind, und zwar überwiegend in freizeit-orientierten und berufsständischen Vereinigungen; der dafür aufgewendete Zeitbedarf reicht von weniger als 10 bis mehr als 20 Stunden monatlich.

Über die außerordentliche gesellschaftliche Relevanz der frei organisierten Hilfeleistung gibt folgende knappe Bilanz der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, sie feierte am 19. Oktober 1993 ihr 80jähriges Bestehen, für das Jahr 1992 Aufschluß: Mitgliederbestand 540 000, davon Aktive 60 000, Zahl der geleisteten Wachstunden 2,5 Mio., d. h. pro Helfer rd. 42 Stunden. Zahl der vor dem Ertrinken geretteten Personen 520; über 60 davon wurden unter Lebensgefahr für die Retter außer Gefahr gebracht.

Aus alledem ist zu folgern, daß die Fähigkeit und Bereitschaft zur personalen Hilfe durch Verhaltensmuster in Familie und beruflichem Umfeld gefördert und durch Bereitschaft zu Geselligkeit und Gemeinschaft verstärkt wird.

Zusammenfassung

Die Aufgabe des Helfens ist auch in dem Gemeinwesen der technischen Hochzivilisation eine Grundvoraussetzung für das gesellschaftliche und staatliche Miteinander. Selbst dort, wo das Gemeinschaftsgefühl durch ein falsches Verständnis von der „Freiheit von allem für alle“ extrem gefährdet ist, bildet sich aus dem Erlebnis von Familie, Nachbarschaft und Freundschaft ein Wirgefühl, das sich in Hilfs- ja sogar Opferbereitschaft ausdrückt.

Der Staat hat dies zur Kenntnis zu nehmen, zumal er an dieser Bereitschaft und Fähigkeit zur Hilfeleistung partizipiert. Durch Recht und Gesetz hat er deshalb mit Vorrang alles zu fördern, was dazu beiträgt, den Gedanken der tätigen Hilfe durch freie gesellschaftliche Kräfte zu verbreiten.

Freie, subsidiär geprägte Hilfe ist nicht nur eine außerordentliche kulturelle Leistung im Blick auf ihre theoretisch-wissenschaftliche Rechtfertigung, sondern auch ökonomisch und von ihrer Bürgernähe her gesehen ein in anderer Weise kaum darstellbares Phänomen.

Seit dem 19. Jahrhundert haben die Deutschen, jenseits des Philosophierens pragmatisch und organisatorisch hoch befähigt, immer wieder soziale Konzepte und Lösungen gefunden, die den jeweiligen Herausforderungen der Zeit gerecht wurden. Beispielsweise haben wir – was unter dem Streß des Alltags oftmals leider vergessen wird – nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter schwierigsten Außenbedingungen sozial leitbildhaft Millionen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Staat und Gesellschaft integriert. Dabei haben die staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte selbst vorurteilslos zusammengewirkt. Letzlich wird man von einer umfassenden Kultur des Helfens jedoch erst dann sprechen dürfen, wenn es gelungen ist, die sich gerade in jüngster Zeit verbreitende Flucht aus der Verantwortung für den Nächsten durch Wegschauen durch eine Haltung des zupackenden Hin-schauens zu kompensieren.“

„Diktat der leeren Kassen“

Sicherheitspolitik und Zivilschutz – Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Schwäbisch Hall-Hessental

„Ich sehe im Bereich Zivilschutz keine Renaissance einer großen Gemeinsamkeit unseres Volkes und der politischen Parteien“, so das Fazit des CDU-Bundestagsabgeordneten Georg Brunnhuber anlässlich einer dreitägigen zivilschutzpolitischen Fachtagung in Schwäbisch Hall-Hessental gegen Ende des vergangenen Jahres. Brunnhuber, Mitglied im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, verwies darauf, daß eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe beim Bundesminister des Innern bemüht sei, die Maßnahmen der zivilen Verteidigung in einem politischen Konsens zu halten. Der Parlamentarier erinnerte die Tagungsteilnehmer an die schon immer geringe Akzeptanz der zivilen Verteidigung in der Bevölkerung. „Trotzdem hat die Politik an ihr festgehalten, nicht nur weil dies ein Verfassungsauftrag ist, sondern zivile Verteidigung auch durch die Bedrohungslage als notwendig erachtet wurde.“

In der Zwischenzeit aber habe sich die Bedrohungssituation geändert. Darauf hätten sich die politischen Kräfte eingestellt und beispielsweise beim Bundesverband für den Selbstschutz erheblich abgebaut. Jedoch, so der Innenpolitiker, könne der nächste Schritt nicht darin liegen, den hauptamtlichen Bereich weiter und weiter zu reduzieren – also in einer weiteren Auflösung von Strukturen. „Dagegen wehren wir uns, solange der Verfassungsauftrag, die Bevölkerung aufzuklären und zu schützen, die politische Grundüberlegung ist. Die politische Vorgabe der Koalition ist eindeutig. Wir wollen auch in Zukunft zivile Verteidigung.“

Aber Brunnhuber ließ in seinen Ausführungen keinen Zweifel daran, daß konkrete Ziele und Perspektiven für den Gesamtbereich baldigst aufgezeigt werden müssen. „Der Haus-

CDU-Bundestagsabgeordneter Georg Brunnhuber (r.), im Gespräch mit BVS-Direktor Helmut Schuch (l.) und BVS-Außenstellenleiter Wolfgang Raach.



haltsausschuß des Deutschen Bundestages hat sowohl dem Bundesminister des Innern als auch dem Innenausschuß deutlich signalisiert, daß dem Gremium spätestens im Frühjahr 1994 eine Konzeption vorliegen muß, um eine Zerschlagung des Bereiches zu vermeiden. 1994 ist ein großes Wahljahr und wir können nicht alle vier Wochen mit einer neuen Grundsatzdiskussion beginnen“, mahnte der Bundestagsabgeordnete.

Den grundsätzlichen Ausführungen Brunnhubers war eine hoch-

karätige wie auch vielseitige Fachtagung vorausgegangen. Den Teilnehmern aus verschiedenen Landesministerien Baden-Württembergs, Regierungspräsidien, Kommunen, Behörden und Hilfsorganisationen – die Wolfgang Raach, Außenstellenleiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Baden-Württemberg, im Namen der Organisatoren begrüßen konnte – wurde das breite Spektrum der Gesamtverteidigung nahegebracht und eine Reihe aktueller Problemstellungen aufgezeigt. So legte Ministerialdirigent Klaus Gaa,

Drei Tage lang befassen sich die Tagungsteilnehmer in Schwäbisch Hall-Hessental mit Fragen der Sicherheitspolitik und des Zivilschutzes.



Abteilungsleiter im Innenministerium Baden-Württemberg, die Position der Länder zur derzeitigen Diskussion im erweiterten Katastrophenschutz dar: „Es ist sicher richtig, ja gar dringend erforderlich, daß auch im Bereich der zivilen Verteidigung und der Erweiterung des Katastrophenschutzes gespart werden muß. Aber aus der Sicht der Länder – und hier spreche ich von allen Ländern – ist die derzeitige Entwicklung verfehlt und katastrophal in ihren Auswirkungen. Wir haben immer gefordert, daß den Kürzungen ein inhaltliches Konzept zugrunde liegen muß. Ein solches Konzept kann aber aus unserer Sicht nicht darin bestehen, daß der Bund das weniger werdende Geld hauptsächlich für seine eigenen Einrichtungen verwendet und demgegenüber vor allem die investiven Mittel im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes drastisch kürzt.“

So würden im Jahre 1994 insgesamt 169 Millionen Mark für den erweiterten Katastrophenschutz bleiben. Ziehe man alles ab, was daraus finanziert werden müsse, wie beispielsweise Zentralwerkstätten, Landeskatastrophenschutzschulen, laufende Kosten u.a. für die Helfer, dann blieben für sämtliche 16 Länder – bei einem großen Nachholbedarf der neuen Länder – noch insgesamt 17 Millionen Mark für Investitionen über. Also für Neu- bzw. Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Ausrüstungsteilen, die in den Organisationen gebraucht würden. „Vor diesem Hintergrund halte ich eine Umschichtung der Mittel für dringend erforderlich. Denn nur so können die materiellen Voraussetzungen für den weiteren Einsatz der Ehrenamtlichen sichergestellt werden.“

Nicht zuletzt die in der Vergangenheit zögerliche Haltung der verantwortlichen Stellen hätte dazu geführt, daß der Bundesminister der Finanzen unter dem Diktat der leeren Kassen das Heft fest in die Hand genommen habe. „Inwieweit der Wechsel an der Spitze des Bundesministeriums des Innern dieser Entwicklung entgegenwirken kann, bleibt derzeit offen. Aber die Länder können nun erst einmal wieder hoffen.“ Gaa räumte jedoch ein, daß es unredlich sei zu behaupten, das Bundesministerium des Innern hätte bislang in diesem Bereich überhaupt nichts getan. So wies er auf das vom Bundesministerium vorgelegte Papier aus dem Jahre 1992 hin. Danach sollten 440 fiktive Katastrophenschutzgebiete mit jeweils 180 000 Einwohnern – das entspricht

Meinungsaustausch am Rande der Fachtagung: Ministerialdirigent Klaus Gaa vom Innenministerium Baden-Württemberg (M.), BVS-Direktor Helmut Schuch (r.) und BVS-Außenstellenleiter Wolfgang Raach.



der durchschnittlichen Einwohnerzahl eines Landkreises in den alten Bundesländern – gebildet und mit einer ganz bestimmten Anzahl von Einheiten ausgestattet werden. Gaa: „Insider wissen, das diese Überlegung mit den geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen überhaupt nichts zu tun hat. Sie war praktisch die Neuauflage des alten Arrondierungsprogrammes, das der Bund schon seit vielen Jahren verfolgte. Dieses Programm aber hatte zum Ziel, das im Laufe der Jahrzehnte entstandene Ungleichgewicht in der Verteilung der Bundesmittel und Bundeseinrichtungen zwischen den einzelnen Ländern zu korrigieren. Daß der Bund mit diesem Programm nicht vorankam, lag u.a. bei den Ländern, denn dort gab es natürlich Gewinner und Verlierer – dementsprechend lagen die Interessen weit auseinander.“

So hätte der Bund also unter dem Deckmantel der veränderten Sicherheitslage versucht, das alte Konzept unter neuer Flagge umzusetzen. Wären diese BMI-Überlegungen aus dem Jahre 1992 umgesetzt worden, so Gaa weiter, hätte dies mit den dazu erforderlichen 191 000 Helfern und entsprechender Ausstattung eher zu einer Ausdehnung als zu einer Verminderung des erweiterten Katastrophenschutzes geführt. Daher brauche man sich nicht zu wundern, daß das Bundesministerium des Innern bei Finanzressort mit diesen Vorstellungen auf großes Unverständnis gestoßen sei. Denn der Bundesminister der Finanzen vertrete die Auffassung, daß gegenüber insgesamt 141 000 Helfern bei einer verschärften Bedrohungslage heute 70 000 Helfer ausreichen – nicht zuletzt aus den bestehenden finanziellen Sachzwängen heraus.

Einigkeit zwischen Bund und Ländern bestehe aufgrund der veränder-

ten Sicherheitslage bezüglich des ersatzlosen Wegfalles von Veterinärzügen, Verbrauchsgüter- und Materialerhaltungstrupps. „Das heißt, der Bund stellt ab Januar 1994 für ganz bestimmte Einheiten kein Geld mehr zur Verfügung. Was auch bedeutet, daß sich der so freigestellte Helfer eine neue Einheit suchen muß – natürlich mit entsprechender Hilfestellung der zuständigen Stellen. Auch Mittel für Ausstattung und Ausbildung im Ergänzungsteil, also für Einheiten des friedensmäßigen Katastrophenschutzes, werden ab 1994 nicht mehr bereitstehen. Auch dies kann man von Länderseite nicht beanstanden.“ Streit hingegen gebe es zwischen Bund und Ländern sowie den Organisationen hinsichtlich der Neuregelung von Stärke- und Ausstattungsnachweisen der Einheiten, schloß Gaa seine Analyse aus Sicht der Länder. Abschließend betonte der Vertreter des Landesinnenministeriums: „In der Arbeitsgruppe des BMI wird jetzt so gearbeitet, wie die Länder es eigentlich schon viel früher erwartet hätten.“

Hans-Jürgen Kuhn, Leiter der Katastrophenschutzschule des Landes Baden-Württemberg, und Dirk Göbel, Landesbeauftragter für Baden-Württemberg der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, reicherten die vorangegangenen Ausführungen mit weiteren Fakten an. Kuhn verwies auf das große Investitionsvolumen für seine Einrichtung in den letzten Jahren. Dies hätte dazu geführt, daß die Katastrophenschutzschule des Landes Baden-Württemberg derzeit zu den modernsten Einrichtungen dieser Art in der Bundesrepublik gehöre. Zur aktuellen Diskussion um einen möglichen Wegfall der Katastrophenschutzschulen der Länder bemerkte der Schulleiter, daß ein Verzicht auf diese Einrichtungen zu einer Vermin-

derung der Ausbildungskapazität führen würde, da die Hilfsorganisationen nicht allerorts in der Lage seien, die Standortausbildung zu übernehmen. Aufgrund dieser zusätzlichen Belastung für die Organisationen befürchte er eher einen Rückzug aus der Ausbildung. THW-Landesbeauftragter Göbel warnte u.a. eindringlich vor negativen Auswirkungen einer Neukonzeption auf die Helferschaft. „Zum Glück hat die Basis in weiten Teilen die gezeigte Unschlüssigkeit der Verwaltung auf höchster Ebene noch nicht bemerkt.“

Prüfungsbedarf beim Zivilschutz

Im Hinblick auf die anstehende Neuordnung des deutschen Zivilschutzes stellte Dr. Klaus Goeckel von der Akademie für zivile Verteidigung in Bonn-Bad Godesberg die Bereiche Warndienst, Schutzraumbau, Katastrophenschutz, Gesundheitsvorsorge und last not least den Selbstschutz als besonders prüfungsbedürftig dar. So hätte der vor Jahrzehnten aufgebaute Warndienst im Laufe der Zeit immer mehr seine Fähigkeit verloren, vor herannahenden Luftgefahren rechtzeitig zu warnen. Er könne daher den an ihn ursprünglich gestellten Anforderungen nicht mehr gerecht werden. „Heute kann der Warndienst tendenziell nur noch vor den Folgewirkungen der durch Waffen verursachten Schäden warnen. Eine Primärwarnung vor angreifenden Waffensystemen ist dagegen so gut wie unmöglich“, so Dr. Goeckel. Die Warndienstfunktion müsse daher neu definiert und zur Grundlage konzeptioneller Überlegungen gemacht werden, die sich insbesondere auf die kommunikationstechnischen Möglichkeiten von Rundfunk und Fernsehen abstützen sollten.

Die Förderung des freiwilligen Schutzraumbaus verliere künftig an Berechtigung, nachdem Deutschland nach Osten hin durch demokratische Reformstaaten abgeschirmt sei. „Da sich heute die Wahrscheinlichkeit des Eintritts kriegsbedingter Schutzplatzbedürfnisse aufgrund flächendeckender Erdkampfhandlungen in Deutschland fast gegen Null verringert hat, kann auch künftig keine überzeugende Schutzbaupolitik betrieben werden“, erklärte der Referent. Schutzbau ohne Schutzbaupflicht habe eben in den letzten

drei Jahrzehnten zur Benachteiligung von über 95 Prozent der Bevölkerung geführt. Der Einstieg in eine neue und glaubwürdigere Politik wäre seines Erachtens beispielsweise eine begrenzte Pflicht zum Einbau von trümmersicheren Kellerdecken.

„Kommen wir nun zum Prüfungsbedarf des erweiterten Katastrophenschutzes: Im Katastrophenschutz muß, so meine ich, der Tatsache Rechnung getragen werden, daß das Potential der Länder und der Hilfeleistungsorganisationen in den vergangenen zwei Jahrzehnten – seitdem die Länder in der alten Bundesrepublik über eigene Rechtsgrundlagen in Form von Katastrophenschutzgesetzen verfügen – sehr stark gewachsen, strukturiert, organisiert und verbessert worden ist. Das Potential in Westdeutschland umfaßt immerhin mehr als 1,6 Millionen Helfer, davon 150 000, die im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes vom Bund finanziert werden.“

Außerdem sei zu berücksichtigen, daß militärische Angriffe auf das Bundesgebiet, die unter den heutigen Risikoannahmen nur in Form des Einsatzes von Raketen über die uns umgebende Pufferzone demokratischer Staaten hinweg denkbar wären, in erster Linie – ebenso wie Sabotageakte mit militärischer Zielsetzung – lokale, allenfalls regionale Schadenslagen verursachen würden. Diese dürften auch nach Auffassung der Länder durch länderübergreifende Nachbarschaftshilfe bzw. durch überörtliche Hilfe grundsätzlich mit dem länder-eigenen Katastrophenschutzsystem beherrschbar sein. Eine derartige Auffassung habe die Innenministerkonferenz sogar zum Gegenstand eines Beschlusses in ihrer Sitzung am 7. und 8. November 1991 gemacht.

„Aus der Veränderung der sicherheitspolitischen Lage einerseits und aus der Entwicklung des Katastrophenschutzes in den Ländern andererseits ergibt sich für den Bund zwangsläufig die Konsequenz, eine Reduzierung des von ihm vorgehaltenen Zivilschutzpotentials des erweiterten Katastrophenschutzes sorgfältig zu untersuchen. Dabei sollte angestrebt werden, daß bei einer eventuellen Reduzierung zunächst einmal Unausgewogenheiten beseitigt werden, die in der Vergangenheit beim Aufbau des erweiterten Katastrophenschutzes in Deutschland entstanden sind“, erklärte Goeckel. Es müsse auf eine ausgewogene Verteilung des Bundespotentials inner-

halb der Altbundesländer und im Verhältnis zu den neuen Bundesländern hingewirkt werden. Entsprechende Anregungen seien bereits in dem Umsetzungsvorschlag des Bundesinnenministeriums vom 20. März 1991 vorgelegt worden.

Des weiteren ging der Referent auf das Teilsystem Gesundheitsvorsorge ein: „Das Katastrophenschutzergänzungsgesetz von 1991 hat die stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens verpflichtet, Planungen zwecks Erweiterung der Kapazitäten zur Bewältigung eines im Konfliktfall zu erwartenden Massenankommens von Verletzten durchzuführen. Diese Maßnahme sollte weitergeführt werden. Ebenso sollten die von den Sanitätsorganisationen betriebenen und von der Bundesregierung finanzierten Programme zur Schwesternhelferinnenausbildung und zur Erste-Hilfe-Ausbildung der Bevölkerung fortgesetzt werden. Nicht nur, daß die dabei erworbenen Fähigkeiten auch für friedenszeitliche Notfälle von großer Bedeutung sind, sondern gleichzeitig ebenfalls einen darüber hinausgehenden wichtigen gesellschaftspolitischen Zweck erfüllen.“ Dagegen sei die weitere Vorhaltung von Hilfskrankenhäusern sowie von Sanitätsmittellagern wegen der verlängerten Vorwarnzeit und der Kapazitätserweiterungsplanung nach dem neuen Katastrophenschutzergänzungsgesetz nicht mehr in dem bisherigen Umfang erforderlich.

Seinen Ausführungen folgend, dürfte künftig der Aufklärung der Bevölkerung im Rahmen des Selbstschutzes zur Förderung der Verteidigungsfähigkeit besondere Bedeutung zuzumessen sein – und zwar noch vor der in der Vergangenheit schwerpunktmäßig vermittelten Information über Waffenwirkungen und dagegen zu treffende Schutzmaßnahmen. Entscheidend sei nämlich, daß zivile Verteidigung von der Bevölkerung akzeptiert werde. Dazu müsse ihr bewußt gemacht werden, daß die Maßnahmen der zivilen Verteidigung nicht nur fixiert sein dürften auf eine konkrete äußere Bedrohung durch feindliche Streitkräfte an den Grenzen der Bundesrepublik. Vielmehr müsse verdeutlicht werden, daß globale Risiken sehr schnell auch Europa und hier wiederum Deutschland tangieren könnten. Dr. Goeckel: „Auf diesem Gebiet gibt es noch große Informationslücken in der Bevölkerung, so zum Beispiel über das Waffenpotential der Länder der Dritten Welt, über die fundamentalisti-

schen Bewegungen, welche globale Ziele verfolgen, über wirtschaftliche Schwierigkeiten und Rassenkonflikte usw. Dem Bundesverband für den Selbstschutz wächst hier also ein weites und wichtiges Aufgabenfeld zu, das von den Ländern meiner Meinung nach nicht bearbeitet werden kann.“

Mindestmaß an Akzeptanz erforderlich

Zivilschutz: ein Akzeptanzproblem? – Helmut Schuch, Direktor des vorgangs erwähnten Bundesverbandes für den Selbstschutz, wählte diese Fragestellung zum Leitthema seines Fachreferates in Schwäbisch Hall. Schuch führte aus, daß der Zivilschutz eine Staatsaufgabe sei, die in weit stärkerem Maße von der Akzeptanz der Bevölkerung abhängig wäre als viele andere Staatsaufgaben. Bezogen auf den Zivilschutz müßten staatliche Planungen und Maßnahmen jedoch ein Mindestmaß an Akzeptanz beim Bürger finden, weil Zivilschutz ohne Akzeptanz in den unterschiedlichsten Bedarfszeiten nicht funktionieren könne. Doch nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, auch in der Politik und auf nahezu allen Verwaltungsebenen müsse Akzeptanz für Fragen der Gesamtverteidigung und des Zivilschutzes gesucht und auch gefunden werden. Hinsichtlich der Helfer in den verschiedenen Hilfsorganisationen bemerkte der BVS-Direktor: „Wenngleich diese Helfer den friedensmäßigen Nutzen ihres Tuns unmittelbar erfahren, bedürfen sie für die zusätzliche Zivilschutzkomponente ebenfalls besonderer akzeptanzfördernder Information.“

Auch das Ausmaß von Akzeptanz, so Schuch, sei situativ unterschiedlich. Unmittelbar nach Unfällen und Katastrophen wäre bekanntlich die Einsicht für staatliche Katastrophenschutzpolitik und die Notwendigkeit eigener Vorsorgemaßnahmen außerordentlich hoch. Mit dem Verstreichen der Zeit wandle sich konkreter Schutzwille aber mehr und mehr in theoretische Erörterungen über Notwendigkeiten. „Zivilschutz und Zivilschutzinformationspolitik werden demnach die Fragen nach dem Wann sorgfältigst beachten müssen, um nicht im Extremfall sogar kontraproduktiv zu werden.“

Bezüglich der verschiedensten Bedrohungen bemerkte Schuch: „Ri-



BVS-Direktor Helmut Schuch verweist in seinem Referat auf die Schutzverpflichtung des Staates gegenüber den Bürgern – auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel.

siken machen unterschiedlich betroffen und werden unterschiedlich wahrgenommen. Beide Bezugsebenen sind geprägt von Nähe bzw. Distanz, Vorkenntnissen, Hilfsmöglichkeiten, Techniken und einer Vielzahl anderer Einflußfaktoren.“ Risiken seien aber auch außerordentlich schwer zu vermitteln, da es gelte, Verdrängungsmechanismen zu überwinden, die aus der Unlust an Schaden und Schädigungen resultierten. „Es gilt also, eine Risikokommunikation zu erforschen und zu entwickeln, die dem Ziel entspricht, auch den Unbetroffenen betroffen zu machen. Eine Aufgabe, die den Kommunikations-Herkules fordert.“ Jedoch könne es nicht die Aufgabe des Zivilschutzes sein, blutige Bedrohungsannahmen zu zeichnen, um ggf. eine gesteigerte Akzeptanz zu erreichen: „Aufgabe der gesamten Sicherheitspolitik ist es, realistische Bedrohungsannahmen aufzuzeigen. Es ist allerdings unsicher festzustellen, daß zwischen der Bedrohungsannahme der Zivilschutz-Experten und der Bedrohungsannahme der Bevölkerung eine erhebliche Diskrepanz besteht.“

Aus der Sicht des Bundesverbandes für den Selbstschutz – dem ja die Informations- und Aufklärungsarbeit über den Zivilschutz obliege – schein es, so Schuch, dringend geboten, die bereits seit vielen Jahrzehnten praktizierte Öffentlichkeitsarbeit auf die Gesamtheit staatlicher Hilfsmaßnahmen auszudehnen. Hierzu gehöre natürlich auch der Doppelnutzen des Zivilschutzes, ohne aber allein auf den mit höherer Akzeptanz versehenen friedensmäßigen Katastro-

phenschutz auszuweichen. „Wir haben unsere Vorsorgeaufgaben so zu erledigen, daß der Bürger weiß, wie weit seinem berechtigten Schutz- und Sicherheitsanspruch genüge getan wird.“ Und so obliege es dem Staat im Rahmen der Staatsaufgabe Bevölkerungsschutz, den Bürgern vorurteilsfrei Informationen über alle Not- und Gefahrensituationen zu geben und die Begrenztheit staatlichen Handelns darzustellen. Eine falsche oder auch nur eine falsch verstandene Scheinsicherheit zu erzeugen, würde nicht akzeptanzfördernd, sondern akzeptanzverhindernd wirken. Schuchs Fazit: „Es ist erforderlich, auch für den wenig geliebten Politikbereich Zivilschutz möglichst viel Akzeptanz anzustreben. Grundsätzlich muß der Staat ohnehin Mindestanstrengungen unternehmen, um seiner Schutzverpflichtung gemäß Artikel 73 Grundgesetz zu genügen – auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel und harter Verteilungskämpfe.“

Forderung nach gezielter Aufklärung

Wolfgang Dombrowsky von der Katastrophenforschungsstelle der Christian-Albrechts-Universität Kiel unterstrich in seinem Vortrag die Ausführungen von BVS-Direktor Schuch hinsichtlich einer verstärkt notwendigen, realistischen Aufklärung der Bevölkerung über Bedrohungsannahmen und bestehende Hilfsmöglichkeiten durch die Hilfsorganisationen. Man habe jetzt die Chance zu sagen: „Der kalte Krieg hat uns viel Schweigen abverlangt.“ Jedoch vermißt der Wissenschaftler heute den Mut bei den Verantwortlichen, in Zusammenarbeit mit den Bürgern eine konzeptionelle Bestandsaufnahme in diesem Bereich zu wagen. „Es ist nicht in Ordnung, wenn die Hilfsorganisationen der Bevölkerung vorgaukeln, man hätte alles im Griff. Der Glaube an ein derartig perfektes, lückenloses Hilfeleistungssystem verstärkt die staatsbürgerliche Passivität und blockiert eigenverantwortliches Helfen in Notsituationen.“

Letztlich müßten die Bürger durch gezielte Aufklärung in die Lage versetzt werden, sich selbst zu schützen. Dies schließe auch eine uneingeschränkte Offenheit beim Eintritt von Schadenslagen mit ein. „Hier greifen die sogenannten ‚sechs W's‘: Was ist passiert? Was bedeutet dies für mich? Was bedeutet das für die

mir nahestehenden Personen? Wie lange wird es dauern? Wann wird Hilfe kommen? Was kann ich tun?“ Dombrowsky weiter: „Unter dem Deckmantel der Nächstenliebe wird bei konkreten Schadensereignissen oftmals die volle Wahrheit verschwiegen. Doch die Menschen wollen die Wahrheit erfahren – entlarvte Lüge verschlimmert die Situation zusätzlich.“

Der Katastrophenforscher bezeichnete den Abbau von Sirenen als einen Vertrauensbruch des Staates gegenüber den Bürgern. Gerade im Bereich des Warnwesens zeigt sich seiner Auffassung nach der Verlust des Sozialen am nachhaltigsten. Denn wo der einzelne Gefahren nicht mehr wahrnehmen könne, weil sie nur noch kompliziert meßbar seien, müsse ihm die Gewißheit gegeben werden, daß er im Ernstfall tatsächlich gewarnt werde. Der Staat habe hier eine hoheitliche Aufgabe und eine dementsprechende Verantwortung. Dombrowsky: „Warnen unter solchen Bedingungen heißt, allen Bürgern die gleiche Warnchance einräumen, weil sonst Ungleichheiten entstehen, die den sozialen Zusammenhalt zerstören. Wenn es erst Bürger erster und zweiter Warnklasse gibt, kann man dem Warnenden nicht mehr glauben, daß alle Bürger gleich wertvoll, gleich überlebenswert sind.“ Dies sei die verhängnisvolle Schlußfolgerung, gebe man das Warnwesen als gleiches und gleichverteiltes öffentliches Gut auf.

Dombrowsky drückte es noch radikaler aus: „Ein Staat, der seine Bürger nicht mehr vor Gefahr warnt, also



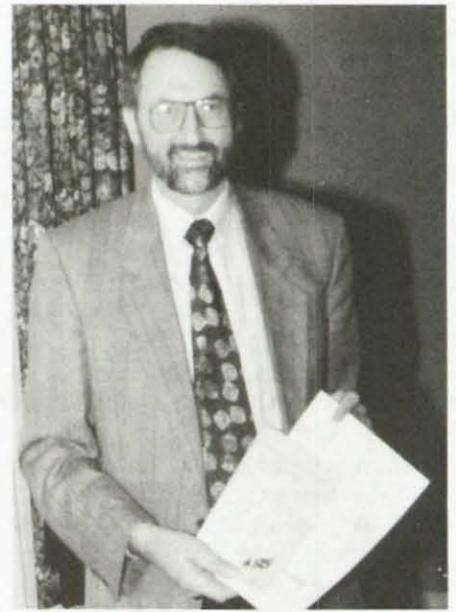
Vermißt den Mut bei den Verantwortlichen, in Zusammenarbeit mit den Bürgern eine konzeptionelle Bestandsaufnahme im Bereich Zivilschutz zu wagen: Wolfgang Dombrowsky von der Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel.

in existentiellen Krisen wie Krieg oder Katastrophen ungewarnt – oder schlimmer noch – ungleich gewarnt läßt, der kündigt den Sozialvertrag. Die Bürger sind dem Staat das Überleben nicht mehr wert. So gesehen zerstört der Staat die moralische Grundlage, auf der Überlebenswille, Sozialität, Durchhaltewillen und Sittlichkeit fußen. In diesem Sinne bedeutet die Aufgabe des Warnwesens die wirkungsvollste Investition in die nächste Katastrophe. Wie werden sich die Bürger angesichts eines Staates verhalten, von dem sie glauben, daß er sie aufgegeben hat?“ Diese Frage stellte Dombrowsky in Richtung der Verantwortlichen.

Reformbeispiel Schweiz

Derartige Befürchtungen hat man in einem der Musterländer des Zivilschutzes, der Schweiz, nicht. Wie Moritz Boschung, Informationschef des schweizerischen Bundesamtes für Zivilschutz, Bern, den Tagungsteilnehmern in Schwäbisch Hall erklärte, sind 92 Prozent der schweizerischen Bevölkerung bei einer Schadenslage durch festinstallierte Sirenen und 86 Prozent durch mobile Sirenen erreichbar. Wie weiter zu erfahren war, ist der Zivilschutz in der Schweiz föderalistisch aufgebaut. Die Rahmenfestlegung erfolgt durch den Bund, die Regelungen durch die einzelnen Kantone und die eigentliche Durchführung durch die Gemeinden selbst. Sie sind die Träger des Zivilschutzes in der Schweiz.

Doch nicht eine Situationsanalyse, sondern der Ausblick auf die anstehende „Zivilschutzreform 95“ stand im Mittelpunkt seines Referates: „Wie bei Ihnen in Deutschland beeinflusst der Wandel in und außerhalb Europas auch die schweizerische Sicherheitspolitik und damit ebenfalls den Zivilschutz.“ Bereits 1987 wäre in einem offiziellen Bericht der Schweizer Regierung die Notwendigkeit des Ausbaus des Zivilschutzes in Richtung einer vermehrten Katastrophenhilfe in Normalzeiten und nicht nur bei bewaffneten Konflikten gefordert sowie eine Revision des Zivilschutzes in Aussicht genommen worden. Im Oktober 1990 hätte der Bundesrat im Bericht über die schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel eine Standortbestimmung mit Folgerungen für die künftige Sicherheitspolitik veröffentlicht. Dem Zivilschutz weise die Regierung in diesem Bericht im



Moritz Boschung, Informationschef des schweizerischen Bundesamtes für Zivilschutz, stellt die „Zivilschutzreform '95“ seines Landes vor.

Sinne einer Neugewichtung einen zweiten Hauptauftrag zu. Zum bisherigen Hauptauftrag, dem Schutz, der Rettung und Betreuung der Bevölkerung bei bewaffneten Konflikten, komme neu die Hilfe bei Katastrophen und in anderen Notlagen als zweiter gleichwertiger Hauptauftrag hinzu.

Der neue Zivilschutz, der nach dem Grundsatz „einfach, rasch und im Verbund“ realisiert werden soll, weise, so Boschung, drei wesentliche Neuerungen auf. Die erste betreffe die zeitlichen Vorgaben. Gehe man im Falle bewaffneter Konflikte davon aus, daß ein erster Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter innerhalb von zwei Tagen (Schutzräume ausgeräumt), ein umfassender Schutz innerhalb von sechs Tagen (Schutzräume eingerichtet) gewährleistet werde, so gelte es in der Katastrophenhilfe – wo mit keiner Vorwarnzeit gerechnet werden könne – darum, ausgewählte Personen (Führungskräfte) innerhalb einer Stunde und weitere Personengruppen (Rettungsformationen) innerhalb von sechs; weitere Einheiten innerhalb von 24 bis 36 Stunden zum Einsatz zu bringen.

Die zweite wesentliche Neuerung betreffe die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen wie den Feuerwehren, den technischen Gemeindebetrieben, dem öffentlichen Gesundheitswesen, der Polizei und den Rettungstruppen der Armee. Die Zusammenarbeit werde gleichfalls nach dem Motto „einfach, rasch und im Verbund“ auf eine neue Basis gestellt. Damit verbunden sei eine Neu-

verteilung von Aufgaben, das Eliminieren von Doppelspurigkeiten, die sich im Laufe der Jahre ergeben hätten. Boschung: „Jede dieser Organisationen soll neu in jeder Situation, also sowohl im Katastrophen- wie im Kriegsfall nach dem Grundsatz: so normal wie möglich, so außerordentlich wie nötig; an ihrem Standort die Funktionen und Aufgaben wahrnehmen, für die sie aufgrund ihrer Ausbildung und des Know-how die besten Voraussetzungen mitbringt. Die Devise: ‚Was für den Kriegsfall vorbereitet wurde, kann auch im Katastrophen- und Notfall dienlich sein‘, wurde teilweise umgekehrt. Neu gilt: ‚Was für die Katastrophe in Normalzeiten dienlich ist, ist auch bei der schlimmsten Katastrophe, dem Krieg, für den Bevölkerungsschutz von Nutzen‘.“

Eine Verjüngung und Straffung der Zivilschutzorganisationen sei die dritte gravierende Neuerung. Nach Angaben Boschungs waren bisher in der Schweiz alle Männer zwischen dem 20. und 60. Lebensjahr zivilschutzdienstpflichtig. „Da man in der Regel zwischen 20 und 50 in der Armee eingeteilt ist, bedeutet dies, daß das Gros der Schutzdienstpflichtigen des Zivilschutzes aus ehemaligen Angehörigen der Armee besteht, die zu rund 50 Prozent erst im Alter zum Zivilschutz übertraten.“ Neu werde ab 1995 eine Reduktion der Dienstalterspflicht um acht Jahre sowohl bei der Armee wie auch beim Zivilschutz in Kraft treten. Dies bedeute, daß fortan die Wehrdienstpflicht mit 42, die Schutzdienstpflicht mit 52 Jahren zu Ende gehe. Boschung zu den Konsequenzen: „Diese Altersreduktion hat zur Folge, daß das bisherige Soll von 520 000 Zivilschutzangehörigen auf 380 000 Personen verringert wird. Leistet bisher noch jeder sechste männliche Schweizer Zivilschutzdienst, so wird es künftig noch gut jeder zehnte sein.“ Die Verjüngung des Zivilschutzes führe zu einer größeren physischen Belastbarkeit und Flexibilität. Das Prinzip der Wehrpflicht für alle Schweizer werde jedoch dadurch nicht in Frage gestellt.

Zur angesprochenen Straffung der Zivilschutzorganisationen erklärte der Referent aus der Schweiz: „Die Straffung der Zivilschutzorganisationen besteht darin, daß die bisherige Dreiteilung (Pionier- und Brandschutzformationen übernehmen die Aufgaben der Ortsfeuerwehren) zugunsten einer einzigen Organisation (Rettungsformationen arbeiten mit den Feuerwehren zusammen; Ratio-

nalisation durch Regionalisierung) aufgegeben wird. Das erleichtert die Führung, macht die Organisation rascher einsetzbar.“

Zivil-militärische Zusammenarbeit

Zurück zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland führte schließlich der Befehlshaber der Bundeswehr im Wehrbereich V (Stuttgart), Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, neben allgemeinen Herausforderungen und Perspektiven für die Bundeswehr auch Gedanken zur zivil-militärischen Zusammenarbeit aus.



Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, Befehlshaber der Bundeswehr im Wehrbereich V (Stuttgart), referiert über die Zukunft der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

(Fotos: Hiersche, Matuszak-Faßbender)

Die zivil-militärische Zusammenarbeit – ursprünglich mit Schwerpunkt nur auf die Koordinierung von zivilen und militärischen Planungen zur Gesamtverteidigung ausgerichtet – beinhaltet heute mehr und mehr Aufgaben, die sich aus der dem Artikel 35 Grundgesetz zugrundeliegenden Verpflichtung der gegenseitigen Amts- und Rechtshilfe von Bundes- und Landesbehörden ergeben würden. Im Mittelpunkt stünden dabei die durch Streitkräfte möglichen Unterstützungsleistungen im Katastrophenschutz, u.a. in der Nothilfe, bei besonders schweren Unglücksfällen, im Umweltschutz, im Informationsaustausch. Die Zusammenarbeit zwischen den zivilen und militärischen Behörden und Dienststellen erfolge dabei fachbezogen und abgestuft nach festgelegten Ebenen der Zusammenarbeit.

Jedoch würden die bislang festgelegten Formen der zivil-militärischen Zusammenarbeit, mit der vorgesehenen Umsetzung der Heeresstruktur sowie den mit dem Truppenabbau bei den alliierten Streitkräften verbundenen Umstrukturierungen, einen tiefen Einschnitt erfahren. So käme es zu einer deutlichen Vergrößerung der Entfernungen zwischen den zuständigen Ansprechpartnern. Von Stauffenberg: „Die Zusammenarbeit muß nun so gestaltet werden, daß sie mit den immer schon wenigen verfügbaren Mitteln über die größeren Entfernungen so gut wie möglich durchgeführt werden kann.“ Speziell ausgerichtet auf Baden-Württemberg erklärte von Stauffenberg, daß nach dem Abschluß aller Strukturmaßnahmen auch in diesem Bundesland eine Reihe von Kreisen und Gemeinden militärfrei würden oder mit der Auflösung beispielsweise von Standortverwaltungen oder Kreiswehersatzämtern zumindest ihren ortsnahen militärischen Ansprechpartner verlieren würden. „Über lange Jahre eingespielte und bewährte zivil-militärische Verbindungen haben dann aufgehört zu bestehen. Ein Stück solider Verteidigungsintegrität und wichtiges zivil-militärisches Krisenmanagement droht zu zerfallen, wenn es nicht gelingt, die entstandenen Leerräume zu füllen.“

Die Reduzierung der Bundeswehr und damit verbunden deren Ausdünnung in der Fläche habe mit Blick auf Unterstützungsleistungen im Katastrophenfall noch einen weiteren Nachteil: „Truppen müssen gegebenenfalls über große Entfernungen herangeführt werden. Dies erfordert umfangreiche Vorarbeit und kostet Zeit. Die für den Katastrophenschutz verantwortlichen Behörden müssen daher die Bundeswehr frühzeitig – besonders vor Wochenenden – über einen sich anbahnenden Unterstützungsbedarf und die aktuelle Lageentwicklung informieren“, zeichnete Graf von Stauffenberg zum Abschluß der Fachtagung ein Bild der zukünftigen Ausgestaltung zivil-militärischer Zusammenarbeit.

- smf -

Zeigen, was der Katastrophenschutz vermag

Erste gemeinsame Veranstaltung aller Hilfsorganisationen

Auf einen Dauergast hätte man am „Tag der offenen Tür“ des Katastrophenschutzes der Stadt Nürnberg am Sonntag, dem 17. Oktober 1993, liebend gern verzichtet - den Regen. Noch am Vortag, bei den Vorbereitungen zu der großen Katastrophenschutzschau auf dem zentralen Hauptmarkt, lachte die Sonne. Die Veranstalter hofften auch für den Sonntag auf schönes Herbstwetter, aber leider vergebens, und so mußte man sich mit der Nässe und Kälte arrangieren.

Wer den Weg trotz des widrigen Wetters zum Platz vor dem Rathaus fand, und es waren dann noch erstaunlich viele Bürgerinnen und Bürger, wurde nicht enttäuscht. Der interessierte Besucher konnte Einblick nehmen in das umfangreiche Hilfeleistungspotential des Katastrophenschutzes der Stadt Nürnberg. Arbeiter-Samariter-Bund, Bayerisches Rotes Kreuz, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Freiwillige Feu-

erwehr, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, Technisches Hilfswerk, die ABC-Einheit und der Bundesverband für den Selbstschutz präsentierten sich unter dem Motto „Wir helfen gemeinsam“.

Beeindruckende Technikschau

Rund um den Platz hatten die Organisationen eine beeindruckende Fahrzeug- und Geräteschau aufgebaut. So zeigten die THW-Ortsverbände Nürnberg-Süd und Nord sowie der Partnerortsverband Chemnitz u. a. Gerätekraftwagen mit ihrer vielseitigen Ausstattung, eine Lichtgiraffe, einen Radlader und Kranwagen sowie Einsatzfahrzeuge des Autobahnhilfsdienstes. Daneben hatten die Helfer zwei Gerüsttürme für Abseilübungen mit dem Rollgliss-Gerät und für eine Seilbahn erstellt. Auch

die THW-Jugendgruppe beteiligte sich mit eigenen Aktivitäten an der Veranstaltung.

Löschfahrzeuge und Rüstwagen waren der Mittelpunkt der Technikschau der Freiwilligen Feuerwehr. Die ABC-Einheit zeigte neben ihren Einsatzfahrzeugen eine Strahlenschutzausstattung. Die Sanitätsorganisationen hatten u. a. im Rathaus einen Gesundheitsparcours mit Blutdruckmessen, Sehtest, HLW-Vorführungen u. v. m. aufgebaut, der sich regen Zulaufs erfreute. Der Bundesverband für den Selbstschutz beteiligte sich mit einem Informationsstand und einem Sicherheitsquiz, bei dem schöne Preise zu gewinnen waren.

Angezogen wurden die Besucher auch von einem Stand des Sprengkommandos Nürnberg. Hier simulierten die Experten das Entschärfen einer Bombe. Eine gefährliche Aufgabe, die auch heute noch aktuell ist.



Die praktischen Vorführungen ziehen stets zahlreiche Zuschauer an.



Ein „Verkehrsunfall“ verlangt das Können der Wehrmänner.

Praktische Arbeit demonstriert

Der Renner dieses „Tages der offenen Tür“ waren die Demonstrationen aus der praktischen Arbeit der Hilfsorganisationen auf einer Aktionsfläche in der Mitte des Hauptmarktes. Hier zeigten die Helferinnen und Helfer der einzelnen Einheiten abwechselnd alle halbe Stunde ihre Einsatzbereitschaft und ihren Leistungsstand. Stets war der Platz dicht gefüllt, wenn die Martinshörner der jeweiligen Einsatzfahrzeuge, die aus einer Seitenstraße zum „Schadensort“ fuhren, zu hören waren.

„Kollision eines Pkws mit einem mit Chemikalien beladenen Lkw“, anhand dieser realistischen Unfalldarstellung zeigte die Freiwillige Feuerwehr ihr Können. Während Wehrmänner den Einsatz eines Schaumrohres demonstrierten, bemühte sich ein Trupp, den in seinem Pkw eingeklemmten Fahrer zu befreien. Mit dabei ein Notarzt und Rettungssanitäter, die die Erstversorgung des „Verletzten“ schon im Fahrzeug übernahmen. Beeindruckend war zu sehen, wie hilfreich moderne Technik im Rettungseinsatz ist. Innerhalb kurzer Zeit wurde mit dem hydraulischen Rettungsspreizer und der Rettungsschere das Dach des Fahrzeuges entfernt, so daß der „Verletzte“ mit Hilfe einer Schaufeltrage schonend aus dem Wrack geborgen und weiter versorgt werden konnte.

Auch das THW zeigte gemeinsam mit der DLRG und dem ASB anhand eines „Verkehrsunfalls“, wie schnelle und fachgerechte Hilfe aussieht. Nach einem Zusammenstoß zweier Fahrzeuge waren „Verletzte“ zu bergen und zu versorgen.

Gemeinsame Hilfe

Dem Motto der Veranstaltung „Wir helfen gemeinsam“ entsprechend, demonstrierten alle Nürnberger Sanitätsorganisationen im Verbund, wie ein Unfall mit einer Vielzahl von „Verletzten“ zu bewältigen ist. Realistisch geschminkte Mimen lagen trotz des Regens - ein kräftiger Applaus der Zuschauer belohnte den Einsatz - auf der Aktionsfläche und stellten wirklichkeitsnah die Situation nach einer Explosion dar. Es gelang den Helferinnen und Helfern der Sanitätseinheiten aufzuzeigen, daß im Zusammenspiel aller Kräfte bei einer sol-

Das THW mit modernem Rettungsgerät im Einsatz.



Innerhalb weniger Minuten ist das Fahrzeugdach angehoben.



Der „Verletzte“ wird vom Rettungsdienst übernommen und abtransportiert.



Die Sanitätsorganisationen zeigen schnelle und fachgerechte Hilfe.





Das THW demonstriert den Einsatz einer Sauerstofflanze.



Ein BVS-Mitarbeiter zeigt das Ablöschen brennender Kleidung.

chen Schadenslage schnelle und qualifizierte Hilfe möglich ist.

Spektakulär war die Aktion der Bergwachtbereitschaft Nürnberg des Bayerischen Roten Kreuzes. Ein Helfer seilte sich mit einem „Verletzten“ aus der obersten Etage an der Außenwand des Rathauses ab und gab damit einen Einblick in die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Rettungsdienstes.

„Zwei Boote sind kollidiert, mehrere Personen sind verletzt, ein Bootsfahrer wird vermißt.“ Dies war die Ausgangslage für eine gemeinsame Rettungsaktion von THW und DLRG auf der Pegnitz, die nahe des Rathauses die Innenstadt durchfließt. Zahlreiche Zuschauer hatten sich eingefunden, um die Übung zu beobachten. Kurz nach der Alarmierung waren die beiden Hilfsorganisationen am Unfallort. Während THW-Helfer die abtreibenden Boote sicherten, versorgte die DLRG die „Verletzten“ im Boot und setzte einen Taucher ein, um den „Vermißten“ zu suchen. Auch hier zeigte sich die gute Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Katastrophenschutz-Organisationen.

Rechts: Die gemeinsame Rettungsaktion von THW und DLRG auf der Pegnitz.

Unten: Groß ist die Freude über zwei neue Einsatzfahrzeuge (v. rechts): Innenminister Günther Beckstein, Verwaltungsdirektorin Ursula Seifert, Hauptabteilungsleiterin Katastrophenschutz der Stadt Nürnberg, Dr. Frommer, Rechtsreferent der Stadt Nürnberg, und Oberbürgermeister Peter Schönlein. (Fotos: Sers)



Hoher Besuch

Unterbrochen wurden die Vorführungen am Nachmittag durch den Besuch des Bayerischen Staatsministers des Innern, Dr. Günther Beckstein. Er übergab Nürnbergs Oberbürgermeister Peter Schönlein zwei neue Einsatzfahrzeuge für den Katastrophenschutz der Stadt. „Wir helfen gemeinsam ist das Motto dieses Tages“, sagte der Staatsminister in einer kleinen Ansprache. „Die Fahrzeuge sind das eine, viel wichtiger sind aber die Menschen, die mithel-

fen, sich engagiert einbringen, um in Notfällen Hilfe zu leisten. Ihnen möchte ich herzlich dafür danken.“

Oberbürgermeister Schönlein bedankte sich bei Dr. Beckstein für den Zuwachs an Fahrzeugen, die man gut brauchen könne. Auch das Stadt- oberhaupt nutzte die Gelegenheit, den über 1000 Helferinnen und Helfern des Katastrophenschutzes für ihr Engagement und ihre stete Bereitschaft zur Hilfe seine Anerkennung auszusprechen.

Am späten Nachmittag endete die Veranstaltung auf dem Hauptmarkt. Es war die erste gemeinsame Schau aller Nürnberger Katastrophenschutz-Organisationen. Wenn auch die Erwartungen wegen des Dauerregens nicht ganz erfüllt wurden, so gelang es doch, vielen Bürgerinnen und Bürgern den Leistungsstand und die Einsatzmöglichkeiten des Katastrophenschutzes der Stadt anschaulich zu demonstrieren.

-güse-

Engagement des Bundes bei der Gefahrenabwehr in den neuen Bundesländern

Aufbaustand des erweiterten Katastrophenschutzes in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen und Sachsen (Stand: August 1993)

2. Teil

Fachdienst Brandschutz

Im Bereich der Erweiterung des Katastrophenschutzes übernehmen die Feuerwehren bundesweit den Fachdienst Brandschutz. Regional unterschiedlich werden zusätzlich auch andere Fachdienste, wie beispielsweise der Fernmelde- und ABC-Dienst, von den Feuerwehren wahrgenommen.

In den fünf neuen Bundesländern (ohne Berlin) sind im Rahmen eines auf fünf Jahre ausgelegten „Aufbauprogramms Ost“ bereits 160 Löschzüge-Rettung (LZ-R) aufgestellt und ausgerüstet worden. Übergangsweise sind einige Einheiten anstelle der Rüstwagen (RW 1) mit Hilfsrüstwagen der Marke „Robur“ aus aufgelösten Beständen der ehemaligen Zivilverteidigung der DDR ausgestattet worden. Die Ausrüstung dieser Fahrzeuge wurde den neuen Erfordernissen entsprechend ergänzt. Weitere 80 Löschzüge Wasserversorgung (LZ-W) befinden sich zur Zeit im Aufbau.

Diese zusätzliche Ausstattung der Feuerwehren durch den Bund stellt auf Grund ihres sogenannten „Doppelnutzens“ eine nicht zu unterschätzende Leistungssteigerung in der all-

täglichen Schadensbekämpfung dar. Dessen sind sich Kommunen und Feuerwehren durchaus bewußt. Gerade in der noch anhaltenden Aufbauphase macht sich dies in der Grundeinstellung zum erweiterten Katastrophenschutz bemerkbar, die in den neuen Bundesländern als durchaus positiv zu bezeichnen ist. Sicherlich spielen hierbei auch rein praktische Überlegungen eine wichtige Rolle, was im Rahmen des Doppelnutzens aber durchaus legitim ist. Man hofft – nicht zuletzt wegen der Unterstützung durch den Bund – in absehbarer Zeit auf die noch aus DDR-Beständen stammenden, fast 30 Jahre alten und nur begrenzt einsetzbaren Lösch- und Rettungsfahrzeuge verzichten zu können.

Mit insgesamt 246 Einheiten stellen die Feuerwehren in den neuen Bundesländern derzeit das größte Kontingent im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes und sind somit ein entscheidender Stützpfiler bei der Gefahrenvorsorge.

Der Vollständigkeit halber muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß dies zu Lasten der Feuerwehren im Westen geschieht. Denn das „Aufbauprogramm Ost“ hat Vorrang vor entsprechenden Maßnahmen in den alten Bundesländern. Das geht sogar soweit, daß der Aufbau Vorrang vor den erhaltenden Maßnahmen im alten Bundesgebiet besitzt [12].

(weiter auf Seite 31)

Führungsfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr Quedlinburg, Marke „Lada 1600“.



Jahresregister für 1993

Zivile Verteidigung und Zivilschutz

Sicherheitspolitik und Zivilschutz: Seminar an der Theodor-Heuss- Akademie	1/9
Hausschutzraum: Technisch neu konzipiert	1/29
Schutzraumbau in einer veränderten Bedrohungslage: Vortragsveranstal- tung der Deutschen-Schutzbau- Gemeinschaft	3/10
Zivilschutz – Niemandland zwischen Krieg und Frieden	4/13
Zivilschutz bleibt Staatsaufgabe	4/35
Mehr Sicherheit durch kontrollierte Abrüstung – 1. Teil	6/32
2. Internationale Konferenz über grenzüberschreitende Zusammen- arbeit im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas	7-8/19
Mehr Sicherheit durch kontrollierte Abrüstung – 2. Teil	7-8/41
Mehr Sicherheit durch kontrollierte Abrüstung – 3. Teil	9/33
Zivile Verteidigung am Wendepunkt: Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung	10/24
Mehr Sicherheit durch kontrollierte Abrüstung – 4. Teil	10/35
Mehr Sicherheit durch kontrollierte Abrüstung – 5. Teil	11-12/56

Katastrophenschutz und Selbstschutz

Einweihung der Katastrophenschut- Zentralwerkstatt in Theley	1/19
30 Jahre Katastrophenschutzschule Schleswig-Holstein	1/24
Deutsch-russisches Hilfeleistungs- abkommen unterzeichnet	2/9
Der neue Schlauchwagen SW 2000 – Tr	2/17
Appell zur Geduld	2/30

Hinweis: Die erste Ziffer weist
auf die Ausgabe hin, die zweite
zeigt die Seitenzahl an.

Ziviles Krisenmanagement überprüft – Erste landesweite Katastrophenschut- zübung im Bundesgebiet in Niedersachsen	3/22
Organisationsmodelle für eine auf- gabenorientierte Führungsstruktur in Hilfsorganisationen	4/22
Katastrophenschutzvollübung „Wiesel“	4/32
REGIO-KAT 93	6/17
Chirurgisches Management im Katastrophenfall	6/25
Strategien gegen eine (noch) unberechenbare Naturgewalt	6/30
Immer mehr und immer teurere Naturkatastrophen	6/31
40 Jahre Katastrophenschutz- schule des Bundes	7-8/35
„Die GZS hat ihren Auftrag erfüllt“	7-8/39
EXERCISE 93	10/14
Zentrale Grubenwehr in Herne-Wanne	11-12/16
Informationen in der Katastrophe – eine Katastrophe?	11-12/19
3. Katastrophenseminar der Berliner Polizei	11-12/23
Engagement des Bundes bei der Gefahrenabwehr in den neuen Bundesländern – 1. Teil	11-12/30
Orientieren mit topographischen Karten	11-12/38

Unglücke und Katastrophen

Zugunglück in Northeim	1/5
Busunglück forderte 20 Todesopfer	2/25
Tankklasterunfall: 500 Liter Azeton ausgelaufen	4/5
Der Sturm des Jahrhunderts in den USA	5/20
Großbrand im Baumarkt	9/7
Verheerendes Erdbeben in Indien	11-12/8

Vorsorge

Deutsche humanitäre Hilfe	1/27
Brandfluchthauben werden immer wichtiger	3/35
Mehr Sicherheit, mehr Kontrolle, mehr Information	5/18

Ernährungsvorsorge durch richtige Vorratshaltung	6/27
Das Anfangschaos bei der internationalen Katastrophenhilfe mindern	9/31

Brandschutz

Feiertage – nicht für die Feuerwehr	2/28
Die Technik beherrschen lernen	4/18
Informationen und Programme zur Brandschutzerziehung in Deutschland	
-Teil 1	4/39
-Teil 2	5/31
125 Jahre Landesfeuerwehr- verband Niedersachsen	7-8/32
10. Internationale Feuerwehr- wettkämpfe in Berlin	9/21
Unzureichende Ausbildungs- möglichkeiten an den Landes- feuerwehrschulen Niedersachsens?	11-12/25
15. Deutscher Jugend- feuerwehrtag in Trier	11-12/27
Premiere in Ulm	11-12/45
Neue Technik bei der Berufsfeuerwehr Köln	11-12/54

Rettungsdienst

Rettungsdienst im ländlichen Raum	3/24
Der Himmel weiß, wo die Fahrzeuge sind	3/30
20 Jahre Luftrettung in Koblenz	5/25
Neue Feuerwehr- und Rettungsleitstelle für den Schwarzwald-Baar-Kreis	6/22
Preisbildung im Rettungsdienst irrational	10/33
Schnelleinsatzgruppen – Nutzen und Effizienz bei der Gefahren- abwehr	11-12/36

Bundesverband für den Selbstschutz

Neues Zivilschutzkonzept praxisgerecht umsetzen	1/38
Ehrenamtliche Helfer nehmen Solidarität ernst	2/34
Neue Öffentlichkeitsarbeit im Dienste gemeinsamer Aufgaben	3/38

Selbstschutz – Gemeinden sind gefordert	4/45
F. D. P.-Haushaltsexpertin zur Neustruktur des Zivilschutzes	6/37
Neukonzeption in Ruhe und Zielstrebigkeit umsetzen	6/38
„Die Zukunft des BVS schätze ich optimistisch ein“	6/39
Staatssekretär Dr. Priesnitz zur Zukunft des BVS	7-8/50
Oberbürgermeister Dr. Joachim Becker wiedergewählt	7-8/50
Thüringen: Politiker informierten sich über BVS-Neukonzeption	9/38
Dr. Heinrich Sahlender in den Ruhestand verabschiedet	9/39
Thüringer Spitzenpolitiker beim BVS	11-12/61

Technisches Hilfswerk

10. Bundesversammlung der THW-Helfervereinigung	1/16
Erfolgreiche Hilfe des THW bei Kulturprojekt	1/43
Unterhalten von Fernsprecheinrichtungen	2/39
Versorgung im Katastrophenschutz	3/46
Vier tolle Tage	4/49
Die neue THW-Leitung	5/29
THW sichert Wasserversorgung in Somalia	5/42
THW-Einsatz Mostar in Bosnien-Herzegowina	6/40
12. THW-Bundeswettkampf in Berlin	7-8/13
Das Wasser steht im Mittelpunkt	7-8/53
Schlüsselerfahrungen	7-8/54
„Blauer Schild '93“	11-12/49

Warndienst

Johannes Gerster empfängt Personalrat	1/47
Schwerpunkte der Ausbildung 1993	2/43
BZS-Präsident Dusch zeichnet verdiente Helfer aus	3/49
Warndienst der Zukunft	4/50
Bundestagsabgeordnete zu Besuch im Warnamt III	5/45
Führung des Warndienstes tagte in Suhl/Thüringen	7-8/58
Besuch vom luxemburgischen Warndienst	9/45
NATO Group unter deutschem Vorsitz	10/45

Automation im Warndienst setzt sich aufgabenorientiert durch	11-12/67
--------------------------------------------------------------	----------

Deutsches Rotes Kreuz

Fünzig auf einen Streich	1/48
Wettbewerb in historischer Kulisse	1/48
42. DRK-Bundesversammlung	2/44
Ein Konzept gegen den Hunger	2/46
„boot 93“: DRK-Wasserwacht mit tollen Aktionen dabei	3/50
Alles unter neuem Dach	3/51
Besuch aus Äthiopien	4/52
Jordaniens Kronprinzessin in Bonn	4/52
Nahrungsmittelhilfe für das ehemalige Jugoslawien	4/52
Hilfe in besonderen Notfallsituationen	5/15
Somalia – Suche nach Frieden	5/93
DRK startet Hilfsflüge für Tadschikistan	6/44
Rotes Kreuz schlägt Alarm	6/44
Leben retten durch Erste Hilfe	6/44
Bundeswettbewerb Rettungsschwimmen in Fulda	7-8/59
Aufbauhilfe für ukrainische Schwesterngesellschaft	7-8/60
DRK-Helfer für das IKRK in Bosnien tätig	9/46
Symposium fünf Jahre IFHV – Humanität als Alibi	9/47
Hilfe für die Ukraine	9/48
Positionspapier zum Rettungsdienst	9/49
Weltkatastrophenbericht vorgelegt	10/47
Veränderungen führten zu neuen Spannungen	11-12/68
Das Engagement des DRK in Somalia	11-12/69

Arbeiter-Samariter-Bund

ASB-Bundeskonferenz in Leipzig	1/49
Großeinsatz der Bremer Samariter	1/50
Sozialgesetzbuch erschwert Ausbau des Rettungsdienstes in Deutschland	2/47
Soforthilfe für Kurden im Nordirak	2/47
Brüche in der Rettungskette?	3/52
Breitgefächertes Einsatzspektrum	4/53
Vom Plattensee in die Klinik	4/54

Vier Sozialstationen in Moskau aufgebaut	5/48
Innenminister lobt ASB	5/48
Der ASB-Intensiv-Transport-Hubschrauber	6/45
ASB-Auslandshilfe – Warum?	7-8/61
Mit dem Motorrad auf Streife	9/50
Per Computer zum Rettungseinsatz	10/51
Hilfe für Georgien ist dringend notwendig	11-12/70

Johanniter-Unfall-Hilfe

Ein Jahr Katastropheneinsatz-zentrale	1/51
Helfen, auf eigenen Füßen zu stehen	1/51
Das humanitäre Völkerrecht	2/49
Positive Resonanz gefunden	3/54
Suppenküche und Apotheke in Riga	3/54
Hilfe für das ehemalige Jugoslawien	3/55
JUH evakuiert alte und behinderte Menschen aus Slavonski Brod	3/55
Die Zukunft des Ehrenamtes	4/55
Schwesterorganisation der JUH in Riga gegründet	5/49
Bevölkerungsschutz – quo vadis?	6/47
Bundeswettkampf 1993 in Hamburg	7-8/62
Erste-Hilfe-Tag am 11. September 1993	7-8/62
Mogadischu – Eine Stadt zwischen Krieg und Hoffnung	9/52
Die Johanniter und das Sparprogramm der Bundesregierung	10/52
Hilfe im ehemaligen Jugoslawien	11-12/71
Erstmals auf der Reha	11-12/72

Malteser-Hilfsdienst

Die Zusammenarbeit festigen	1/15
Romwallfahrt mit Behinderten	1/52
MHD mit neuem Präsidenten	1/53
Arzneimittelsicherheit im Rettungsdienst	2/52
40 Jahre Einsatz für die Hilfsbedürftigen	3/56
Hilfe für Bosnien und Kroatien	3/57
Ein Kanzler, ein Orden, ein Bischof – und viel zu tun	4/56
Großübung in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr	5/50
„Reality-TV“: Malteser untersagen ihren Dienststellen Mitwirkung	5/51

400 Tonnen Hilfsgüter nach Bosnien	5/51
Osteuropa: Helfen ohne Ende?	6/50
Kroatischer Malteser-Hilfsdienst gegründet	6/51
Lernprogramm Erste Hilfe per Computer	6/51
Mit Körper, Geist und Seele	7-8/63
Immer mehr Alte und Behinderte nutzen soziale Dienste	7-8/64
Mit Methadon den Beschaffungsdruck lindern	9/54
Leprabekämpfung in Kambodscha	10/54
„Das Ehrenamt darf dem Rotstift nicht zum Opfer fallen“	10/55
Malteser übergeben Flüchtlingsdörfer	10/55
Meisterschaft im Helfen	11-12/52
Hilfsdienst an der Strippe	11-12/73

Deutscher Feuerwehrverband

Was uns 1993 erwartet	1/54
Pro Integration, contra Gewalt	2/54
„Neue Gesichter“	2/55
Welche Informationen woher?	2/55
Neue Wege der Feuerwehr-Medienarbeit	3/58
Kritik oder nur Motzerei?	3/59
„Alles für Schutz der Bürger“	4/58
Innenminister Schnoor macht ernst	4/58
7. Deutsche Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften	4/58
„Feuerwehr-Olympiade“ in Berlin ist Magnet für Brandschützer aus aller Welt	5/52
CTIF – Berlin 93	6/52
Feuer und Flamme für Berlin	6/52
Jugendfeuerwehr war im Frühstücksfernsehen	6/53
Fernsehen zeigte Interesse an Jugendfeuerwehr	7-8/65
Ehrung für Industrie-Repräsentanten	7-8/65
Goldene Tage in Berlin	9/55
Jugendfeuerwehr legte 1992 wieder kräftig zu	9/57
Einsatzfotos gesucht	9/57
Deutsches Feuerwehrmuseum wurde 30	10/56
„Feuerwehr – gestern – heute – morgen“	10/57
Landesfeuerwehrverband Bayern gegründet	11-12/74
Sirenen im Mittelpunkt	11-12/74
Pkw-Feuerlöscher sollen EG-weit zur Pflicht werden	11-12/74
Zum Jahreswechsel	11-12/75

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Der Sport bleibt auf der Strecke	1/55
Presse- und PR-Arbeit im Seminar für Ostdeutsche	1/55
DLRG behält 100-m-Weltrekord	1/56
„Theo Doetsch“ fährt mit Bio-Öl	1/56
„Opfer“ aus dem Baggersee nach 34 Minuten geborgen	1/56
Michael Gross ehrt Lebensretter	2/56
Damenquartett bildet Koordinationsbüro Ost	2/56
Fit in die neue Saison	3/60
Fast 1900 Retter wachten an Nord- und Ostseeküsten	3/60
Rettungsschwimmer, bitte melden!	3/60
Neuer Wasserrettungs-Weltverband gegründet	4/59
Sundschwimmen am 3. Juli 1993	4/59
DLRG feiert 80. Geburtstag in Leipzig	4/59
HLW durch Jugendliche	5/54
Rettungsschwimmer wurden Sanis	6/54
Vorstellung des Schnelleinsatzzugs „Wasserrettung“ in Hessen	6/54
ILS kommt: Fusion perfekt	6/55
Der Notfallkoffer steht am Beckenrand	6/55
Der Schmerz verlieh Klaus Rohrbeck neue Kraft	7-8/66
Die ILS baut auf vier Großregionen	7-8/66
Jeder Vierte gab Note Eins	7-8/67
DLRG „enthüllte“ neues Fahrzeug	7-8/67
Reger Zuspruch in Friedberg	9/58
DLRG-Präsentation während der Rheinland-Pfalz-Tage '93	9/59
Jubiläumsübung mit neun „Schwerverletzten“	9/59
„Wir helfen gemeinsam“	10/59
Hessischer Innenminister übergibt drei Schlauchboote	10/60
DLRG-Übung wurde Ernstfall	10/60
Michael Gross wirbt für das Rettungsschwimmen	10/60
Lebensretter hatten 1992 viel Arbeit	11-12/76
Bundesverdienstkreuz für Jürgen Kämmerer	11-12/76

ARKAT

Quo vadis, AMAST?	1/57
Integration von Katastrophenschutz und Rettungsdienst	2/57

Gleichschaltung statt Pluralismus	3/61
Verfassungsrechtliche Aspekte eines Bund-Länder-gemeinsamen Systems der humanitären Gefahrenabwehr	4/60
Nicht organisationsgebunden organisiert – Regieeinheiten und ihre Bedeutung für den Zivilschutz	5/58
Neukonzeption des Fernmeldedienstes	6/58
Humankapital im Katastrophenschutz nicht fragwürdigem Sparkonzept opfern	7-8/68
Rahmenkonzept für den Veterinärdienst	7-8/69
Einheiten und Einrichtungen der Führung als Schlüsselfaktoren für ein integriertes Gefahrenmanagement	9/61
ARKAT Gastgeber beim 7. Koordinationsgespräch des niedersächsischen Katastrophenschutzes	9/62
ARKAT Saarland gegründet	10/61
Katastrophenschutz im Wandel	11-12/77
ARKAT-Positionen	11-12/77

Wissenschaft und Technik

Für den klaren Blick	1/59
Neuer Handscheinwerfer	1/59
Realistisches Erste-Hilfe-Training	1/59
Spielend Wissen aneignen	1/60
Entsorgung von Halon	1/60
Neue Video-Serie für Kinder	1/60
Ausbildung per Video	1/60
Mobile Rauchmelder zur Brandvorbeugung	2/61
Hilfe bei Ölunfällen	2/61
Lang nachleuchtende Rettungszeichen	2/61
Telefon, das Sicherheit gibt	2/62
Bohrt und schraubt kabellos	2/62
Ausbildung per Video	2/62
Neue Kreislauf-Atemschutzgeräte	3/63
Neuer Chemikalienschutzanzug	3/63
Saubere Nuten in Beton	3/63
Preßluftatmer PA 94	4/63
Neuer geräuscharmer Stromerzeuger	4/63
Sicherheit bei Formaldehyd	5/63
Neues Universal-Prüfgerät für Atemschutzgeräte	5/63
Elektrisch durch die Innenstadt	6/62
Fressen Mikroben Halon?	6/62
Neue Atemschutzmaske	6/62

Neue Teleskop-Leiter	6/63
CTIF-Sonderpackungen	6/63
Sofort-Hilfe bei Ölunfällen	6/63
Umweltverträgliche Fahrzeugtechnik	7-8/70
Schnelle Hilfe am Unfallort	7-8/70
Löschkraft aus der Kartusche	9/63
Schnelle Wasseranalyse	9/63
Medienpakete zur Unfallverhütung im Feuerwehrdienst	9/63
Steckdosen für jeden Einsatzbereich	10/63
Mehr Sicherheit durch neue Blitzleuchte	10/63
Trainer-Röhrchen-Sortiment	10/63
Neues CO ₂ -Meßgerät	11-12/79
Ersatz für Halonlöscher	11-12/79
Ausbildung per Video	11-12/79

Bücher

Fragebogenkatalog für die Feuerwehr	1/61
Herausforderung Asbest	1/61
Aktuelles Straßenverkehrsrecht	1/61
Das Erdbeben von Roermond	1/61
Der aktuelle Verwarnungs- und Bußgeld-Katalog	1/62
Alles über CB	1/62
Computer und EDV	1/62
Bevölkerungsschutz in kommunaler Praxis	2/63
Medikamente in der Notfallmedizin	2/63
Klinische Pharmakologie und rationale Arzneimitteltherapie	2/63
Notruf 112 – Feuerwehren im Einsatz	2/63
Geschichten, die die Forschung schreibt	2/63
Brandstiftung: Erkennen – Aufklären – Verhüten	2/64
Hoffnung als Prinzip	2/64
Beleuchtungstechnik für Praktiker	2/64
Das neue Bild vom Sonnensystem	2/64
Umweltschutz und Gefahrenabwehr	3/64
Handbuch für den Taucher	3/64
Der Arzt im Notfalldienst	3/64

Unsere Sonne – ein rätselhafter Stern?	3/64
Anästhesie und Intensivmedizin bei diagnostischen Eingriffen	3/64
Sicherheit	4/64
Handbuch der Feuerbeschau	4/64
Krankentransport und Rettungswesen	4/64
Medikamente in der Notfallmedizin	4/64
Rettungsassistent und Rettungssanitäter	5/64
Gefahrenmeldesysteme	5/64
Lexikon der Installationstechnik	5/64
Feuerwehrbegriffe	5/64
Praxisleitfaden Luftrettung	5/64
Feuerwehrfahrzeuge in Amerika	6/64
Der Unimog in der Feuerwehr	6/64
AutoKosten und Steuern	6/64
Ärztetbuch	6/64
Feuerwehr-Jahrbuch 1992/93	7-8/71
UnfallRatgeber	7-8/71
Laufbahnrecht des Bundes und der Länder	7-8/71
Luftrettung in Deutschland	7-8/71
Vorbereitung der Einsatztaktik für den Großschadensfall im Organisationsbereich zwischen Rettungsdienst und Katastrophenschutz	7-8/72
Schutz vor elektromagnetischer Strahlung beim Mobilfunk	7-8/72
Die Roten Hefte	7-8/72
Die Rettungssanitäterprüfung	9/64
Feuerlöschmittel	9/64
Die Weltwettermaschine	9/64
Rettungsdienst in Deutschland	9/64
Brandsicherheit beim Schweißen	9/64
Die Genfer Zusatzprotokolle	10/64
112-Feuerwehrkalender 1994	10/64
Der schnelle Weg zum richtigen Wort	10/64
Waldbrandbekämpfung im Gebirge	10/64
Hubrettungsfahrzeuge	11-12/80
Brandlehre	11-12/80
Taschenkalender für die Feuerwehren 1994	11-12/80
Naturkatastrophen und Katastrophenvorbeugung	11/12/80
Lernen zu Lernen	11-12/80

Dialog

Hinrich Struve (DFV)	2/12
Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (DRK)	3/16
Dr. Joachim Becker (BVS)	4/9
Erika Steinbach-Hermann, MdB	5/9
Fritz Tepperwien (ASB)	6/12
Bernd Reuter, MdB	7-8/9
Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn (ARKAT)	9/11
Wilhelm Graf von Schwerin (JUH)	10/8
Dr. Burkhard Hirsch, MdB	11-12/12

Namen, die zu Maßeinheiten wurden

Kennen Sie ...	
... Herrn Hertz	1/U2
... Herrn Faraday	2/U2
... Herrn Ampère	3/U2
... Herrn Pascal	4/U2
... Herrn Watt	5/U2
... Herrn Joule	6/U2
... Herrn Newton	7-8/U2
... Herrn Becquerel	9/U2
... Herrn Gray	10/U2
... Herrn Napier	11-12/U2

Minimagazin

Rettungshubschrauber (RTH)	
Bell UH 1D	1/U3
Feldkochherd (FKH)	2/U3
Instandsetzungstruppkraftwagen (ITrKw)	3/U3
Wasserpönderwagen (WFW) im KatS-Brandschutzdienst	4/U3
Gerätewagen des ABC-Dienstes (GW)	5/U3
Gerätewagen (GW) des Wasserpönderzuges (WFZ)	6/U3
Gerätetruppkraftwagen (GKW) des Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) bzw. des Technischen Hilfswerkes (THW)	7-8/U3
Beleuchtungsfahrzeug (THW)	9/U3
Dienstfahrzeuge (THW)	10/U3
Kipper mit Ladekran der Potongruppe (THW)	11-12/U3

Technisches Hilfswerk

Mit Wiederherstellung der deutschen Einheit gelten das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) und das THW-Helferrechtsgesetz auch in den neuen Bundesländern. Gemäß Paragraph 7a des KatSG begann das Technische Hilfswerk schrittweise mit der Erfüllung seiner Aufgaben im Beitrittsgebiet. Es ist die Trägerorganisation für die Bergungs- sowie Instandsetzungseinheiten und wirkt außerdem in anderen Fachdiensten mit. Weiterhin nimmt das Technische Hilfswerk mit organisationseigenen Ergänzungseinheiten verschiedene Spezialaufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr wahr.

Bis zum August 1993 wurden insgesamt 45 neue Orts- und Bezirksverbände (OV/BV) aufgestellt. Im einzelnen:

- in Brandenburg 9 OV,
- in Mecklenb.-Vorpommern 8 OV,
- in Sachsen 10 OV,
- in Sachsen-Anhalt 10 OV,
- in Thüringen 5 OV und
- in Berlin (Ost) 3 BV.

Im hauptamtlichen Bereich wurden bisher sieben Geschäftsbereichsbereiche eingerichtet: In Bad Kleinen (für Schwerin), Stralsund, Magdeburg, Halle, Potsdam, Frankfurt/Oder, Erfurt, Gera, Dresden, Leipzig und im ehemaligen Ostteil Berlins. Ein Geschäftsbereich besteht aus jeweils sechs hauptamtlichen Mitarbeitern. Die genannten Dienststellen sind derzeit jedoch teilweise nur unvollständig besetzt.

Bisher keine Landesverbände

Über Landesverbände verfügt das Technische Hilfswerk in den neuen Bundesländern bisher nicht. Zudem gibt es auf politischer Ebene, wegen der angespannten Haushaltslage des Bundes, Überlegungen zur eventuellen Zusammenlegung von Landesverbänden. Die Leitung des Technischen Hilfswerks ist gegen diese Überlegungen. Man legt großen Wert auf die landsmannschaftliche Bindung zwischen den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und der THW-Leitung auf Landesebene. Die Helfer sprechen sich für einen schnellstmöglichen Aufbau von Lan-

Hilfsgütertransportfahrzeug „Tatra 815“ des THW-Landesverbandes Berlin.



desdienststellen in den neuen Bundesländern aus.

Derzeit sind folgende Landesdienststellen auch für die neuen Bundesländer zuständig:

- Bayern für Sachsen,
- Berlin für Brandenburg,
- Hessen für Thüringen,
- Niedersachsen für Sachsen-Anhalt und
- Schleswig-Holstein für Mecklenburg-Vorpommern.

Diese Landesverbände haben die Betreuung der entstehenden THW-Einrichtungen und Einheiten als Paten übernommen. Dabei leisten sie ideelle und praktische Hilfe mit Information und Beratung durch erfahrene THW-Helfer und Führungskräfte. Für die Ausbildung erhält jeder neue THW-Verband Musterausbildungspläne und Fachdienstvorschriften für den Bergungs- und Instandsetzungsdienst.

Weiterhin wird materielle Unterstützung gewährt. Der Paten-Landesverband stellt leihweise je einen Mannschaftswagen und einen Gerätekraftwagen mit kompletter Ausrüstung zur Verfügung. Bei Eignung werden weitere Fahrzeuge aus Beständen der ehemaligen Zivilverteidigung der DDR, der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Volkspolizei übernommen. Dazu ist jedoch eine Umrüstung, entsprechend den Bestimmungen der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung, erforderlich. Von der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR wurden unter anderem auch Boote, Tauchanzüge, Kompressoren, Feldbetten und diverses Küchenmaterial übernommen. Die Ausstattung der neuen Ortsverbände soll bis 1995 komplettiert werden.

Einfache Wartungsarbeiten führen die THW-Verbände in eigener Zuständigkeit durch. Größere Repara-

turen werden von privatwirtschaftlichen Unternehmen oder in den Katastrophenschutz-Zentralwerkstätten des Bundes in den alten Bundesländern ausgeführt.

Der Aufbau des THW in den neuen Bundesländern erfolgt in Abstimmung mit den zuständigen Katastrophenschutzbehörden und in Zusammenarbeit mit den in das Hilfeleistungssystem integrierten Organisationen.

Liegenschaften fehlen

Grundlage für den Aufbau des THW ist eine Standortanalyse und hierbei insbesondere die Suche nach geeigneten Grundstücken. Dabei sollen bundeseigene Liegenschaften bevorzugt werden, was derzeit auf Grund ungeklärter Eigentumsverhältnisse und vielfach umfangreicher Altlasten jedoch erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

Vor Gründung eines Ortsverbandes ist zu klären, ob in ausreichender Zahl Freiwillige, mit handwerklichem Können oder Interesse an Technik, zur Verfügung stehen. Dazu können sich auch ehemalige Zivilverteidigungshelfer melden, die in den früheren Rettungs-, Bergungs- und Instandsetzungseinheiten (RBI) der DDR tätig waren. Für sie ist eine Anpassungsausbildung vorgesehen; wer beispielsweise RBI-Gruppenführer war, muß zwar den Gruppenführerlehrgang wiederholen, aber nicht erneut die komplette Grund- und Fachausbildung absolvieren [13].

Nach Aussage der Bonner THW-Leitung ist für den bisher nur langsam vorangehenden Aufbau in den neuen Bundesländern nicht die Helfergewinnung, sondern die mühsame Suche nach geeigneten Liegenschaften ursächlich. Wenn genügend Räum-

lichkeiten verfügbar wären, könnte die vorgesehene Aufbauplanung der Ortsverbände in kürzester Zeit verwirklicht werden.

Eine der ersten Bewährungsproben mußten sechs neugegründete Ortsverbände bei den schweren Stürmen Anfang 1992 bestehen. Dank der guten Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, insbesondere den Feuerwehren, konnte dabei ein positiver Eindruck bei der Bevölkerung und den örtlichen Medien hinterlassen werden. Auch kuriose Einsätze hatten die neuen THW-Verbände bereits zu verzeichnen. So war beispielsweise der THW-Ortsverband Erfurt im Auftrag des Bundeskanzleramtes und des Bundesinnenministeriums an der Suche nach dem legendären Bernsteinzimmer im Thüringer Jonastal beteiligt [14].

Was die Erstattung der THW-Einsatzkosten betrifft, können die Gemeinden vielfach noch vom notwendigen Ausbildungsbedarf der Einheiten profitieren. Denn nach den Kostenverzichtsrichtlinien kann der Bund bei Vorliegen eines Ausbildungsinteresses bis zur Höhe von 75 Prozent auf die Erstattung von Einsatzkosten verzichten [15].

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) ist mit bundesweit über 520 000 Mitgliedern die größte Wasserrettungsorganisation der Welt. Neben ihren umfassenden Aufgaben im Wasserrettungsdienst und Küstenschutz nimmt die DLRG auch Aufgaben im friedensmäßigen Katastrophenschutz verschiedener Bundesländer wahr. Dazu wurden Wasserrettungszüge und Schnelleinsatzgruppen aufgestellt.

Auf Grund eines Beschlusses der DLRG-Bundesversammlung wurde die Mitwirkung im erweiterten Katastrophenschutz bis vor zwei Jahren jedoch abgelehnt. Mittlerweile hat man diese Haltung revidiert. Heute hat die DLRG in Berlin und Hessen die Trägerschaft für verschiedene Fachdienste, vorwiegend im Fernmelde-, Betreuungs- und ABC-Dienst übernommen. Zudem gehört die DLRG seit dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 14. Februar 1990 zu den Organisationen, die zur Ausbildung in Erster Hilfe berechtigt sind und dafür vom Bund gefördert werden (Paragraf 13c).

Die 1913 gegründete Organisation war von 1945 bis zur Wende in der DDR verboten. In dieser Zeit übten ehemalige DLRG-Helferinnen und Helfer ihre Tätigkeit in der Wasserwacht des Deutschen Roten Kreuzes der DDR weiter aus. Seit dem Wiederaufbau der Organisation in den neuen Bundesländern ist der Weg wieder umgekehrt: Ehemalige Helfer der DRK-Wasserwacht der DDR sind heute oftmals Mitglieder der DLRG im östlichen Teil Deutschlands.

Im Binnenland hat auch die DLRG Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Liegenschaften. Anders an Seen, Flüssen und an der Ostsee. Dort werden vorwiegend bestehende und im kommunalen Besitz befindliche Wasserrettungswachen genutzt.

Schwerpunkt der DLRG-Aktivitäten in den neuen Bundesländern ist die Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern. Doch auch in den anderen Ländern sind Landes- und Ortsverbände gegründet worden. Nach einem Beschluß der DLRG-Bundesversammlung sollen bis 1995 eine Million Mark aus Mitgliedsbeiträgen für den Aufbau eigener Gliederungen und den Aufbau des Wasserrettungsdienstes in Ostdeutschland bereitgestellt werden [16].

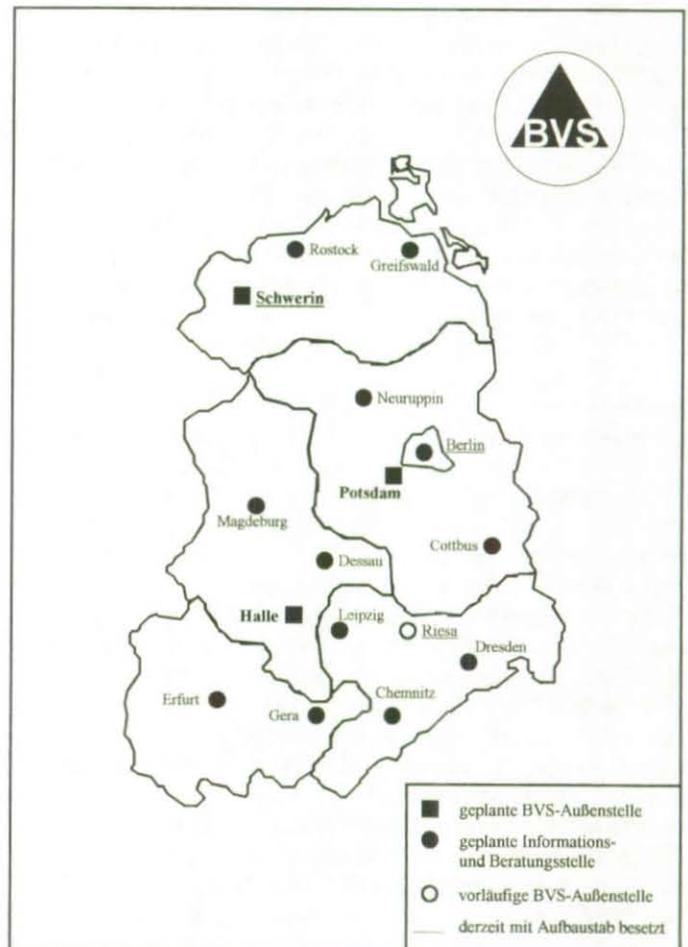
Im Bereich der Helferwerbung hat die DLRG auf Grund ihres sportlichen Freizeitangebotes „rund um das Wasser“ nicht solch große Nachwuchssorgen wie andere Organisationen. Kritischer wird es jedoch auch, wenn es darum geht, Funktionen bei den Katastrophenschutzeinheiten der Länder oder denen des Bundes zu besetzen.

DLRG-Helfer vor Ort beklagen häufig, daß ausgesonderte Materialbestände der ehemaligen Zivilverteidigung und der Nationalen Volksarmee meist nicht der DLRG zur Übernahme angeboten wurden. Kampfschwimmer der NVA-Marine waren vielfach mit hochwertigen westlichen Tauchausrüstungen ausgestattet. Der größte Teil davon ist heute aber im Besitz privater Tauchclubs. Boote und Boots-ausrüstungen wurden meist vom Technischen Hilfswerk übernommen.

Bundesverband für den Selbstschutz

Obwohl der Selbstschutz nicht Bestandteil des erweiterten Katastrophenschutzes, sondern wie dieser

Abb. 3:
Geplante
BVS-Struktur
in den neuen
Bundesländern.



ein weiterer Teilbereich des Zivilschutzes ist, soll an dieser Stelle kurz auf die Aufbauarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) eingegangen werden.

Ziel des BVS ist es, in den neuen Bundesländern drei Außenstellen für die Bundesländer

- Mecklenburg-Vorpommern (zusammen mit Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg) mit Sitz in Schwerin,
 - Berlin und Brandenburg mit Sitz in Potsdam,
 - Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen mit Sitz in Halle
- sowie Informations- und Beratungsstellen (IBS) einzurichten (Abbildung 3).

In Schwerin verfügt der BVS bereits über eine Liegenschaft. Da dies in Potsdam derzeit noch nicht der Fall ist, werden vorerst Räumlichkeiten der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin e.V. (GZS) im Berliner Stadtteil Pankow genutzt. Auch in Halle ist noch keine Liegenschaft gefunden worden, daher nimmt der Aufbaustab seine Aufgaben vom sächsischen Riesa aus wahr.

An diesen Standorten ist zur Zeit jeweils ein Aufbaustab mit einer unterschiedlichen Zahl hauptamtlicher Mitarbeiter damit beschäftigt, Grundstrukturen für die spätere Arbeit zu schaffen. Neben der Aufnahme von Kontakten zu öffentlichen privatwirtschaftlichen Stellen zählt hierzu in erster Linie die Beschaffung geeigneter Räumlichkeiten. Wie das Technische Hilfswerk ist auch der BVS gehalten, sich bundeseigene Liegenschaften zu beschaffen, was in den neuen Bundesländern mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist.

Drei Jahre nach der Wiedervereinigung sind alle 16 Bundesländer Mitglieder des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Im Rahmen der Recherchen zu diesem Artikel wurden bei allen Innenministerien der neuen Bundesländer große Erwartungen an eine Zusammenarbeit mit dem BVS festgestellt. Insbesondere bei der Öffentlichkeitsarbeit für den Bevölkerungsschutz und die Helferwerbung verspricht man sich mittelfristig Erfolge. In Mecklenburg-Vorpommern wurde der Bundesverband für den Selbstschutz – auf Wunsch des Landesinnenministeriums – zudem Mitglied im Ausschuß für Katastrophenschutz.

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern ist mit 23 838 Quadratkilometern das zweitgrößte der fünf neuen Bundesländer. Mit rund 80 Einwohnern pro Quadratkilometer ist es jedoch das am dünnsten besiedelte Land der ehemaligen DDR. Rund 1,96 Millionen Menschen leben zwischen der unteren Elbe im Westen und dem Oderhaff im Osten. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land mit weitläufigen Agrarflächen, der Mecklenburger Seenplatte mit ihren 650 Seen und einer langen Ostseeküste. Die größten pommerschen Inseln sind Rügen (926,4 qkm) und Usedom (445 qkm), das zu einem Viertel zu Polen gehört. Die größten Städte sind Rostock mit 250 000 Einwohnern, Schwerin – zugleich Landeshauptstadt – mit 130 000 Einwohnern und Neubrandenburg mit 85 000 Einwohnern [17].

In Mecklenburg-Vorpommern gilt seit dem 23. Oktober 1992 ein Lan-

deskatastrophenschutzgesetz. Bei der Erarbeitung wurden bewährte Erfahrungen anderer Bundesländer berücksichtigt und den spezifischen Belangen des Landes angepaßt. Der damalige Landesinnenminister, Lothar Kupfer, weist in seinem Vorwort ausdrücklich darauf hin, daß das Gesetz auch auf der freiwilligen, aufopferungsbereiten und selbstlosen Mitwirkung der Bürger des Landes beruhe. Mit dem Landeskatastrophenschutzgesetz wurde die notwendige Grundlage für die Erweiterung des Katastrophenschutzes geschaffen. Von den jeweils 80 Fachdienst-Einheiten, die der Bund für die neuen Bundesländer zur Verfügung stellt, gehen jeweils 13 nach Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig ist das Land in 13 Katastrophenschutzgebiete eingeteilt. Dabei orientiert man sich bereits weitgehend an den vom Bundesministerium des Innern vorgesehenen Katastrophenschutzkreisen für jeweils 180 000 Einwohner.

Abb. 4:
Einheiten
des erweiterten
Katastrophenschutzes
in Mecklenburg-
Vorpommern
und ihre Träger.

(LZ-R = Löschzug-
Rettung,
SZ = Sanitätszug,
BtZ = Betreuungszug,
BZ = Bergungszug)

Landkreis	LZ-R	SZ	BtZ	BZ
Anklam			DRK	
Bad Doberan			MHD	THW
Bützow	FW		DRK	
Demmin	FW	DRK	ASB	
Gadebusch				THW
Greifswald-Land	FW			
Greifswald-Stadt		DRK		
Grevesmühlen	FW			
Grimmen			DRK	
Güstrow	FW	DRK		THW
Hagenow	FW	ASB	DRK	
Lübz	FW			
Ludwigslust	FW	ASB		
Malchin	FW			
Neubrandenburg-Stadt	FW	DRK		
Neustrelitz	FW			
Parchim	FW		DRK	
Pasewalk	FW			
Ribnitz-Damgarten	FW			
Röbel	FW		DRK	
Rostock-Land	FW			THW
Rostock-Stadt	FW	DRK	JUH	
Rügen (Bergen)	FW FW	DRK	JUH	THW
Schwerin-Land				THW
Schwerin-Stadt	FW	DRK	ASB	
Stralsund-Land				THW
Stralsund-Stadt	FW	ASB		
Strasburg	FW		JUH	
Ueckermünde	FW	DRK		
Waren	FW	DRK		
Wismar-Land		ASB	MHD	
Wismar-Stadt	FW			
Wolgast	FW			THW
Insgesamt	26	13	13	8

Da Mecklenburg-Vorpommern nicht in Regierungsbezirke unterteilt ist, werden die Aufgaben der oberen Katastrophenschutz-Behörde durch das Landesamt für Katastrophenschutz in Bad Kleinen wahrgenommen. Dieses ist als ausführendes Organ dem Landesinnenministerium unterstellt. Zur Zeit beschäftigen sich 15 Mitarbeiter des Amtes mit Fragen der Gefahrenvermeidung und -abwehr. Weitere 72 Mitarbeiter arbeiten beim Munitionsbergungsdienst, der dem Amt angeschlossen ist.

Zügig wurde mit dem Aufbau der Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes und der Verteilung der Trägerschaften begonnen. Die meisten Einheiten werden von den Feuerwehren getragen; das Deutsche Rote Kreuz ist als größte Sanitätsorganisation mit 15 Einheiten vertreten (Abbildung 4). Die Vorbereitung der Aufstellung der für 1993 vorgesehenen Löschzüge Löschen und Wasserversorgung (LZ-W) und der Technischen Einsatzleitungen wurde auf den Weg gebracht. Derzeit findet eine Abstimmung mit den Landkreisen statt.

Probleme bereitet die Helfergewinnung. Nicht alle Einheiten sind voll einsatzbereit. Im Erweiterungsteil des Katastrophenschutzes waren am 31. Dezember 1992 folgende Helfer tätig (sollten tätig sein):

- im Brandschutzdienst 540 (650),
- im Sanitätsdienst 454 (650) und
- im Betreuungsdienst 63 (364).

Vom Grundwehrdienst freigestellte Helfer nach Paragraph 8 Abs. 2 des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes sind hierbei nicht berücksichtigt. Hauptproblem bei der Helfergewinnung ist die wirtschaftliche und soziale Lage in den neuen Bundesländern. Obwohl eine Freistellung von der Arbeit für Einsätze und Ausbildungen gesetzlich geregelt ist, wollen sich viele aus Sorge um ihren Arbeitsplatz nicht im Katastrophenschutz engagieren. Jedoch hat das Innenministerium festgestellt, daß die Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern keine Vorbehalte gegenüber dem Katastrophenschutz besitzt. Diesbezügliche Befürchtungen, auf Grund von Erfahrungen mit der ehemaligen Zivilverteidigung, haben sich nicht bestätigt. Schwierig ist jedoch die Suche nach geeigneten Liegenschaften für die Helfer und de-

ren Gerät. Solange viele Eigentumsverhältnisse noch nicht endgültig geklärt sind, wird diese Problematik weiterbestehen.

Schwerpunkte der friedensmäßigen Katastrophenvorsorge in Mecklenburg-Vorpommern sind zum einen die vielen Gefahrguttransporte im Transitverkehr nach Skandinavien und Polen sowie der Küstenschutz an der Ostsee. Gerade an den Gefahren durch Gefahrguttransporte orientiert sich die Neuausstattung der Einheiten. Für den friedensmäßigen Katastrophenschutz wendete das Land im Jahre 1992 insgesamt 1,435 Millionen Mark auf. Davon wurden vorwiegend Chemikalienschutzanzüge, Prüfgeräte und Funkgeräte beschafft. Der Doppelnutzen wird in Mecklenburg-Vorpommern groß geschrieben. Die Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes sind konkret in die alltägliche Schadensbekämpfung eingebunden und werden durch das Land gefördert.

Katastrophenschutz-Ausschuß

Anfang 1993 berief der Landesinnenminister einen Ausschuß für den Katastrophenschutz. Der neugegründete Ausschuß soll dem Innenministerium beim weiteren Aufbau im Lande beratend zur Seite stehen. Im Ausschuß wirken mit:

- der Städte- und Gemeindetag,
- der Landkreistag,
- die Sanitätsorganisationen,
- der Landesfeuerwehrverband,
- die Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren,
- das Technische Hilfswerk,
- der Bundesverband für den Selbstschutz,
- das Wehrbereichskommando 8 und
- das Grenzschutzpräsidium Nord.

„Der Katastrophenschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, erklärte Innenminister Rudi Geil in diesem Zusammenhang und verwies auf das gute Zusammenwirken aller genannten Organisationen und Einrichtungen. Große Erwartungen setzt das Innenministerium in die künftige Präsenz des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Aufbaustab hat in unmittelbarer Nähe zum Schweriner Innenministerium am 1. Juli 1993 mit der Arbeit begonnen.

Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt hat eine Fläche von 20 445 Quadratkilometern und zählt knapp drei Millionen Einwohner. In den nördlichen Regionen prägen Landwirtschaft und Dörfer das Land, im Süden sind es dicht besiedelte Industriegebiete. Zu DDR-Zeiten kamen über 22 Prozent der Industrieproduktion aus Sachsen-Anhalt. Das Land reicht von der Altmark, die im Norden an Niedersachsen grenzt, über die Magdeburger Börde und den Harz bis hin zu den Industrievieren um Halle und Bitterfeld. Die drei größten Städte sind Halle mit 321 000 Einwohnern, Magdeburg – zugleich Landeshauptstadt – mit 288 000 Einwohnern und Dessau mit 101 000 Einwohnern. Dementsprechend ist das Bundesland in die drei Regierungsbezirke Dessau, Halle und Magdeburg unterteilt [18].

Im Bundesland Sachsen-Anhalt gibt es derzeit noch kein Katastrophenschutzgesetz. Zur Zeit befindet sich eine Gesetzesvorlage zur Abstimmung im Landtag, mit deren Verabschiedung in nächster Zeit gerechnet wird. Obwohl somit noch keine gesetzliche Grundlage auf Landesebene vorhanden ist, mußte trotzdem mit dem Aufbau und der Verteilung der Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes begonnen werden. Von den jeweils 80 Fachdienst-Einheiten gehen jeweils 16 nach Sachsen-Anhalt. Bisher sind im erweiterten Katastrophenschutz die Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, der Arbeiter-Samariter-Bund, das Deutsche Rote Kreuz und die Johanniter-Unfall-Hilfe tätig. Bei den 32 Einheiten im Sanitäts- und Betreuungsdienst wird die Hauptträgerschaft vom Deutschen Roten Kreuz, mit 25 Einheiten, übernommen.

- FH -
(wird fortgesetzt)

Literaturhinweise:

[12] „Erweiterter Katastrophenschutz: Reduzierung geplant“, Feuerwehrmagazin 112, 5/93, Seite 253-256

[13] Karl Heinz Amft, „Das Technische Hilfswerk: Informationen über Aufbau und Arbeit“, Boorberg-Verlag 1993, Seite 40-46

[14] THW-Leitung, Referat THW 4, „Im Einsatz - aktuell“, 07. 12. 92, Punkt 1.3

[15] Karl Heinz Amft, „Das Technische Hilfswerk: Informationen über Aufbau und Arbeit“ Boorberg-Verlag 1993, Seite 11

[16] „1Million DM für die DLRG in den neuen Ländern“, Bevölkerungsschutz-Magazin 11-12/92, Seite 73

[17]-[18] Hoffmann, Klatt, Reuter, „Die neuen deutschen Bundesländer“, Verlag Bonn Aktuell 1991, Seite 21-58

„Ehrenamtliche werden künftig eine noch zentralere Rolle einnehmen“

Feierstunde für Jürgen Grabke und Ernst Lauer –
Dank und Anerkennung für langjähriges ehrenamtliches Engagement

Auf zusammen 70 Jahre ehrenamtlicher Mitarbeit beim Bundesverband für den Selbstschutz konnten der Helfervertreter bei der Bundeshauptstelle des BVS, Jürgen Grabke, und der Helfervertreter bei der Landesstelle Baden-Württemberg, Außenstelle Stuttgart, Ernst Lauer, zu Beginn des Jahres zurückblicken.

Anlässlich der Jubiläen konnte BVS-Direktor Helmut Schuch neben zahlreichen Helfervertretern und Außenstellenleitern des Verbands auch die zivilschutzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach, MdB, zu einer Feierstunde in der Bundeshauptstelle begrüßen.



Ehrung für langjähriges Engagement: Jürgen Grabke (links) und Ernst Lauer (rechts) mit MdB Erika Steinbach und BVS-Direktor Helmut Schuch. (Foto: Junker)

Vorbildliches Wirken

„Sie beide haben in herausgehobenen Funktionen über Jahrzehnte hinweg vorbildlich gewirkt.“ Mit diesen Worten würdigte Frau Steinbach die Verdienste der Geehrten. Gleichzeitig übermittelte die Zivilschutzexpertin den Dank und die Anerkennung des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Dr. Kurt Schelter. Frau Steinbach bekräftigte ihre Aussage anlässlich der Helfervertretung des BVS im Oktober 1992: „Der Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland würde völlig zusammenbrechen, gäbe es nicht sie, die vielen engagierten ehrenamtlichen Helfer, die große Teile ihrer Freizeit opfern, um im Bundesverband

für den Selbstschutz wie in anderen Hilfsorganisationen mitzuarbeiten.“ Das erbrachte Engagement der beiden Helfervertreter sei um so mehr zu würdigen, als der Dienst am Nächsten häufig belächelt würde. Frau Steinbach verwies darauf, daß der Mensch, wie die gegenwärtige Entwicklung zeige, leider nicht ausschließlich friedlich veranlagt sei und dem Stellenwert des Bevölkerungsschutzes deswegen auch in Zukunft eine bedeutsame Rolle zukomme. Abschließend betonte Frau Steinbach, daß die Fähigkeit, aktiv Selbsthilfe zu betreiben, künftig, auch vor dem Hintergrund knapper werdender Finanzen, an Wichtigkeit gewinnen werde.

Mann der ersten Stunde

Zu Beginn seiner Laudatio führte Direktor Schuch aus, man sei zusammengekommen, um zwei Männer zu ehren, die sich „über Jahrzehnte hinweg durch ihren ehrenamtlichen Einsatz im BVS verdient gemacht haben und durch ihr beispielhaftes Engagement dazu beigetragen haben, den Selbstschutzgedanken einer breiten Bevölkerung nahezubringen“. In Anbetracht der 40jährigen Tätigkeit von Jürgen Grabke, der seine Mitarbeit beim Verband bereits 1953 begann, fuhr der Direktor fort: „Sie sind also fast ein Mann der ersten Stunde, nur wenige haben die Entwicklung des BVS so intensiv miterlebt.“ Lobend erwähnte Schuch den gezeigten Einsatz-

willen und die Beharrlichkeit Grabkes, um die Mitmenschen von der Notwendigkeit des aktiven Selbstschutzes zu überzeugen.

In seinem Dank an Ernst Lauer erinnerte Schuch daran, daß der Jubilar bereits mit 19 Jahren Helfer im Verband wurde und in den 30 Jahren seiner ehrenamtlichen Mitarbeit unzählige Stunden für den BVS geleistet habe: „Als Führungskraft im Polizeidienst üben Sie eine wichtige Multiplikatorenrolle aus und tragen dazu bei, die Zusammenarbeit des BVS mit Behörden und Betrieben effizient und reibungslos zu gestalten.“

Aktive Helfervertreter

Besonders erwähnt wurden die Leistungen der beiden Jubilare für die Helfervertretungen des Verbands. Nach langjährigem Einsatz für die Helferschaft bei der BVS-Dienststelle Itzehoe und der Landesstelle Schleswig-Holstein wurde Jürgen Grabke 1978 zum Helfervertreter bei der Bundeshauptstelle gewählt und bei drei weiteren Wahlen in seinem Amt bestätigt, während sich Ernst Lauer seit 1973 für die Belange der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzt, zunächst bei der BVS-Dienststelle Mannheim und seit 1989 als Landes Helfervertreter in Baden-Württemberg.

Schuch gab auch einen Ausblick auf die zukünftige Arbeit der Helferschaft: „Ehrenamtli-

che Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden künftig – dies steht außer Frage – eine noch zentralere Rolle einnehmen. Ihre Einsatzmöglichkeiten werden vielfältiger, die Verantwortung nimmt zu. Auch der BVS wird in Zukunft noch stärker auf seine Helferinnen und Helfer angewiesen sein.“

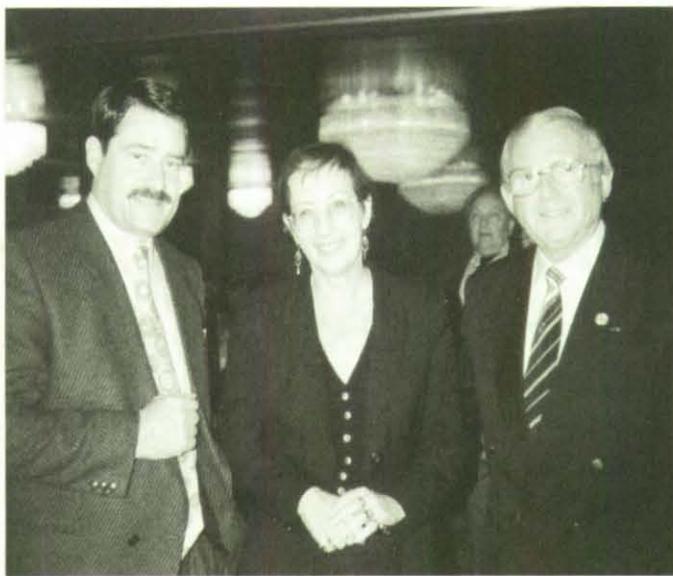
Bevor Schuch die Ehrengaben an die beiden Jubilare überreichte, zitierte er Bundespräsident Richard von Weizsäcker aus seiner Weihnachtsansprache. Der Bundespräsident beschrieb darin den Wert ehrenamtlicher Hilfe wie folgt: „Da lernen wir etwas über den Sinn unserer Existenz. Da klären sich unsere Maßstäbe für das, was wirklich wichtig ist in unserem Leben, überzeugender als bei so manchen politischen Debatten, die doch zumeist stärker im Rampenlicht stehen.“ Dem, so Direktor Schuch, sei nichts hinzuzufügen. -dju-

Schleswig-Holstein

Kiel

„Mit diesem Empfang will die Landesregierung Anerkennung für Leistungen zum Ausdruck bringen, auf die die Gesellschaft nicht verzichten kann. Die vielen Hilfsorganisationen sind nicht der Notnagel eines Staates, der finanziell in der Klemme ist. Sie sind ein lebendiges Element einer Gesellschaft, die verkümmern würde, wenn sie alles den Staat machen ließe.“ Das sagte Ministerpräsidentin Heide Simonis vor rund 300 Gästen beim Jahresempfang der schleswig-holsteinischen Landesregierung für Vertreterinnen und Vertreter gemeinnütziger Einrichtungen und Organisationen in Kiel.

Die Regierungschefin unterstrich, daß der Staat nicht alles selber machen könne. „Aber wir müssen uns dringend fragen: Kommen die 1000 Milliarden Mark, die über die verschiedenen Kanäle des Sozialstaates jährlich ver-



Ministerpräsidentin Heide Simonis mit BVS-Außenstellenleiter Diethelm Singer (links) und BVS-Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke.

teilt werden, eigentlich an den richtigen Stellen an?“ Obwohl ein Drittel der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung unter sozialen Gesichtspunkten umverteilt werde, gebe es wachsende Armut und Obdachlosigkeit.

Die Ministerpräsidentin dankte den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern dafür, daß sie vielen tausenden Menschen mit sozialen Problemen und Erschütterungen Halt böten. „Bei Ihnen erleben sie Gemeinschaft, Solidarität, Zusammengehörigkeit. Diese Seite ist nicht weniger wichtig als die Hilfe selbst, die Sie leisten.“

Stellvertretend für alle nannte Heide Simonis die Arbeit von Diakonie und Caritas, Arbeiterwohlfahrt, DRK und MHD, BVS, DLRG und Freiwilliger Feuerwehr. Ebenso wichtig sei auch der Einsatz derjenigen, die die Hilfe für andere zu ihrem Beruf gemacht hätten. Dazu zählten Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei.

Die Ministerpräsidentin: „Im Namen der Landesregierung, sicher aber auch im Namen aller Menschen, die schon einmal Hilfe erfahren haben oder sich darauf verlassen können, daß Sie im Fall des Falles zur Stelle sind, sage ich herzlich: Danke!“

Nordrhein-Westfalen

Körtlinghausen

Selbstschutz ist eine wichtige Aufgabe und muß weiterhin in der Öffentlichkeit publik gemacht werden. Dieses Fazit zogen die Mitglieder der Jungen Union Duisburg im Rahmen einer Informationstagung an der BVS-Schule Körtlinghausen. Auf Einladung der BVS-Informations- und Beratungsstelle Duisburg diskutierte man an zwei Tagen über die Veränderungen im Zivilschutz.

So registrierten die Teilnehmer, daß die praxisorientierte Unterweisung der Bevölkerung im Selbstschutz in Zukunft Aufgabe der Gemeinde ist, welche hierfür eigene

Lehrkräfte bereitzustellen hat. Zur Zeit können hierfür noch Mitarbeiter des BVS hinzugezogen werden.

Nachruf

Am 12. Dezember 1993 verstarb für uns alle unerwartet unser ehrenamtlicher Kollege

Otto Schulz

im Alter von 62 Jahren.

Otto Schulz kam 1972 zum BVS und ließ sich zum BVS-Fachlehrer ausbilden. Danach setzte er die Ausbildung bis zum Ausbildungshelfer fort. Als ehrenamtlicher Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Friedberg wurde Schulz vorwiegend bei Selbstschutz-Grundlehrgängen und der Ausstellungsbetreuung eingesetzt. Er war durch sein korrektes Auftreten und seine ruhige und sachliche Art bei allen Kollegen geschätzt.

Otto Schulz wird den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in guter Erinnerung bleiben.

BVS - Außenstelle Mainz und BVS-Informations- und Beratungsstelle Friedberg.



Die Gäste aus Duisburg informieren sich in Körtlinghausen.



Bad Soden: Die Information per Bildschirm (links) als zweckmäßige Ergänzung der BVS-Ausstellung.

Hessen

Bad Soden

Fast einen Monat präsentierte der BVS die Ausstellung „Bevölkerungsschutz – mit dem Bürger – für den Bürger“ in Bad Soden-Salmünster. Wie die Jahre zuvor wählte man als Ausstellungsort die Wandelhalle des Thermalbades, da man so viele Kurgäste erreichen kann.

Insgesamt vier BVS-Informations- und Beratungsstellen – Frankfurt, Friedberg, Darmstadt und Wetzlar – betreuten die Ausstellung. Viele Kurgäste informierten sich auf dem Weg zum Thermalbad über den Bevölkerungsschutz.

Die Ausstellung in Bad Soden-Salmünster ist der letzte derartige Einsatz gewesen. Im Zuge der Neukonzeption des BVS wird an dem Entwurf einer neuen Ausstellung gearbeitet, die dann die neuen Aufgabenstellungen des BVS stärker veranschaulichen soll.

Rheinland-Pfalz

Andernach

Die enge Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und BVS dokumentierte eine gemeinsame Info-Veranstaltung über Brandverhütung und Brandbekämpfung in einer arzneistoffverarbeitenden Firma in

Andernach. Wegen der Gefahr von Bränden bei den Produktionsvorgängen bat die Betriebsleitung um Ausbildung im Brandschutz.

30 Mitarbeiter der Firma nahmen an der Info-Veranstaltung teil, die der stellvertretende Wehrleiter der Stadt Andernach, Willi Monn, und der ehrenamtliche Mitarbeiter der BVS-Informations- und Beratungsstelle Koblenz, Karl Pötz, leiteten. In zwei Schulungen hatten die Teilnehmer Gelegenheit, Brände mit dem Feuerlöscher und mit einfachen Hilfsmitteln abzulöschen.

Auf großes Interesse stieß die daran anschließende Betriebsbegehung. Hier zeigten die Mitarbeiter von Feuerwehr und BVS, welche Löschgeräte vorhanden sind und erklärten deren Handhabung.

Kaiserslautern

Mit einer Zivilschutz-Ausstellung nahm der BVS an der diesjährigen Pfälzer-Land-Ausstellung teil. Die BVS-Informations- und Beratungsstelle Kaiserslautern hatte als besondere Attraktion einen Sicherheitswettbewerb ausgerichtet. Vielleicht durch die attraktiven Gewinne wie Alukoffer, Feuerlöscher, Rucksack, Ledertasche, Autowerkzeug und Radio angezogen, nahmen insgesamt 431 Personen am BVS-Wettbewerb teil. Auch sonst konnte sich der BVS über mangelndes Interesse nicht beklagen. Rund 8000 Besucher kamen zum BVS-Stand und informierten sich über den Selbstschutz der Bevölkerung.

*

Eine besondere Anerkennung bedeutet es, wenn der BVS und Gewinner von BVS-Sicherheitswettbewerben von ihrem Oberbürgermeister zu einem Empfang in den Casimirsaal des Kaiserslauterner Rathauses geladen werden. Oberbürgermeister Gerhard Piontek begrüßte den Leiter der BVS-Informations- und Beratungsstelle Kaiserslautern, Hilmar Matheis, und die insgesamt 25 Preisträger des BVS-Wettbewerbs. Piontek beglückwünschte die Gewinner und bedankte sich beim BVS für die bisher geleistete Arbeit im Selbstschutz.

Nachruf

Am 27. Oktober 1993 verstarb plötzlich und unerwartet der langjährige ehrenamtliche Mitarbeiter

Günter Wolter

im Alter von 61 Jahren.

Bereits 1961 trat Wolter in Saarbrücken in die Dienste des BLSV/BVS. Im Laufe der folgenden Jahre absolvierte er eine umfassende Ausbildung.

Lange Jahre engagierte sich Wolter für die Belange und Anliegen der Helfer. Bis 1985 war er Landes Helfervertreter des Saarlandes.

Durch seinen unermüdlischen Einsatz zeichnete Wolter sich bei haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern gleichermaßen aus. Sie alle werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Matheis nahm die Glückwünsche dankend entgegen und nahm die Gelegenheit wahr, auf die Bedeutung der Selbsthilfe zu verweisen. Ausbildung und Aufklärung im Zivilschutz seien unbedingt notwendig.



Ein Empfang im Casimirsaal des Kaiserslauterner Rathauses ist eine besondere Anerkennung.

Bremen



Die Auslandshilfe des THW Bremen

Bremen. Die vom Bremer Technischen Hilfswerk 1993 geleisteten Auslandseinsätze standen ganz im Zeichen der Humanitären Hilfe für Somalia. Mit insgesamt 19 freiwilligen Helfern wurde das Bremer THW im Nordosten des ostafrikanischen Landes aktiv. Schwerpunktaufgabe war die Verbesserung der Wasserversorgung. Spontan kümmerten sich die THW-Helfer außerdem um eine Schule, für die sie Tische und Bänke bauten.

Im Auftrag des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurden zum Beispiel in der direkt am Golf von Aden gelegenen Stadt Bosaso Brunnen repariert und mit Handpumpen versehen, Wasserleitungen verlegt und ein neues Flüchtlingscamp errichtet.

Neben den regulären 20 000 Einwohnern halten sich in Bosaso rund 60 000 Flüchtlinge aus dem Süden des Landes auf. Ferner leben dort etwa 6000 äthiopische Flüchtlinge. In der weiter im Landesinneren liegenden Stadt Gardo standen neben mehreren Brunnen auch die Energieversorgung und die Verbesserung der sanitären Einrichtungen eines Krankenhauses auf dem Programm.

Während die Weltöffentlichkeit hauptsächlich das von Unruhen geprägte Mogadischu im Blickpunkt hatte, fand das Engagement vieler Hilfsorganisationen im Nordosten des Landes vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Schwierige klimatische Bedingungen machten den Helfern von UNICEF und THW

die Arbeit in der Region am Eingang zum Indischen Ozean schwer. Je nach Einsatzort sind Temperaturen bis zu 60° Celsius und extrem hohe Luftfeuchtigkeit keine Seltenheit.

Als Lohn für ihre freiwillige Entwicklungshilfe konnten die Helfer die dankbaren Gesichtsausdrücke vieler Somalier aufnehmen. Die Übergabe zahlreicher instandgesetzter Brunnen geriet zu kleinen „Volksfesten“. Auch Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger konnte sich während einer Informationsreise von den erfolgreich abgeschlossenen THW-Projekten überzeugen.

Insgesamt vier hauptamtliche Mitarbeiter des THW-Landesverbandes Bremen kümmerten sich in der Republik Djibouti um den Nachschub für die Einsatzkräfte in Somalia. Ihre Aufgabe: Empfang der aus Deutschland ankommenden Einsatzkräfte, Organisation von Übernachtung und anschließendem Weiterflug nach Somalia sowie die Beschaffung von Trinkwasser, Lebensmitteln und Ersatzteilen. Ebenso hatten sie die Rückführung von erkrankten Helfern aus dem Einsatzgebiet zu organisieren.

Auch die komplette Verladung des am Horn von Afrika

benötigten Einsatzgerätes lag mit in der Hand des THW Bremen. Mehr als 700 Tonnen Ausrüstungsgegenstände wie Einsatzfahrzeuge, Brunnenbohrgerät, Zelte und Pumpen wurden im März über die bremischen Häfen auf den „schwarzen Kontinent“ transportiert. „Für das Technische Hilfswerk aus dem kleinsten Bundesland eine hervorragende Leistung“, findet THW-Landesbeauftragter Günther Hildebrandt.

Parlamentsempfang für Auslandshilfe

Bremen. Mit einem Empfang hat jetzt der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Dr. Dieter Klink, die humanitäre Auslandshilfe des THW-Landesverbandes Bremen gewürdigt. Den 1993 im Ausland eingesetzten Helferinnen und Helfern des THW Bremen sprach Klink die Anerkennung der Abgeordneten des Landesparlaments für die geleisteten Einsätze aus: „In Somalia, Djibouti, Lettland, Rußland und dem ehemaligen Jugoslawien ist das THW als Botschafter einer verantwortungs-



Parlamentspräsident Dr. Klink (Mitte) und THW-Landesbeauftragter Hildebrandt (rechts) im Gespräch mit einem „Somalia-Heimkehrer“. (Foto: Lohmann)

bewußten und der Humanität verpflichteten Bundesrepublik aktiv geworden“, betonte der Parlamentspräsident.

Nach der Verleihung von Einsatzzeichen für humanitäre Hilfe im Ausland bedankte sich THW-Landesbeauftragter Günther Hildebrandt bei der bremischen Bürgerschaft für das dem Technischen Hilfswerk entgegengebrachte Interesse. Einstimmig hätten sich die Abgeordneten für den Erhalt eines eigenständigen Bremer THW-Landesverbandes ausgesprochen und das Engagement der Katastrophenschutzorganisation im ostafrikanischen Somalia gelobt, erinnerte Hildebrandt an die zurückliegenden Monate.

P. L.



Somalia: Bauarbeiten für die Verlegung einer Wasserleitung. (Foto: Lohmann)

Niedersachsen



Einsatz nach Großbrand

Northeim. Lautes Prasseln und ungewohnt heller Lichtschein schreckt den Bewohner eines landwirtschaftlichen Anwesens in der Northeimer Ortschaft Sunderhausen auf. Als

er nach draußen schaut, stehen seine an das Wohnhaus angrenzenden Stallungen bereits lichterloh in Flammen. Die Feuerwehren Sunderhausen, Nordheim und der umliegenden Ortschaften geben Großalarm.

Nachdem das Großfeuer durch den massierten Einsatz der Feuerwehren unter Kontrolle ist, wird das Ausmaß des Schadens sichtbar: Das mehrstöckige Gebäude ist mitsamt seiner Strohlast zusammengebrochen. Eine mehrere Meter hohe, tonnenschwere Trümmerschicht bedeckt den hinteren Teil der Stallungen.

Um 12.25 Uhr wird die „Schnelle Einsatzgruppe“ (SEG) des THW Northeim über Funkalarmempfänger alarmiert und rückt nur wenig später unter Leitung des Zugtruppführers Horst Beikirch aus. Bei diesem Einsatz erweist sich das Bergungsräumgerät als besonders hilfreich, als es den Helfern den Weg durch die Trümmer aus verkohlten Balken und glimmendem Stroh bahnt. Rund 15 Meter „wühlt“ sich das Bergungsräumgerät durch das Trümmerfeld. Dabei lodern immer wieder Flammen aus dem Stroh und zwingen die Helfer zum „Rückzug“, bis die Brandnester von der Ortswehr gelöscht werden. Die Arbeit wird zusätzlich erschwert durch einsturzgefährdete Gebäudeteile, die die Helfer mit Radlader und Motorsägen einreißen müssen.

M. A.

Bayern



Neue Unterkunft für das THW

Bergkirchen. Der 30. Oktober 1993 geht in die Geschichte des THW, des Landkreises Dachau, der Gemeinde Bergkirchen und natürlich des Ortsverbandes Dachau selbst ein. Es war der Tag der festlichen Einweihung der neuen, rund drei Millionen Mark teuren Unterkunft des Ortsverbandes.



Eine runde Sache. Die neue Unterkunft des THW-Ortsverbandes Dachau.

(Foto: Schwepfinger)

Und wie nicht anders zu erwarten war, stieg ein großes Fest.

Zum Festakt stimmte die Dachauer Knabenkapelle mit einer Auswahl flotter Weisen die rund 700 Gäste musikalisch auf die langersehnte Schlüsselübergabe ein. Prominenz von nah und fern war erschienen, um der Dachauer „THW-Familie“ zur neuen Heimstatt zu gratulieren.

Der Leiter des Finanzbauamts München II, Egon Neumaier, übergab mit einem symbolischen Schlüssel das Gebäude an das THW. In seinen Worten schilderte Neumaier, was in den zurückliegenden 24 Monaten Bauzeit alles an Leistung erbracht wurde. Fast auf den Tag genau vor zwei Jahren, am 18. Oktober 1991, war der Grundstein gelegt worden. Das zweigeschossige Bauwerk mit rund 1000 m² Nutzfläche beherbergt nun die umfangreiche Fahrzeug- und Geräteausstattung des Ortsverbandes. Eine große Werkstatt, Lehr-, Sozial- sowie Büroräume runden das Bild ab. Ebenfalls eine runde Sache ist der Gebäudeteil, in dem die Stätte der Traditionspflege untergebracht ist. Von den Baukosten hat der örtliche Förderverein einen Anteil von 40 Prozent im Unterkunfts- und rund 100 Prozent im Museumsteil erbracht.

In seiner Festansprache würdigte Karl-Friedrich Matten in Vertretung des THW-Direktors die Leistungen, die alle Beteiligten an dem Neubau er-

bracht haben. Diese spiegelten sich insbesondere in der rund zweijährigen Bauzeit des ungewöhnlichen Doppelprojekts wider, das damit manches andere Bauvorhaben des THW auf dem Weg durch die Instanzen um Längen geschlagen hat. Es könnten nun alle froh sein, daß dieser Bau vollendet sei, bevor mit dem Jahr 1994 ein neuer, tiefer Einschnitt in der Entwicklung aller öffentlichen Haushalte, und damit auch des THW, heranstehet.

Mit der Stätte der Traditionspflege in Dachau sei der Ort geschaffen, in dem das relativ junge THW seine Historie der Nachwelt erhalten und pflegen könne, sagte Matten. Er wünsche und hoffe, daß sich die Angehörigen des THW mit ihrer Organisation noch besser als bisher identifizieren könnten.

Grüße aus Bonn überbrachte die dem Ortsverband Dachau sehr nahe stehende Bundestagsabgeordnete Gerda Hasselfeldt. Auch sie war begeistert von der Leistung, die von der so oft gerühmten „Dachauer Familie“ erbracht wurde. Es ist mit auch Verdienst von Frau Hasselfeldt, daß die Unterkunft noch vor der großen Sparwelle fertiggestellt werden konnte.

Mit der kirchlichen Weihe der Liegenschaft und der Übergabe zweier neuer Einsatzfahrzeuge fand die Einweihung ihren Höhepunkt. In den anschließenden Grußworten gaben der Bürgermeister der Gemeinde Bergkirchen,

Hubert Huber, der Landrat des Landkreises Dachau, Hansjörg Christmann, Kreisbrandrat Erwin Zehrer sowie Vertreter der Hilfsorganisationen ihrer Freude zu der neuen Unterkunft Ausdruck.

Ortsbeauftragter Georg Leitenstorfer dankte zum Schluß allen Beteiligten für ihre langjährige, tatkräftige und finanzielle Unterstützung.

J. Sch.

Nachruf

Wir haben durch einen tragischen Verkehrsunfall unseren Kameraden

Andreas Schlachter

verloren. Andy war seit 1981 im THW Schopfheim aktiv tätig. Er hat sich in dieser Zeit als ABC-Helfer und Ausbilder für Brennschneiden spezialisiert. Er war ein engagierter und zuverlässiger Helfer und hat auch bei Einsätzen durch seine Ideen maßgebend zum Gelingen beigetragen.

Wir trauern um einen vorbildlichen Helfer und guten Kameraden.

Der Ortsbeauftragte
Die Helfer des THW-Ortsverbandes Schopfheim

Informationsbesuch in Bonn und Mainz

Vom 11. bis 12. November 1993 führte das Warnamt IX mit seinen Mitarbeitern in besonderer Funktion eine Weiterbildungsveranstaltung besonderer Art durch: Kernpunkt der Weiterbildung war der Besuch einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages im neuen Plenarsaal in Bonn.

Der Besuch erfolgte auf Einladung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger. Insgesamt hatten die Teilnehmer ein dicht gedrängtes und umfangreiches Programm zu absolvieren:

- Besuch im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn,
- Gespräch mit Präsident Dusch im Bundesamt für Zivilschutz in Bonn-Bad Godesberg,
- Teilnahme an der Plenarsitzung des Bundestages,
- Fahrt zum Warnamt VII in Weinsheim,
- Weiterfahrt nach Mainz mit kurzem Informationsbesuch im ZDF-Sendezentrum in Mainz.



Die Teilnehmer der Weiterbildung vor dem ZDF-Sendezentrum in Mainz.

Alle Teilnehmer der Weiterbildung waren vom gelungenen Ablauf und der vorzüglichen Betreuung beeindruckt.

Helfer aus den Anfangszeiten verabschiedet

Anlässlich der Jahresabschlussveranstaltungen wurden sechs langjährige ehrenamtliche Helfer der Warndienst-Leitmeßstelle 61 (WDLMSSt 61) in Butzbach-Bodenrod und der Warndienst-Leitmeßstelle 63 (WDLMSSt 63) in Bad Wildungen verabschiedet.

Für ihr besonderes Engagement im Dienst der Allgemeinheit, das zum Teil weit über die achtjährige Mindestverpflichtungszeit hinausging, wurden die Auswerteleiter Bernd Prothmann (15 Jahre, WDLMSSt 61), Arnd Söhnngen (9 Jahre, WDLMSSt 61), Thomas Noll (16 Jahre, WDLMSSt 63) und Thomas Pehlke (15 Jahre, WDLMSSt 63) geehrt und mit den besten Wünschen für die Zukunft verabschiedet.

Der besondere Dank galt jedoch den ausscheidenden dienstältesten Helfern im Bereich des Warnamtes VI, Wolf-

gang Knörr (WDLMSSt 61) und Dr. Volker Brendow (WDLMSSt 63).

Knörr hatte sich bereits 1964, zwei Jahre nach Fertigstellung des Warnamtes VI, für eine freiwillige Mitarbeit im Warndienst entschieden. Weitere Stationen waren seine Tätigkeiten als Warngruppenführer, als Leiter des Fernmeldebetriebes, als Auswerteleiter der WDLMSSt 61 und schließlich 1987 als Leiter der Leitmeßstelle. Über seine Dienstpflichten hinaus hat er sich insbesondere um die Gemeinschaft der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter des Warndienstes verdient gemacht.

Dr. Brendow war seit 1962 im Luftschutz-ABC-Dienst des Regierungspräsidiums Kassel und seit 1972 in der WDLMSSt 63, zunächst als Helfer und später als Auswerteleiter und Leiter der Leitmeßstelle, tätig. Auch ihm ist es insbesondere zu verdanken, daß sich die Helfer in der Gemeinschaft wohl fühlen und über einen sehr guten Ausbildungsstand verfügen.

Beide brachten ihre langjährige Dienstzeit in ihren Abschiedsworten auf einen einfachen Nenner: „Es war nicht immer einfach, die Dienstpflichten im Warndienst mit dem Berufs- und Privatleben zu vereinbaren, aber es hat Spaß gemacht, mit jungen Menschen für eine gemeinsame Sache, nämlich für den Schutz der Bevölkerung, zusammenzuarbeiten.“

Langjähriger Mitarbeiter verabschiedet

Mit Ablauf des Jahres 1993 wurde der 1. Fernmeldemeister Heinz Neuwirth in den verdienten Ruhestand versetzt. Mit ihm verläßt ein Mit-



Mit Heinz Neuwirth verläßt ein „Mann der ersten Stunde“ den Warndienst.

arbeiter der ersten Stunde des Warnamtes III am Deister.

Im Jahre 1959 begann er als Oberwerkmeister zunächst noch im damaligen Provisorium in der Echtenstraße. Nach Fertigstellung des Warnbunkers 1961 zeichnete er für die fernmeldetechnischen Aufgabenbereiche im Warnamt III verantwortlich. War sein Wirken in den früheren Jahren des Warndienstes auch über die Grenzen Niedersachsens hinaus vom Aufbau des Sirenen- und Warnstellennetzes sowie von der Betreuung der Auslöse- und Übertragungstechnik geprägt, so lag der Schwerpunkt in jüngster Zeit in der Überwachung der Umwelt.

Neuwirth war maßgeblich am Aufbau des Radioaktivitätsmeßnetzes in Niedersachsen beteiligt. Zuletzt konnte er sein Fachwissen auch bei der Ausdehnung dieser wichtigen Umweltaufgabe auf die Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg einbringen.

Mit ihm verläßt ein gewissenhafter und zuverlässiger Kollege das Warnamt III, der sich auch als Ausbildungsberater des Bundesverwaltungsamtes verdient gemacht hat.



Rotkreuz-Arbeit im ehemaligen Jugoslawien

Das Deutsche Rote Kreuz hat seit Ausbruch des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien aktiv geholfen. Das DRK ist dabei eingebettet in die Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (Föderation).

Die Rotkreuzbewegung benötigt ca. 240 Millionen DM, um die Versorgung von rund vier Millionen Kriegsopfer im ehemaligen Jugoslawien in den Wintermonaten sicherstellen zu können. Allein für die Hilfe in Bosnien-Herzegowina fehlten dem IKRK im Dezember 1993 über 150 Millionen DM.

Finanzübersicht des DRK (Stand: 7.12.1993)

30,1 Millionen DM
aus Spendenaufrufen
6,4 Millionen DM
aus Sachspenden
26,5 Millionen DM
aus Sachspenden der DRK-
Landes- und Kreisverbände
10,2 Millionen DM
Mittel des Auswärtigen Amtes
12,2 Millionen DM
Mittel der EG
1,0 Millionen DM
Mittel der Föderation der Rot-
kreuz- und Rothalbmondge-
sellschaften

Bosnienhilfe

1993 lag der Einsatzschwerpunkt in Bosnien. Das IKRK versorgt in Bosnien rund 600 000 Menschen (Einwohner vor Kriegsausbruch: 4,4 Millionen) mit lebensnotwendigen Gütern. Neben Nahrungsmitteln und Medikamenten erhalten die Kriegsopfer während des Winters Heizma-

terial, Plastikplanen zum Abdecken der Häuser, Decken, Kerzen u.v.m., 116 Tonnen Hilfsgüter werden täglich verteilt.

IKRK und die UN-Flüchtlingsorganisation (UNHCR) haben im Frühjahr 1993 die Versorgung der Stadt Srebrenica übernommen. Das DRK hilft bei der Beschaffung von 2000 Küchensets, 2000 Wasserkannistern und 30 t Waschmittel für 20 000 Flüchtlinge. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist durch die UNHCR sichergestellt.

Das Rote Kreuz hat in Gorazde für die Hunger leidende Bevölkerung Volksküchen eingerichtet. In der Stadt halten sich derzeit rund 75 000 Menschen auf, darunter 40 000 Flüchtlinge. Die Versorgung mit Strom, Wasser und Nahrungsmitteln ist zusammengebrochen.

Suchdienst

Immer wichtiger wird der Suchdienst des Roten Kreuzes. Seit Ausbruch des Konfliktes wurden bereits drei Millionen Nachrichten übermittelt. Nach dem Zusammenbruch des Postwesens in Bosnien-Herzegowina ist dies für viele die einzige Möglichkeit, über das Schicksal von Verwandten im Kriegsgebiet Informationen zu bekommen.

Gefangenenbetreuung

Zu den Kernaufgaben des Roten Kreuzes (IKRK) gehören die Besuche in den Gefangenenlagern. In dem Zeitraum von Juni 1992 bis Juni 1993 besuchten IKRK-Delegierte 16 300 Gefangene in 90 Internierungslagern. Das IKRK erreichte in der ersten Hälfte

1993 die Freilassung von über 3000 Gefangenen.

Gesundheitssystem

Das IKRK versorgt allein in Bosnien-Herzegowina über 200 Krankenhäuser und Ambulanzen mit Medikamenten, medizinischem Material und medizinischen Geräten.

Arbeitsteilung in der Rotkreuz-Familie

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) mit Sitz in Genf koordiniert die Rotkreuz-Hilfe für die Kriegsopfer in Bosnien.

Die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (Föderation) mit Sitz in Genf, kümmert sich um die Menschen in Not in den anderen Republiken des ehemaligen Jugoslawien. Hier ein Beispiel für die Zusammenarbeit der nationalen Rotkreuzgesellschaften unter dem Dach der Föderation: Anfang Dezember haben das Deutsche Rote Kreuz und drei Schwestergesellschaften die Hilfe für die Flüchtlinge und Vertriebenen des Krieges, die in Kroatien Aufnahme gefunden haben, neu aufgeteilt. Danach liefert das DRK warme Decken, das Griechische Rote Kreuz schickt diesen Menschen Kochsets, das Italienische Rote Kreuz hilft mit Medikamenten und medizinischem Material, das Dänische Rote Kreuz unterstützt diese Hilfe mit Plastikplanen zum Abdichten von Fenstern und Dächern.

In Kroatien haben derzeit 650 000 Menschen aus den Kriegsgebieten Zuflucht gesucht. Der frühe Winter zwingt, besonders in der Her-

zegowina, immer mehr Menschen, die bisher dem Krieg getrotzt haben, ihre Dörfer und Städte zu verlassen, weil die Versorgung mit dem Lebensnotwendigsten zusammengebrochen ist.

Weitere Schwerpunkte der Rotkreuzhilfe

Sozialhilfeprojekte zur psychosozialen Betreuung von Flüchtlingen und Vertriebenen, die in Sammelunterkünften (Lagern, Hotels) in Kroatien, Serbien, Mazedonien, Montenegro leben (insgesamt rund 200 000 Menschen), sollen verstärkt betreut werden. In Serbien leben die meisten der rund 500 000 Flüchtlinge bei Familien. Für diese Menschen wurde in Belgrad ein spezieller Telefonservice eingerichtet.

Unter den Flüchtlingen wachsen die Spannungen: Jugendliche, die keine Schul- oder Berufsausbildung haben und in den Tag leben, droht das Abgleiten in die kriminelle Szene oder der frühe Tod auf dem Schlachtfeld. Erwachsene haben den Lebensfaden verloren, leiden unter Kriegstraumata, Vergewaltigungen etc., Gefahr von Alkoholismus.

Man will den Menschen (besonders den Langzeitflüchtlingen) helfen, ihr Leben wieder eigenverantwortlich zu führen: Einbinden in die tägliche Arbeit des Lagers, d.h. Reinigung, Küche, Reparatur, Werkstätten etc. Unter der Obhut von ausländischen Rotkreuz-Delegierten werden lokale Pädagogen, Psychologen, Sozialpädagogen für den Einsatz ausgewählt, lokale Helfer aus dem Umfeld der Flüchtlinge kommen noch hinzu.

Allein in Kroatien werden ca. 116 000 Menschen betreut. Ziel ist ein Betreuerschlüssel von 1:500. Die Einsatzregionen in Kroatien befinden sich vor allem im Raum Zagreb, an der Dalmatinischen Küste und in Istrien.

Der Finanzbedarf ist mit rund 7 Millionen DM veranschlagt worden.

Kroatien

Im August 1992 übernahm das DRK in Ostslawonien die Versorgung von 100 000 Flüchtlingen und Vertriebenen aus den serbisch besetzten Gebieten Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas. Rund 500 Tonnen Hilfsgüter wurden monatlich in das Zentrallager der Regionalhauptstadt Osijek gebracht.

Als sich zu Beginn des Jahres 1993 die Finanzmittel des Österreichischen Roten Kreuzes, das bisher über Spendenmittel der „Nachbarn in Not“-Aktion mit dem ORF und der Caritas den größten Teil der Flüchtlingshilfe in Kroatien finanziert hatte, erschöpften, übernahm das DRK für Januar und Februar die gesamte Rotkreuzhilfe in Kroatien mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln für 250 000 Menschen.

In dem Flüchtlingslager Gascinci bei Osijek (Ostslawonien) hat das DRK 1992 vom Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) gespendete Holzhäuser errichtet. DRK und Niederländisches Rotes Kreuz stellten dort über 170 Notunterkünfte auf. Die Lager-Bewohner konnten so 1992/93 in festen Quartieren überwintern.

In diesem Winter hat sich die Situation allerdings dramatisch zugespitzt. Neue Flüchtlinge aus Bosnien wurden in das Lager eingewiesen, das nun rund 4000 Personen, mehrheitlich Frauen und Kinder, beherbergt. Noch Anfang Dezember war ein Teil der Flüchtlinge in Zelten untergebracht. Das Dänische Rote Kreuz und die UN-Flüchtlingsbehörde UNHCR haben neue feste Unterkünfte errichtet.

Das DRK hilft allen Konfliktopfern im ehemaligen Ju-

goslawien, gleich ob diese Moslems, Serben oder Kroaten sind. Der Hilfskonvoi für die notleidenden Menschen in Serbien war ein Bestandteil dieser Hilfe.

Mazedonien

In Mazedonien hat das DRK in Zusammenarbeit mit der Föderation die Beratung der mazedonischen Schwestergesellschaft beim Aufbau eines Katastrophenschutzprogramms übernommen.

Gemeinsame Winter-Hilfsaktion von DRK und ZDF

Im Dezember haben DRK und ZDF unter dem Motto: „Sarajevo soll leben“ eine gemeinsame Initiative für die notleidenden Menschen in Bosnien gestartet. Am 12. Dezember 1993 brachte das ZDF dazu zwei Spezialemissionen mit Live-Reportagen aus Sarajevo. Prominente aus Kunst, Kultur und Politik haben die Aktion unterstützt. In wenigen Stunden wurden an diesem Tag 1 Million DM gesammelt. Bereits am 17. Dezember verließ der erste Lkw mit Winterkleidung und 950 Paar Moonboots im Wert von 52 510 DM das Zentrallager des DRK in Meckenheim bei Bonn.

Fast vergessen, mittellos und krank

Das Deutsche Rote Kreuz ist die einzige Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, die gezielt Trudarmisten in der ehemaligen Sowjetunion hilft. Wer sind Trudarmisten? Alle Frauen und Männer deutscher Nationalität zwischen 14 und 65 Jahren wurden ab 1941/42 in die sowjetische Arbeitsarmee eingezogen. Bis 1955 leisteten sie als Internierte Schwerstarbeit, viele starben an Hunger und Kälte. Da sie für ihre Zeit in der Arbeitsarmee keine Rentenansprüche erworben haben, sind sie heute im Alter häufig mittellos.

Im Jahr 1993 verteilte das DRK insgesamt 8701 Pakete

an die Trudarmisten. Die Pakete enthalten jeweils Lebensmittel wie Kaffee und Tee, eine Bettdecke, Bettwäsche und Handtücher. Eine Million Mark stellte das DRK aus Eigenmitteln zur Verfügung; mit über einer weiteren Million Mark beteiligte sich die Bundesregierung.

Auch 1994 setzt das DRK seine Unterstützung für diese besonders benachteiligten Menschen fort. Ihre Gesamtzahl schätzt das DRK auf 100 000 Personen. Viele von ihnen leiden noch heute unter erheblichen seelischen und körperlichen Beeinträchtigungen.

Das Rote Kreuz in Somalia

Regionaler Schwerpunkt der DRK-Aktivitäten in Somalia ist die Hiran-Region mit den Distrikten Belet Huen und Bulo Burti. Gemeinsam mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (Föderation) und mit dem Somalischen Roten Halbmond engagiert sich das DRK in dieser Region am Wiederaufbau des Landes. Inhaltliche Schwerpunkte sind:

- Wiederaufbau der Basisgesundheitsvorsorgung.
- Verbesserung der Wasserversorgung und Brunnenbau.
- Wiederaufbau von Schulen sowohl in Belet Huen und Bulo Burti wie auch in den Flüchtlingslagern in der Umgebung von Belet Huen.
- Frauen- und Jugendprogramm.
- Strukturhilfe für den Somalischen Roten Halbmond, um diesen zu befähigen, die verschiedenen Projekte nach dem Abzug der deutschen Helfer weiterzuführen.

Insgesamt zwölf Basisgesundheitsstationen haben ihre Arbeit inzwischen aufgenommen. An der Station in Bulo Burti wurde zusätzlich ein Ausbildungszentrum für das medizinische Personal des Somalischen Roten Halbmondes eingerichtet.

Eine Grundschule in Bulo Burti und vier weitere Grundschulen in Flüchtlingslagern in der Umgebung von Belet Huen befinden sich derzeit im Bau. Diese Schulen werden nach ihrer Fertigstellung von den örtlichen Behörden (Districts Councils) übernommen und in Eigenregie weitergeführt.

Alle Projekte werden in enger Zusammenarbeit mit den District Councils und den traditionellen Clanführern durchgeführt, um eine größtmögliche Beteiligung der örtlichen Bevölkerung zu erreichen und so die Nachhaltigkeit der Projekte zu sichern. Eine Ausdehnung der DRK-Aktivitäten auf die Nachbarregionen ist für 1994 geplant.

Das Rote Kreuz, d.h. verschiedene nationale Gesellschaften, die Föderation und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), ist ferner in folgenden Regionen aktiv:

In Garoe wurde das Krankenhaus wieder eröffnet und neu organisiert. Außerdem haben sieben Basisgesundheitsstationen ihre Arbeit aufgenommen. In Kismaio werden Trainingskurse für medizinisches Personal sowie für die Führer der verschiedenen Clans organisiert. Drei Gesundheitsstationen nehmen ihre Arbeit in Kismaio, in Mugambi und in Kuda auf. In Baidoa und Hargeisa wurden Delegationen eingerichtet, die Vorbereitungen sind weitgehend abgeschlossen.

Das IKRK betreut weiterhin zwei Krankenhäuser in Mogadischu, das DRK ist auch hier mit eigenem Personal vertreten.

Annemarie Renger *)

Notschrei hallt um die Welt!

Seit dem furchtbaren Erdbeben 1989 in Armenien ist der Arbeiter-Samariter-Bund weltweit in Not- und Katastrophenfällen im Einsatz. Warum?

Die wachsende Anfälligkeit für Naturkatastrophen ist Ausdruck einer erhöhten allgemeinen Krisenanfälligkeit, die sich auch in vermehrten kriegerischen Auseinandersetzungen, Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen sowie in Umwelt- und technischen Katastrophen äußert. In einer vom 18. Juni 1993 datierten Presseerklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) heißt es u.a.: Flüchtlingsbewegungen, Wirtschaftskrisen, Dürrekatastrophen und Bürgerkriege nehmen in weiten Teilen den Charakter von Dauererkenntnissen an.

Ursächlich hierfür sind vor allem ethnische Konflikte, soziale Spannungen, Verarmung, die rapide Bevölkerungsvermehrung, Umweltzerstörung und der Klimawechsel. Wesentliche Voraussetzung für die Entschärfung dieser Probleme können geschaffen werden, wenn sich die Industrieländer zu einer durchgreifenden Änderung ihrer Konsumstrukturen und der Produktionsverfahren im Sinne einer umwelt- und klimaverträglichen Wirtschafts- und Lebens-

weise entschließen könnten. Es kommt darauf an, daß die Entwicklungsländer in den Stand gesetzt werden, für die Ressourcen die Preise erzielen zu können, die zu ihrer weiteren Entwicklung erforderlich sind.

Verbesserung der Lebensumstände dringend nötig

In der jetzigen Weltwirtschaftskrise kann das aber nicht heißen, sie müßten darauf warten, bis wieder bessere Zeiten kommen und die östlichen und südöstlichen europäischen Länder hätten ab-

soluten Vorrang. Würde das geschehen, entstünde eine weitere Verelendung in den Entwicklungsländern, die sich zu politischen und menschlichen Tragödien auswirken könnten. Diese Auswirkungen würden wir alle spüren. Eine diese Probleme beachtende Politik ist seitens der Weltbank und anderer Institutionen sowie der einzelnen nationalen Hilfen erforderlich. Die politischen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lebensumstände in den Ländern des Osten und Südens sind ferner Selbstbestimmung, Demokratisierung und die Einbeziehung der

Bevölkerung in den Entwicklungsprozeß.

Hilfe zur Selbsthilfe

Der Arbeiter-Samariter-Bund versucht die gesellschaftlichen Voraussetzungen für diesen Prozeß zu schaffen, indem er z.B. „Hilfe zur Selbsthilfe“ im ehemaligen Ostblock durch den Aufbau von Sozialstationen und Volksküchen (St. Petersburg und Moskau) fördert. Wir helfen mit Medikamenten, Nahrungsmitteln und Bekleidung in Georgien, Aserbaidschan und Armenien, damit sich die poli-



Medikamente, Nahrungsmittel und Kleidung brauchen die Menschen in Georgien, damit sie den Winter überstehen. Der Arbeiter-Samariter-Bund schickte mehrere Lkw-Konvois nach Tiflis. Beim Beladen packten auch prominente Helfer zu: Annemarie Renger, Präsidentin des Arbeiter-Samariter-Bundes, und der Schauspieler Kostas Papanastasiou. Der „Wirt“ aus der TV-Serie Lindenstraße arbeitet schon seit längerem ehrenamtlich für die Georgienhilfe des ASB. (Foto: Joker)

*) Die ehemalige Bundestagspräsidentin Dr. h.c. Annemarie Renger ist seit 1984 Präsidentin des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland e.V.



Nordsomalia: Gerade ist eine Medikamentenlieferung eingetroffen.

tische Lage dort nicht noch weiter zuspitzt und damit die Kaukasusregion so die Chance erhält, sich in Frieden zu ent-

wickeln. Wir unterstützen den Aufbau von Rettungssystemen in Bulgarien zur Stabilisierung des bulgarischen Ge-

sundheitswesens und wir beraten die Bevölkerung Nordsomalias in Fragen der vorgehenden Gesundheitspflege



Wolfgang Clement, Chef der Staatskanzlei von NRW, besichtigt mit Alfred Ecke vom ASB den Rohbau der Rettungswache im bulgarischen Russe. (Foto: Boes)

und des Wiederaufbaus. Im ehemaligen Jugoslawien betreuen wir die Menschen in den Flüchtlingslagern mit medizinischen Leistungen und mit dringend benötigten Nahrungs- und Pflegemitteln für Kinder. Dies sind nur einige wenige Beispiele der ASB-Auslandshilfe, die im Jahr 1993 im wesentlichen unter dem Stichwort „Flüchtlingshilfe“ gestanden hat.

40 Millionen Menschen auf der Flucht

Was es heißt, ein Flüchtling zu sein, kann im vollen Umfang nur ermesen, wer selbst einmal flüchten mußte. Millionen von Deutschen haben vor fast fünfzig Jahren diese Erfahrung gemacht. 18 Millionen Menschen durchleben gegenwärtig diesen Alptraum oder gehören zu denen, die dieses Schicksal schon viele lange Jahre erleiden. Sie mußten ihr Land verlassen, um sich zu retten. Noch größer ist jedoch mit 24 Millionen die Zahl derjenigen, die in ihrem eigenen Land auf der Flucht sind. Allen diesen Menschen müssen wir helfen, aus humanitären Gründen, aber auch, weil wir einsehen müssen, daß eine stabile neue, den Problemen gerecht werdende weltweite Ordnung nicht entstehen kann, solange ständig über 40 Millionen Menschen auf der Flucht sind.

Die Welt ist enger geworden. Mexiko-Stadt hat so viele Einwohner wie die Niederlande. Afrika ist nur noch vier Flugstunden von uns entfernt, und zwei Autostunden braucht man von Wien, um mitten in den Massakern auf dem Balkan zu stehen. Durch die Atmosphäre und die Meere lassen sich keine Barrikaden ziehen. Wenn irgendwo auf dieser Welt Konflikte entstehen, werden deren Auswirkungen auch uns erreichen. Der Notschrei von Hunderten Millionen Menschen hallt um die Welt. Deshalb müssen wir helfen. Jetzt!

JUH beim Eisenbahnunglück in Raisdorf bei Kiel

An den Rettungs- und Bergungsarbeiten nach dem Eisenbahnunglück in Raisdorf bei Kiel am 22. Dezember 1993 war die Johanniter-Unfall-Hilfe mit ihren Einheiten aus Plön und Eutin maßgeblich beteiligt.

Auf der Strecke Lübeck-Kiel waren im Klosterforst kurz nach 8.00 Uhr ein mit etwa 350 Personen besetzter 100 km/h schneller Eilzug und ein Arbeitszug der Bundesbahn auf einer eingleisigen Strecke frontal zusammengestoßen. Durch die Wucht des Aufpralls wurden ein Personenwaggon und ein Arbeitswaggon völlig zertrümmert, ein Waggon zwischen den Drehgestellen durchgeknickt, drei

weitere Wagen des Eilzuges entgleisten.

Bereits 15 Minuten nach dem Alarm traf das erste Rettungsfahrzeug der JUH aus Plön mit einem Notarzt an der schwer zugänglichen Unfallstelle ein. Als man das Ausmaß des Schadens überblickte, wurden sofort weitere Rettungsmittel aus der Landeshauptstadt Kiel, die Schnelle Einsatzgruppe (SEG) aus Eutin und Hubschrauber aus Rendsburg und Hartenholm angefordert. Auch die Freiwilligen des Rettungsdienstes der JUH und des kommunalen Rettungsdienstes wurden alarmiert, um die zahlreichen Verletzten zu versorgen.

Die Rettungsarbeiten begannen bei Temperaturen um

den Gefrierpunkt in einem nur über einen einspurigen Waldweg erreichbaren Gelände. Wegen der Zertrümmerung eines Teils der Eisenbahnwagen war die Suche nach Verletzten sehr zeitaufwendig und schwierig. Die Rettungsassistenten versorgten die Schwerverletzten und transportierten sie mit Hilfe von Polizei und Feuerwehr durch unwegsames Gelände zu den Rettungsfahrzeugen und dann zu den umliegenden, inzwischen ebenfalls alarmierten Krankenhäusern.

Die etwa 100 Helfer von Rettungsdienst, Polizei, Feuerwehr und Bundesgrenzschutz waren über mehrere Stunden unter schweren äußerlichen Bedingungen im

Einsatz und befreiten und versorgten 93 Verletzte. Der Einsatz der Rettungsdienste konnte leider nicht verhindern, daß ein Fahrgast den Unfall nicht überlebte.

Das Unglück hat erneut unter Beweis gestellt, daß ein straff organisierter Rettungsdienst mit gut ausgebildeten und motivierten Helfern den in unserer technischen Umwelt unvermeidbaren Unfällen schnell und wirkungsvoll begegnen und Folgeschäden begrenzen kann.

Claus D. Sottorf,
Landespressedezernent des
JUH-LV Schleswig-Holstein,
Mecklenburg-Vorpommern

Wiederaufbau von ländlichen Gesundheitsposten und Krankenhäusern in Angola

Seit rund 30 Jahren herrscht in der ehemals portugiesischen Kolonie Angola fast ununterbrochen Krieg. War es zunächst der Unabhängigkeitskrieg, der das Land bis 1975 belastete, so folgte fast nahtlos anschließend ein Bürgerkrieg zwischen den beiden stärksten politischen Gruppierungen MPLA und UNITA, der bis heute noch andauert. Auch die Unterzeichnung eines Friedensabkommens 1991 zwischen der in Luanda regierenden MPLA und der UNITA unter Dr. Jonas Savimbi brachte

nur einen wenige Monate dauernden Frieden. Auf dieser Grundlage verwundert es nicht, daß das mit zehn Millionen Menschen relativ dünn besiedelte Land einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage gegenübersteht, verbunden mit einer zerstörten medizinischen Infrastruktur, und mit massiven Flüchtlingsbewegungen konfrontiert ist.

Seit August 1993 engagiert sich die JUH in einem Projekt zum Wiederaufbau von Krankenhäusern und ländlichen Gesundheitsposten in der Provinz Benguela. Benguela ist eine Hafenstadt und ist manchem noch im Zusammenhang mit der berühmten Benguela-Bahn bekannt, mit der einst wertvolle Rohstoffe vom zentralen Hochland mit der Eisen-

bahn an die Küste transportiert wurden. Wie fast überall, so ist auch in der Provinz Benguela die Gesundheitsversorgung nahezu zum Erliegen gebracht. Viele Gebäude sind erheblich zerstört worden, wurden geplündert oder stehen leer. Das medizinische Personal ist im Zuge der Auseinandersetzungen geflohen. Die Sachmittelausstattung ist dürftig, Arzneimittel sind kaum aufzufinden. Die vorherrschenden Krankheitsbilder sind: Malaria, Märsen, Durchfallerkrankungen, Tuberkulose, parasitäre Erkrankungen, Erkrankungen der Atemwege, Geschlechtskrankheiten, Bilharziose sowie Fehlernährung. Natürlich stellt auch die Wasser- und Stromversorgung, wie fast überall im Land, ein besonderes Problem dar.

Das Projekt der Johanniter hat ein finanzielles Volumen von 1,25 Mio. DM bei einer Laufzeit von 18 Monaten. Es wird zu 95 Prozent von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel finanziert. Vorgesehen ist die physische Rehabilitierung von Krankenhäusern und ländlichen Gesundheitsposten, die – soweit möglich – mit lokal verfügbaren Material- und Personalressourcen durchgeführt werden soll. Gezielte Sachmittelausstattung und Arzneimittelhilfe soll geleistet werden, verbunden mit basismedizinischen Diensten. Vor Ort erfolgt die Umsetzung in enger Abstimmung mit dem angolischen Projektpartner und in Zusammenarbeit mit den Kollegen von der Deutschen Welthungerhilfe, die aufgrund ihrer



Auslieferung einer Basic-Unit Medikamente.

langjährigen Tätigkeit vor Ort über einschlägige Landeskennnisse verfügen. Wie die praktische Umsetzung des Projektes vor Ort aussieht, schildert der nachfolgende Auszug aus dem Projektbericht der von den Johannitern nach Angola entsandten Ärztin:

„Wir arbeiten zur Zeit mit drei Centros und sieben Postos zusammen. Nach groben Schätzungen der Administration und der medizinischen Assistenten liegt die Größe der zu versorgenden Bevölkerung bei den Centren zwischen 20 000 und 30 000, bei den Postos zwischen 10 000 und 20 000.

Die medikamentöse Versorgung ist äußerst schlecht. Vom Ministerio de Saude wird ein Posto nur alle zwei bis drei Monate mit Medikamenten beliefert. Die größeren Centros bekommen jeden Monat Medikamente. Aber sowohl bei den Postos als auch bei den Centros ist nach spätestens zwei Wochen kein einziges Medikament mehr da. Die Patienten bekommen nach Diagnosestellung ein ‚Rezept‘, die Medikamente müssen dann auf dem Schwarzmarkt besorgt werden. Im Krankenhaus ist die Situation auch nicht besser; dort müssen sich die Patienten sogar ihre eigene Bettwäsche und sterilen Spritzen mitbringen.

Bei der Auswahl der Centros und Postos richteten wir uns zu Beginn des Projektes nach den Wünschen des Gesundheitsministeriums der Provinz Benguela, da man dort über die Lage, den Zustand und die Bedürfnisse am besten Bescheid wußte.

Nach einer zweitägigen Besichtigungstour blieb es uns überlassen, mit welchen Po-

stos und Centros wir arbeiten wollten.

Ich entschied mich, zuerst mit vier Postos zu beginnen, wovon ein Posto in ein Centro umgewandelt werden sollte. Nach Ablauf der Reparaturarbeiten konnte ich dann mit weiteren Postos anfangen.

Die nähere Bestandsaufnahme ergab in allen Postos ein ähnliches Bild: Reparaturen



Der erste Patient im Posto Benfica, der eine von der JUH gespendete Infusion erhält.

von Dächern, Wänden, Fußböden und Toiletten und – was allgemein als wichtigstes angesehen wurde – das Vergittern von Fenstern und Türen, da die Einbruchquote sehr hoch ist.

Im Posto de Saude de Benfica wurde laut Aussagen pro Woche einmal eingebrochen; wenn eine Lieferung von Medikamenten des Gesundheitsministeriums ankam, noch öfter.

Zu Beginn der Reparaturarbeiten versuchte ich, die benötigten Materialien wie Farbe, Zement, Gips usw. in den hiesigen Geschäften selbst zu besorgen, da es nur dort schriftliche Rechnungen gab. Nach sechs Stunden intensiver Suche hatte ich von einem Farbengeschäftsinhaber die schriftliche Genehmigung, 20 Liter Wandfarbe zu kaufen. Mit Bedauern wurde mein Wunsch zurückgewiesen, mehr als 20 Liter zu kaufen – dies war leider nicht möglich. Ölfarbe, Zement und Gips konnte ich in keinem Geschäft bekommen.

Daraufhin bat ich die Handwerker, die Preise der jeweils benötigten Materialien auf dem Markt zu erfragen und einen Kostenvoranschlag zu machen. Bei größeren Beträgen – wie für die Renovierung der Centros – erbat ich mehrere Kostenvoranschläge, da es teilweise riesige Preisunterschiede gab (z.B. für Renovierung des Centro Cambanda einen Preisunterschied von 150 Mio. Kwanzas).

Bei Erteilung des Auftrages wurde dann der Betrag für das veranschlagte Material entrichtet und nach Fertigstellung der Arbeitslohn bezahlt. In den letzten Wochen sind die Handwerker dazu übergegangen, auch einen kleinen Teil des Arbeitslohnes im voraus zu verlangen, da die Preise für Lebensmittel innerhalb von Tagen steigen.

Die ersten 800 kg Medikamente verteilte ich unter zwei Centros, sieben Postos und was zu speziell war – wie Ernährungssonden usw. – gab ich dem Krankenhaus in Benguela.“

Heinz Bitsch/
Gabriele Munding

Disaster Relief – schnelle Hilfe weltweit

Internationales ECOM-Vorbereitungstreffen in Herbstein

Ihren 32. Geburtstag hat Geraldine O'Brien aus Dublin mit vielen Gästen in Deutschland gefeiert. Neun weitere Iren waren da, acht Österreicher, fünf Franzosen, ein Italiener und 62 Deutsche – alle Malteser wie Geraldine selbst – und alle Teilnehmer am Disaster Relief Camp des deutschen Malteser Auslandsdienstes in Herbstein.

Disaster Relief heißt Katastrophenhilfe, und so ging es in Herbstein vom 27. September bis zum 1. Oktober um die internationale Katastrophenhilfe der Malteser. Jede Teilnehmergruppe vertrat ihren nationalen Malteser-Hilfsdienst, und damit trafen sich alle, die derzeit das internationale Katastrophenhilfskorps des Malteserordens aus der Taufe heben. Es ging also um ECOM, das Emergency Corps of the Order of Malta.

Binnen zwölf bis 72 Stunden sollen ECOM-Helferinnen und -Helfer im Notfall am Katastrophenort sein. Helfen sollen sie da, wo Opfer von Naturkatastrophen oder von kriegerischen Auseinandersetzungen Soforthilfe zum Überleben brauchen, die das betroffene Land selbst nicht leisten kann. Damit solch ein Einsatz klappt, ist gute Vorbereitung unerlässlich. Die Helfer müssen mit fremden Eindrücken fertig werden, mit hoher körperlicher und seelischer Belastung, sie müssen ihr Material kennen, in ihren Fachgebieten top sein und – sich auch untereinander verstehen. Auf all diese Punkte ging das Disaster Relief Camp ein. An und für

sich schon kein leichtes Unterfangen, das gemischte Zielpublikum kam hinzu. Da saßen Mediziner neben Technikern, alterproben Helfer, die schon vor zwei Jahren bei der Kurdenhilfe mit von der Partie waren, neben „Auslandsneulingen“. Das Programm trug dem Rechnung. Zunächst stellten sich die verschiedenen nationalen Maltesergruppen einander vor, dann ergänzten konkrete Einweisungen für die Arbeit vor Ort und Erfahrungsberichte von gelaufenen Hilfsaktionen allgemeine Hinführungen zum Thema wie den Vortrag „Soziologie der Katastrophe“ des Katastrophenforschers Dr. Wolf Dombrowsky von der Universität Kiel.

Ein Nachmittag war ganz für praktische Vorführungen reserviert. Auf einem kleinen Parcours im Freien boten fünf Stationen sachgerechte Information. Die Malteser-Rettungshundestaffel Mainz präsentierte ihre Ausrüstung und ihren Leistungsstand in Sachen Suche und Bergung vermißter Personen. Nicht weit davon entfernt stand die komplette Ausstattung für das im Notfall schnell abgesetzte Rapid Deployment Team zur kritischen Begutachtung – vom Einfachst Klo bis zur SatCom-A. Gleich daneben zeigte der Krefelder ABC-Zug eine Trinkwasseraufbereitungsanlage in Funktion, die zu Demonstrationszwecken zehn Kubikmeter Trinkwasser pro Stunde produzierte. Und die französischen Teilnehmer vom Œuvre Hospitalière Française de l'Ordre de Malte stellten aufblasbare High-Tech-Zelte vor, die sie in be-



So funktioniert's: Die Materialschau gab Gelegenheit zu regen Fachgesprächen.

eindruckender Schnelle auf- und abbauen und die sie als Lazarett- oder Mannschaftszelte in ihren ECOM-Anteil einbringen wollen. Ein sinnfälliger Kontrast zur letzten Station: sie zeigte, wie einfach, unspektakulär und wirkungsvoll eine wasserfeste Plane, drei Meter Schnur und vier Holzpfähle zu einem Einfachzelt oder zur Notunterkunft werden können.

Tagungssprache Englisch

Die Teilnehmer nutzten die Auseinandersetzung mit dem handfesten Anschauungsmaterial zu angeregten Fachgesprächen. Dabei machte auch die Tagungssprache Englisch, die Arbeitssprache von ECOM, kaum Probleme.

„Wenn es doch mal nicht langt, dann helfe ich mir mit Händen und Füßen oder mit Stift und Papier“, faßte Detlef Köcher aus Neuss die Sache ganz pragmatisch. Beim abendlichen geselligen Teil des Disaster Relief Camps konnte das dann statt des Papiers auch schon mal ein Bierdeckel sein...

Ohnehin war die Möglichkeit zum gegenseitigen Kennenlernen und zum unmittelbaren Erfahrungsaustausch mehr als lediglich ein Nebenprodukt der Tagung. „Der eigentliche Wert solch eines Treffens“, meinte Mario Spanyi vom Malteser-Hospitaldienst Austria sogar, „sind für mich die informellen Kontakte. Denn das Wichtigste für den Einsatz ist doch, daß die Leute sich kennen und verstehen.“ Dafür, daß sie sich nicht

wieder aus den Augen verliehen, ist bereits gesorgt. Nachdem im vergangenen Jahr die Österreicher zum ersten Disaster Relief Camp nach Schloß Tyllisburg geladen hatten, wird im nächsten Jahr Frankreich der Gastgeber sein. Darüber hinaus sollen auch die aufgabenspezifischen Ausbildungen der ECOM-Helferinnen

und -Helfer bald anlaufen. – Damit ECOM der Maltesertradition gerecht wird, die ihm der Präsident des deutschen Malteser-Hilfsdienstes, Dr. Constantin von Brandenstein-Zeppelin, bei seinem Besuch in Herbstein mit auf den Weg gab: „Was wir Malteser machen, machen wir so gut wie irgend möglich.“ mw

Malteser und Neue Oberschule gründen Schulsanitätsdienst

Donnerstag, 9 Uhr, zweite Unterrichtsstunde: Friedliches Lernen in allen Klassen. Da stört plötzlich ein ungewohntes Klingelzeichen: einmal lang, zweimal kurz. Und schon verlassen 700 Schülerinnen und Schüler auf Weisung ihrer Lehrer das Schulgebäude in der Annahme, es handele sich um einen Feueralarm. Das Chaos ist perfekt. Und während sich auf dem Pausenhof die Schülerschar versammelt, haben sich die zehn Schulsanitäter längst auf die Suche gemacht, wo denn ihr Patient zu finden sei. Ihnen ist das neue Klingelzeichen ja schließlich bekannt. Heißt es doch: „Alarm für die Schulsanitäter!“ Schnell ist der hilfsbedürftige Mitschüler gefunden. Er hat sich an einem Fensterrahmen verletzt und eine Platzwunde am Kopf zugezogen. Nach diesem Einsatz ist der Dank der Schüler und der Ärger der Lehrer gewiß und der Schulsanitätsdienst berühmt oder berüchtigt!

Pädagogische Zielsetzung

Seit Juli 1992 besteht der schulinterne Sanitätsdienst der Neuen Oberschule in Kooperation mit den Braunschweiger Maltesern. Voraussetzung für die Mitarbeit im Sanitätsdienst ist ein Erste-Hilfe-Kurs, ein Sanitätshelfer-Kurs und die regelmäßige Teilnahme am Training der Sanitäts-Arbeitsgemeinschaft (SanAG). Die Arbeit im Sanitätsdienst gibt den

Schülern Gelegenheit, Kenntnisse aus dem Biologieunterricht in konkreten, praktischen Situationen anzuwenden. Einerseits fördert dies das Verständnis für die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen in Notfallsituationen, das Verantwortungsgefühl und die Fürsorge gegenüber der Gemeinschaft. Andererseits begünstigt die Arbeit im Sanitätsteam die Integration in die Schulgemeinschaft und bietet zudem die Möglichkeit zu Aufbau und Stärkung von Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl. Durch die gute Zusammenarbeit von Schule und Maltesern und dank der finanziellen Unterstützung der Elternhilfe und der Vereinigung ehemaliger Schüler der Neuen Oberschule ist die Realisierung des Schulsanitätsdienstes möglich geworden.

Erste-Hilfe-Kurs war der Anfang

Angefangen hat alles im Biologieunterricht bei Dr. Iris



Bei Übungen und echten Einsätzen können die Schulsanitäter ihr Können unter Beweis stellen.

Eisenbeiser-Engelbrecht im Januar 1992. Das Thema „Herz/Kreislauf“ brachte die Schüler auf die Idee, einen Erste-Hilfe-Kurs zu absolvieren. Auf freiwilliger Basis wurde ein Wochenendkurs bei den Maltesern organisiert. Und der bereitete so viel Spaß, daß sich einige Schülerinnen und Schüler gleich zu einem Sanitätshelfer-Kurs anmeldeten. Während dieser drei Tage (einen Tag bekamen die Schüler sogar schulfrei) wurde die Idee eines Schulsanitätsdienstes geboren. Im Biologieunterricht wurde sie dann weiter aufgegriffen und auf ihre Realisierbarkeit überprüft. Allen Beteiligten war klar, daß es nicht leicht werden würde, die Idee umzusetzen. Doch die hochmotivierten Schüler machten allen Mut, am Ball zu bleiben. Viele Gespräche mit der Schulleitung, den Maltesern und der organisierenden Lehrerin Dr. Eisenbeiser-Engelbrecht (die zwischenzeitlich einen Ausbilderlehrgang in Köln besuchte) waren nötig, bis es endlich soweit war. Die Elternhilfe finanzierte einen Notfallkoffer und eine Notfaltasche, und der Sanitätsraum konnte eingerichtet werden.

Erste Einsätze der Schulsanis

Am Sporttag der Neuen Oberschule hatte die Sanitäts-Arbeitsgemeinschaft ihren ersten Dienst. Da es (erwartungsgemäß) nicht viel zu tun gab, wurde für die frischgebackenen Sanitätshelfer kurzerhand ein Notfall simuliert, um die Schlagkräftigkeit der Gruppe unter Beweis zu stellen. Als der Patient dann letztendlich aber von der Trage sprang, waren die Sanis verblüfft und ganz schön sauer. Weitere weniger spektakuläre, aber echte Einsätze folgten bei den Bundesjugendspielen, den Wochenenddiensten und bei diversen Schulfeten. Zu den Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft gehört außerdem die Assistenz bei Erste-Hilfe-Kursen der Malteser in der Schule. Beim Erste-Hilfe-Tag im September führte die Sanitäts-Arbeitsgemeinschaft eine Frage-

bogenaktion zum Thema: „Wann haben sie Ihren letzten Erste-Hilfe-Kurs gemacht?“ in der Braunschweiger Innenstadt durch. Für die Zukunft wünschen sich die Sanis mehr Akzeptanz durch die Lehrer. Leider glauben viele immer noch, sie müßten den Schulsanis etwas vormachen. Dabei liegt bei vielen der letzte Erste-Hilfe-Kurs schon Jahre zurück.

Dr. Iris Eisenbeiser-Engelbrecht/
Tobias Immenroth
Malteser-Hilfsdienst
Braunschweig

Reality-TV auch weiter ohne Malteser

Seine bereits im vorigen Jahr getroffene Entscheidung, an Sendungen des „Reality-TV“ nicht mitzuwirken, hat der Malteser-Hilfsdienst jetzt bekräftigt. Seine klare Position habe in der Öffentlichkeit ein durchweg positives Echo gefunden, heißt es in einem Rundschreiben des Generalsekretariats in Köln an die 620 Dienststellen der Hilfsorganisation. Damit hätten die Malteser unterstrichen, daß es ihnen in ihren vielfältigen Diensten um den ganzen Menschen gehe und daß dabei dem Recht der Patienten auf den Schutz der Würde ihrer Person höchste Priorität zukomme.

Die Produzenten der verschiedenen Reality-TV-Sendungen hätten auf die öffentliche Diskussion unterschiedlich reagiert. Versuche, auf Forderungen der Malteser einzugehen, seien unzulänglich geblieben. Denn letztlich habe niemand auf den Einschaltquoten garantierenden Nervenkitzel realer Fälle und realer Darstellungen verzichten wollen.

Daraus ziehen die Malteser den Schluß: Reality-TV macht Geschäfte mit menschlichem Leid, das noch dazu dem Gaffertum vor dem Bildschirm preisgegeben wird. Wir sehen uns nach wie vor außerstande, uns daran zu beteiligen.

Neuordnung der Entgeltfortzahlung

Mit großer Sorge beobachtete der deutsche Feuerwehrverband den vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuordnung der Entgeltfortzahlung. Kernpunkt dieses Gesetzentwurfes war die Einführung von zwei Karenztagen bei krankheitsbedingter Verhinderung der Arbeitsleistung. Nach dem Gesetzentwurf (BT-Drucksache 12/5263) sollte die Karenztag-Regelung jedoch nicht gelten, wenn die Krankheit auf einem Arbeitsunfall beruht oder eine Berufskrankheit im Sinne der Unfallversicherung ist. Da Unfallfolgen jedoch auch krankheitsbedingte Zeiten der

Arbeitsunfähigkeit nach sich ziehen, wollte der Vorstand des Deutschen Feuerwehrverbandes die Gelegenheit nutzen, die Frage der Lohn- und Gehaltsfortzahlung für ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige grundlegend zu regeln. Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, hat sich mit seinem Schreiben vom 10. August 1993 an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen gewandt und zum diskutierten Entwurf eines Entgeltfortzahlungsgesetzes um Klarstellung gebeten. Insbesondere hat Präsident Struve darauf hingewiesen, daß gerade in einer Zeit, in

der die Finanzausstattung der Kommunen, Länder und des Bundes zunehmend kritischer wird, man stärker als bisher auf die ehrenamtliche Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern angewiesen sei. Dieses träfe für alle Bereiche unseres täglichen Lebens zu. Es sei fatal, wenn der ehrenamtlich Tätige aufgrund seiner Tätigkeit und seines Einsatzes krank wird und für ihn dadurch noch zusätzliche Geldeinbußen entstehen.

Wie nunmehr der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herr Dr. Wolfgang Schäuble, mitteilte, hat der Deutsche Bundestag zur

Kompensation der Belastungen der Wirtschaft durch die solidarische Pflegeversicherung statt der ursprünglich geplanten Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer an der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine Begrenzung der Lohnfortzahlung an den derzeit zehn bundeseinheitlichen Feiertagen auf 80% beschlossen.

Durch die Änderung der Finanzierung der solidarischen Pflegeversicherung, so Präsident Struve, bleibt ein Einschnitt in die soziale Absicherung der ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen aus.

rö

Auslandsverwendungsgesetz

Intensiv setzte sich der Vorstand des Deutschen Feuerwehrverbandes mit dem Gesetz über dienstrechtliche Regelungen für besondere Verwendungen im Ausland (Auslandsverwendungsgesetz) auseinander. Zielrichtung dieses zwischenzeitlich in Kraft getretenen Gesetzes ist die Motivation von Beamten und Soldaten. Auch die Angehörigen der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk sollen motiviert werden, sich an humanitären und unterstützenden Maßnahmen im Ausland zu beteiligen. Das Gesetz sieht vor, daß die im Ausland eingesetzten Helfer abgestufte Tagessätze von 50,- 100,- und 150,- DM erhalten. Mit diesem Geld sollen die mit dem Einsatz verbundenen Belastungen und Gefahren angemessen abgegolten werden.

Der Deutsche Feuerwehrverband hat sich an den zuständigen Bundesminister des Innern gewandt und mit Befremden festgestellt, daß zwar die Helfer des THW vom Gesetz berücksichtigt werden, jedoch solche der Sanitätsorganisationen und der Feuerwehren nicht. Speziell für die deutschen Feuerwehren sei festzustellen, daß die Einbindung der Feuerwehren in die Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen von Frankreich, Luxemburg, Belgien, der Schweiz, Dänemark und Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und bei schweren Unglücksfällen unberücksichtigt bleibt. Auch die Einsatzarten seien sowohl humanitär als auch unterstützend, werden jedoch vom Auslandsverwendungsgesetz für die Feuerwehren nicht erfaßt.

Darüber hinaus monierte der Deutsche Feuerwehrverband, daß er als Fachverband

aller deutschen Feuerwehren zum Auslandsverwendungsgesetz nicht gehört worden ist, sondern lediglich auf Anregung von parlamentarischer Seite über den bereits eingebrachten Gesetzentwurf unterrichtet worden ist. Mit Nachdruck verlangt der Deutsche Feuerwehrverband, daß eine analoge dienstrechtliche Regelung zugunsten der Angehörigen der Feuerwehren erfolgt.

rö

Video-Lehrfilm über „Lebensrettende Sofortmaßnahmen“

Lebensrettende Sofortmaßnahmen bei Verkehrsunfällen: Oft entscheiden die ersten Minuten der Hilfe über Leben und Tod. Eine neue Video-Produktion des Kinotek-Verlages verdeutlicht anhand von fünf realistisch dargestellten, typi-



schen Unfall- und Notfallsituationen, was jedem passieren kann, was dann wie zu tun ist und wie sinnvolle Erste Hilfe aussieht. Erstversorgung Bewußtloser – Atemspende – Herz-Lungen-Wiederbelebung, aber auch Betreuung von unter Schock stehenden Unfallbeteiligten oder Kindern. Vieles von dem, was jeder irgendwann einmal gelernt und meist längst wieder ver-

gessen hat, wird hier gezeigt. Von daher ist das Video, nicht nur wegen der klaren Gliederung, Übersichtlichkeit und seines Informationsgehalts empfehlenswert für Autofahrer: Es ist auch ein Beitrag zur Bewußtseins-Schärfung breiter Bevölkerungskreise für die Notwendigkeit schneller Erstmaßnahmen durch Laien.

Bei der Herstellung standen dem Produktionsteam kompetente Partner vom DRK, ADAC und dem Deutschen Feuerwehrverband zur Seite. Vertrieb: Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, Postfach 240125 in 53151 Bonn.



Rarität: „Flori“ als Feuerwehr-Telefonkarte

Schnell wie die Feuerwehr: Nur wer ganz fix ist, wird bei der Feuerwehr-Telefonkarte 1994 eine Chance haben. Anfang März liegt beim DFV-Versandhaus in Bonn (Fax: 0228/95350-90) die erste Telefonkarte „Flori“ zum Abruf bereit – limitiert in einer Auflage von nur 1000 Stück, die zudem nicht im Sammeldienst der Post erhältlich ist. Also eine Rarität. „Flori“, die Symbolfigur für Brandschutz-Information, schmückt die Karte.

„DJF-Schlaglichter“ mit Daten und Fakten

Mit den „Schlaglichtern“ ist der Versuch gelungen, eine „neue DJF-Fibel“ zu machen, ohne damit das im Verbandsbereich anerkannte „Vorgängermodell“ aus dem Jahre 1966 in seiner Grundsatzbedeutung abzuwerten. Im Gegenteil: die „Schlaglichter“ bekennen sich zu dieser Tradition (einige zentrale Artikel der „Jugendfeuerwehr-Pioniere“ wurden übernommen). Die rund 200 Seiten sind es wirklich wert, gelesen zu werden. Diese Publikation spricht sicherlich in Form (viel Farbe, zahlreiche Fotos) und Inhalt ein breites Publikum, nicht nur aus dem Verbandsbereich an, denn es gibt keine umfassendere Quelle, um sich über die Jugendfeuerwehren zu informieren.

Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis beweist dies. Themen wie Technik, Brandschutzerziehung, Ehrenamtlichkeit, Dritte-Welt-Arbeit, Umweltschutz, Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Jugendringe und Internationales zeigen auf, wo sich die Jugendarbeit in der Feuerwehr derzeit befindet.

Die Beiträge, durchweg von Insidern der Jugendfeuerwehrarbeit verfaßt, halten auch mit kritischen Anmerkungen nicht hinter dem Berg. Ergänzt wird das Buch durch Artikel aus der „Gründerzeit“ der Jugendfeuerwehren, die weitere wichtige (fast schon historische) Einblicke vermitteln. Schließlich werden auch diejenigen bei der Lektüre der „Schlaglichter“ zufriedengestellt werden, die „nur“ auf der Suche nach Quellen und sonstigen Jugendfeuerwehr-Zeitdokumenten sind. (Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, 53 154 Bonn)

Feuerwehr-Jahrbuch 1993/94

Mit der 28. Ausgabe setzt der DFV die Reihe der Jahr-

TERMINPLAN

Stand: 11. Januar 1994
Ort

Datum	DFV	Tagung	Ort
5.3.	DFV	5. FRef „Musik“	Rietberg
5.3.-6.3.	DFV	8. Feuerwehr-Skilanglaufmeisterschaften	Schonach
11.3.-12.3.	DFV	4. FRef „Umweltschutz“	Fulda
12.3.		AK „Feuerwehrheime“	Bad Harzburg
24.3.-26.3.		Frühjahrsbesprechertagung LFV Bayern	Neustadt a. d. W.
8.4.-9.4.	DFV	2. FRef „Frauenarbeit“	Berlin
16.4.		LJF-Versammlung SH	Krempe
18.4.	DFV	5. FRef „Gesundh./Rettungsd.“	Kassel
19.4.-20.4.		FNFV-AA4 „Löschmittel, Löschgeräte und Löschanlagen“	Friedrichsdorf
20.4.	DFV	4. FRef „Einsatz“	Fulda
23.4.		LFV SH Landesfeuerweherversammlung	Elmenhorst
23.4.		1. Verbandsversammlung LFV Bayern	Eichstätt
3.5.-4.5.	DFV	5. FRef „Vorb. Brandschutz“	Fulda
7.5.	DFV	7. Bundeswertungsspielen	Rietberg/NRW
16.5.-18.5.		38. Sitzung AGBF AK „Technik“	Brunsbüttel
30.5.-31.5.	DFV	5. FRef „Fahrzeuge“	Rostock
3.6.-8.6.		INTERSCHUTZ	Hannover
3.6.-8.6. (?)		CTIF-Symposium	Interschutz (?)
3.6.-8.6. (?)		CTIF-Permanenter Rat	Interschutz (?)
4.6.	DFV	42. Delegiertenversammlung	Hannover
11.6.		Wettkampf Senatspokal	Bremen
17.6.-17.7.		Fußball-Weltmeisterschaft	USA
9.9.-11.9.		LFV HE/ Hess. Feuerwehrtag	Friedrichsdorf
17.9.		Eröffnungsveranstaltung	
17.9.-25.9.		Bayerische Brandschutzwoche	Rehau
23.9.-24.9.		Bayerische Brandschutzwoche	Bayern
		LFV BW Verbandsversammlung	Tübingen

bücher fort. Auch die neue Ausgabe bietet mit Berichterstattungen und Beiträgen aus der Verbandsarbeit und dem vielfältigen Geschehen im vergangenen Jahr einen Einblick in die Arbeit der Feuerwehren. Die CTIF-Veranstaltung (CTIF = Internationales Technisches Comité für vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen) in Berlin findet ebenso Berücksichtigung wie die Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes in Schwerin.

Darüber hinaus enthält das Jahrbuch sämtliche Anschriften der Feuerwehr-Gremien auf internationaler, nationaler

und Länderebene, hinzu kommen die Anschriften von Landes- und Bundesbehörden sowie einer Vielzahl von für die Feuerwehren wichtigen Institutionen. Dieser Anschriften-Teil macht das Jahrbuch in Verbindung mit dem statistischen Teil zu einem wertvollen Nachschlagewerk. Das Feuerwehr-Jahrbuch ist die einzige Veröffentlichung, in der in dieser umfassenden Form über das gesamte Brandschutzwesen in der Bundesrepublik berichtet wird.

(Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, 53 154 Bonn)

DLRG-Fachseminar Technik an der DFB-Sportschule in Grünberg

48 Technische Leiter, Frauen und Männer aus Hessen, die als Ausbilder, in Schwimm-, Boots-, Funk-, Tauch- und Geräteausbildung fungieren, folgten der Einladung des DLRG-Landesbeauftragten für Technik, Gerd-Peter Brühbach (Witzenhausen), zu einem Wochenendseminar in Grünberg. DLRG-Präsident Peter Enders begrüßte die Lehrgangsteilnehmer und bedankte sich dafür, daß sie trotz winterlicher Straßenverhältnisse weite Anfahrtswege zurücklegten, um sich über Neuerungen in der Technik zu informieren.

1993 sei ein schwieriges Jahr für die DLRG gewesen mit vielen finanziellen Problemen. Dennoch seien für 1994 die Zuschüsse der Hessischen Landesregierung für Ausbildungsmaßnahmen zugesichert worden, führte Enders aus. Er sähe optimistisch ins neue Jahr und wünsche allen Teilnehmern weiterhin viel Erfolg und gutes Gelingen bei ihrer Arbeit.

Anschließend bedankte Enders sich stellvertretend für alle Anwesenden bei Bernd Rüdiger für die in 1993 im Landesverband Hessen geleistete Arbeit. Enders zeichnete Rüdiger für seine persönlichen Verdienste um die DLRG mit dem Verdienstzeichen in Gold aus. Der Name „Rüdiger“ sei in Frankfurt ein Begriff und untrennbar mit der DLRG verbunden.

Neue Übungspuppen für HLW

Ein Vertreter einer namhaften Herstellerfirma stellte anschließend die neuen Übungs-

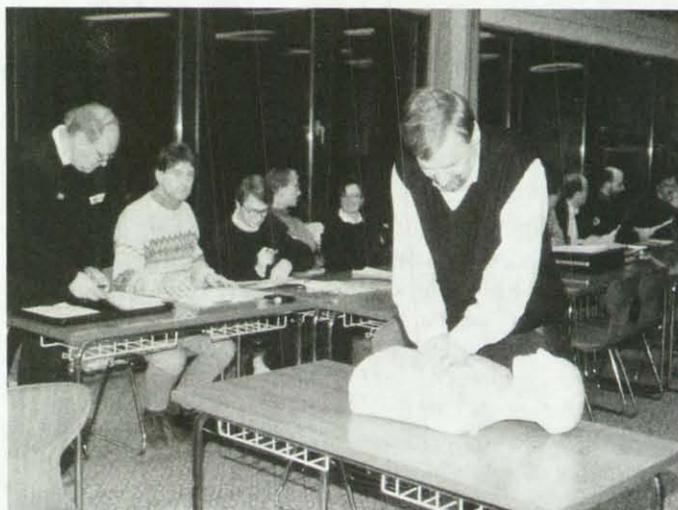
puppen „Little Anne“ und „Baby“ vor und demonstrierte daran die Herz-Lungen-Wiederbelebung. Neu ist, daß aus hygienischen Gründen der Atem- oder Lungenbeutel ausgewechselt wird. Auch die Gesichtsmaske ist mit leichten Handgriffen zur Desinfektion und Wiederverwendung auswechselbar.

Berichte aus der Technik

Alfred Rebe (Grünberg), Beauftragter Lehrscheine, berichtet, daß 1993 in den Regionalstäben gute Arbeit geleistet worden sei. 96 neue Lehrscheine, 45 Lehrscheinverlängerungen und 201 Fachübungslizenzen seien ausgestellt worden.

Willi Vogt (Ffm.), Beauftragter Tauchen, verwies darauf, daß bei einem Tauchlehrgang in 1993 mit elf Teilnehmern nur zwei Personen die Taucherprüfung erreicht hätten.

Horst Schöberl (Wetzlar), Beauftragter Rettungssport, stellte anhand einer Analyse fest, daß nur rund 50 Prozent der Gliederungen an der Austragung der Rettungs-Sport-Meisterschaften (RSM) interessiert seien. Für diese Misere nannte er als Gründe: Hohe Investitionskosten und ständiger Standortwechsel. Die Kosten der RSM 1993 beliefen sich auf ca. 30 000 DM. Er schlug vor, die RSM nicht mehr durchzuführen. Damit waren die Techniker nicht einverstanden. Ihre Meinung: Die Durchführung von RSM gehöre zur Öffentlichkeitsarbeit und zeige Breitenwirkung für die DLRG, auf die im Interesse einer Jugendarbeit nicht ver-



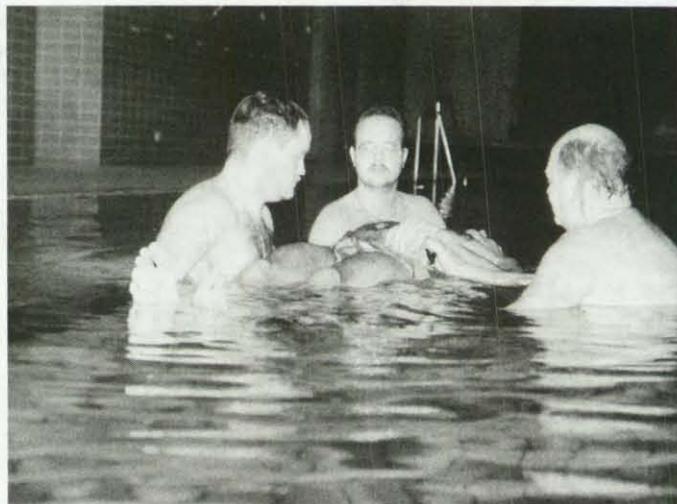
Demonstrationen an der neuen Übungspuppe.

zichtet werden könne. Vorschlag: Es wird ein Ausschuß gebildet, der sich mit der Zentralisierung der RSM auf einen Austragungsort und zur Kostensenkung durch Sponsoring befaßt. Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

Walter Schwab (Friedberg), Beauftragter Katastrophenschutz, berichtete, daß 1993 vier Helfer-, zwei Kfz- sowie

ein Sanitätslehrgang in Johannisberg durchgeführt worden seien. Bundesweit bemühe man sich darum, in den erweiterten KatS einzusteigen.

Bernd Rüdiger (Ffm.), Beauftragter Einsatz, verwies auf die Gefahren für Helfer bei der Eisrettung. So habe die DLRG erstmals mit der Feuerwehr in Marburg einen gemeinsamen Eisrettungslehrgang durchge-



Die schwimmfähige Rettungstrage wird getestet.

führt. Hierbei habe man festgestellt, daß die bisherigen Theorien in der Eisrettung den tatsächlichen Anforderungen nicht gewachsen sind. „Weil das Eis sehr brüchig war, halfen bei einer Übung im Laufe des Lehrgangs weder der Rettungsschlitten der Feuerwehr noch die Leinen der DLRG. Ein Versuch, den ‚Verunfallten‘ mit dem Rettungsgurt aus

dem Wasser zu ziehen, mißlang aus zwei Gründen: Die Helfer brachen an der Unfallstelle trotz Bauchlage selber ein. Aus sicherer Entfernung den ‚Verunfallten‘ herauszuziehen, war ebenfalls nicht möglich, weil die Leinen zu kurz waren. Bewährt bei dieser Aktion haben sich Schutzanzüge“, so Rüdiger. Diese hielten die Körperwär-

me bis zu - 35 Grad Außentemperatur und boten durch ihre Schwimmfähigkeit eine gute Sicherheit im Wasser.

Der Abend des Seminars war der praktischen Ausbildung im Wasser vorbehalten. Geübt wurde u.a. das Bergen eines Ertrunkenen mit der schwimmfähigen Rettungsstrage.

Jürgen Kämmerer

Weihnachts- hochwasser am Neckar: Pegel von 1926 erreicht

20. Dezember 1993, 19.00 Uhr: Alarmierung aller Einsatzkräfte der DLRG Neckargemünd. Durch anhaltende Regenfälle ist es zu einem starken Anstieg des Neckars gekommen. Maßgebend für die Stadt Neckargemünd ist der Pegel Gundelsheim. An ihm kann man absehen, wie hoch der Neckar in Neckargemünd steigen wird. Normalpegel ist dort ca. 240 cm. Am 20. Dezember 1993, 12.00 Uhr, ist der Wasserstand Gundelsheim bei 442 cm, um 22.00 Uhr bei 592 cm. Bei einem Stand von 550 cm tritt in Neckargemünd der Neckar über die Ufer. Prognose: der Neckar steigt weiter, stündlich um ca. 15 cm.

Für die Helfer der DLRG Neckargemünd heißt das, daß sie in zwei Arbeitsschichten, Tag und Nacht, arbeiten müssen. In Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd müssen Wohnungen ausgeräumt, Personen evakuiert, Sandsäcke gefüllt und verteilt, Öltanks gesichert und Pumpen gesetzt werden. Am Vormittag des 21. Dezember 1993 wird die einzige Verbindungsstraße der Stadt in das Wiesenbachtal überflutet, hier wird, unterstützt durch das THW Neckargemünd, ein Schlauchbootpendelverkehr eingerichtet. Teile der Altstadt Kleingemünds und der Mühlgasse sind überflutet. Die teilweise in den Häusern verbliebene Bevölkerung wird per Schlauchboot versorgt.

Mit dem Rückgang des Wasserstandes begann das große Aufräumen: Keller wurden leergepumpt, Straßen und Häuser vom Schlamm befreit. Bei diesem Einsatz wird den Helfern alles abverlangt, der Arbeitseinsatz ging bis an die Grenze der Belastbarkeit. Die 29 Frauen und Männer der DLRG Neckargemünd kamen auf fast 700 Arbeitsstunden. Der Hochwassereinsatz war am 24. Dezember 1993 um 14.00 Uhr beendet.

(des)

Katastrophenschutz-Übung des Landeswasserrettungszuges Rhein-Neckar-Mannheim

Etwas völlig Neues testete der DLRG-Landes-KatS-Wasserrettungszug Rhein-Neckar-Mannheim. So wurde am zweiten Samstag im Oktober in der Zeit von morgens 4.00 bis 20.00 Uhr abends eine neue Übungsstrategie von der Idee zur Erprobung gebracht. Eingesetzt wurden vier Tauchrettungsgruppen, die vier verschiedene Einsätze hintereinander durchlaufen mußten. Diese Trainingsmethode wurde dem Circuit-Training im Sport abgeschaut und durch Schiedsrichter aus den DLRG-Gruppen Heidelberg, Leimen, Neckargemünd und Walldorf überwacht.

Der Sammelpunkt für die Helfer befand sich an der Grillhütte in Oftersheim bei Schwetzingen, an der ein mobiler Funkleitwagen (TEL) der

Stadt Heidelberg installiert wurde. Von hier wurden die Einsatzstellen – Schleuse Schwabenheim, Feuerwehrübungsplatz Sandhofen in Mannheim, die Seen Binsfeld bei Speyer und der Badensee Walldorf – geleitet. Die jeweiligen Schiedsrichter an den Orten bereiteten die Übungsteile vor und wiesen die Helfer der Einsatzgruppen an. An diesen Orten wurden „Verletzte“ von gekenterten Booten geborgen, Rettungstaucher und Helfer suchten und bargen verschüttetes Material nach vorherigem GUV-Tauchgang, Boote wurden an steilen und unübersichtlichen Stellen zu Wasser gebracht, und Bootsmannschaften mußten erschütterungssensible Stoffe mit Geschicklichkeit, durch gekanntes und eingespieltes Paddeln,

von einem zum anderen Ufer befördern.

Bewertungskriterien waren unter anderem, übersichtliche Führung der Helfer, Teamwork, erfolgreiche Aufgabebewältigung, Disziplin und Schnelligkeit. Vermieden wurde bei dieser Übungsstrategie die vielfach aufgetretenen unfreiwilligen Pausen, in denen KatS-Helfer bis zu mehreren Stunden unbeschäftigt blieben. Dies schlug sich auf die Motivation nieder. Somit bestätigte sich diese Technik als attraktive Art der Ausbildung von Helfern, welche auch bei Hochwasser-Einsätzen, wie Ende Dezember in Eberbach, Neckargemünd und Heidelberg, für die Bevölkerung tatkräftig eingesetzt werden.

(mf)



Die DLRG-Helfer bei der Übung.

Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, Bundesvorsitzender der ARKAT, Braunschweig

Integration von mobilen Komponenten des Katastrophenschutzes in Führung, Kommunikation und Logistik bei Großschadenslagen

Vortrag anlässlich der 7. ARKAT-Fachtagung am 6. November 1993 in Lehrte

In der Wirtschaft und der Wissenschaft wird so gern von neuen Leitbildern für die Führung, die Organisation, die Kommunikation und Logistik gesprochen. Hier finden gegenwärtig Revolutionen statt, die mittlerweile auch die Hochkulturen hauptamtlicher Bürokratien in öffentlichen Verwaltungen zu ereilen drohen. Mit „Lean-Management“, dem Optimieren von Entscheidungs- und Informationswegen und angepassten Netzwerkkonzepten will man dazu beitragen, aufgeblähte Strukturen schlanker, effizienter und transparenter zu gestalten.

Man besinnt sich mehr und mehr auch auf natürliche Organisationsformen und versucht, teilweise hierarchische Ordnungen durch organische Netzwerkstrukturen zu überwinden, um so insgesamt wieder mehr Humankapital in Entscheidungsprozessen freizusetzen. Es sind hierfür eine ganze Reihe von Organisationsleitbildern und dynamischen Modellen entworfen worden, und es lohnt sich wirklich, diese einmal auf die Gegebenheiten eines komplexen Gefahrenmanagements hin zu analysieren. Bisherige Organisationsmodelle werden ob der gewachsenen Dynamik,

Komplexität und auch Globalisierung zivilisatorischer Gefahrenpotentiale allein durch weitere Spezialisierung langfristig nicht mehr in den Griff zu bekommen sein.

Vergleicht man den Katastrophenschutz als Ganzes mit einem Organismus, so haben auch in unserem Hilfeleistungssystem eine Vielzahl von Organen zusammenzuwirken und miteinander vernetzt zu kommunizieren. Führung und Kommunikation stellen das „Nervensystem“ in diesem Organismus „Katastrophenschutz“ dar. Nun tummeln sich bekanntermaßen zur Zeit eine Menge Viren aus Bonn und anderen Landen in diesem Organismus. Selbstverständlich gibt es im Katastrophenschutz seit geraumer Zeit zumindest an der Basis früh erkannte Krankheiten. Vor Radikaloperationen im Bereich von Führung, Kommunikation und Logistik und einem damit einhergehenden Verlust an Gesamtfunktionalität kann jedoch nur gewarnt werden.

Was benötigt wird, sind in diesem Bereich Anpassungen an vorhandene, nicht aber der Abbau und der Wegfall von Grundstrukturen. Schlüssel aller Betrachtungen für die personale „Überlebensfähigkeit“

des Katastrophenschutzes ist zweifellos die Nutzung der Integrationsmöglichkeiten dieser Fachdienst- und Hilfeleistungspotentiale für die Bereiche der allgemeinen Gefahrenabwehr.

Chancen zur Steigerung der Effizienz im Gefahrenbereich liegen vor allem in der Entwicklung integrierter Schutzkonzepte mit vernetzter Einsatzlogistik, um so die Gefahrenabwehr räumlich und in bezug auf das Schadensbild flexibel, präventiv und von der Reaktions- und Logistikfähigkeit her gesehen zeitlich verzuglos gestalten zu können.

Insgesamt kann dadurch die Flexibilität und der Einsatzwert des Katastrophenschutzes erheblich gesteigert und vielfach zu einer Reduzierung von Kosten sowie einer nachhaltigen Erhöhung der Schutzqualität beigetragen werden. Notwendig ist also ein Konzept, das die vorhandenen Schutzstrukturen derart segmentiert, daß deren Funktionen autonom wahrgenommen, aber nach modularem Prinzip sowohl personell, technisch, organisatorisch und logistisch vom Gesundheitswesen, dem Rettungsdienst, Feuerwehr, Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr u.a. Fachbehörden bis hin zum Katastrophenschutz

aufeinander abgestimmt in ein auf dezentrale Strukturen abgestelltes Netzwerk integriert werden können.

Es ist deshalb eine Schutzstrategie zu verfolgen, bei der alle diese Schutzfunktionen in einer abgestimmten schutzlogistischen Kette unter ganzheitlicher Betrachtungsweise bei geringstem Aufwand einen qualitativ hohen, schnell verfügbaren und flexibel kombinierbaren Schutzstandard im Sinne einer sequenzgerechten Verstärkung sicherstellen.

Zentrale Bedeutung kommt hierbei den Einheiten und Einrichtungen der Führung, des Fernmelde- und Versorgungsdienstes zu und setzt im Bereich von Führung, Kommunikation und Logistik ein integriertes Gefahrenmanagement voraus. Dabei müssen sich bezogen auf den Großschadensfall dem Schadens- und Einsatzgeschehen fraktal aufwuchs- und anpaßfähige Führungs- und Kommunikationsstrukturen ergeben.

Ein Fraktal ist ein Begriff aus der Mathematik, der den exakten Wissenschaften zugeordnet wird, und kennzeichnet autonom und nach bestimmten Ziel- und Leistungsvorgaben eindeutig beschreibbare Systeme, hier übertragen

auf die Führung und Kommunikation. Ihnen gemein ist das Prinzip der Selbstständigkeit und Selbstorganisation, und sie können als Elemente wiederum Bestandteil eines in mehrere Fraktale gegliederten umfassenderen Führungssystems werden und derart erweitert über Kommunikations- und Informationssysteme in übergeordnete Leitungs- und Koordinierungsebenen eingebunden werden.

Innerhalb einer integrierten Führungsorganisation müssen solche Fraktale modular über die nötigen personellen und technischen Ressourcen verfügen, um auf diese Weise eigenständig nach Einsatzzielvorgaben einer übergeordneten Gefahrenabwehrleitung operieren zu können.

Was bedeutet das nun hinsichtlich der Möglichkeiten der Einbindung mobiler Komponenten des Katastrophenschutzes in die konkrete Führung, Kommunikation und Logistik bei Großschadenslagen?

Erste Führungseinheit in einem Schadensfall dürfte in aller Regel die Besatzung eines ELW (Einsatzleitwagen) der Feuerwehr (Polizei) sein mit einer Führungskraft mit Befähigung S2/3 und einem Führungsassistenten für die Kommunikation mit einer ortsfesten Leitstelle, Bild 1. In Großschadensfällen wird es dann notwendig werden, eine örtliche Einsatzleitung den Prinzipien einer fraktalen Führungssystematik folgend aufzubauen, d.h. die Einsatzleitung in ihrem Führungs- und Kommunikationsteil zu ver-

stärken. Bereits für diese Aufgaben ließen sich Funktionsträger und Betriebspersonal einer Technischen Einsatzleitung des Katastrophenschutzes zur Entlastung hauptamtlicher Ressourcen, die im rückwärtigen Führungsbe- reich insbesondere an der Schwelle zum Katastrophenfall benötigt werden, in eine örtliche Einsatzleitung integrieren. Abhängig von den eingesetzten Kräften und dem Schadensausmaß kann die Einsatzleitung gegebenenfalls durch einen Fachberatungsteil ergänzt werden.

Hinsichtlich der künftigen Einsatzlogistik und der Kommunikationstechniken wird man von der Ausstattung her jedoch künftig auf zeitgemäße Technologie zurückgreifen müssen. So wird die TEL des Katastrophenschutzes „SEG-fähig“ konzipiert werden müssen, so daß ihr Führungsinstrumentarium nach maximal 30 Minuten am Schadensort eingesetzt werden kann. Lage-meldungen, Einsatzführung, Personal- und Versorgungs-übersicht müssen mittels mobiler rechnergestützter Einsatzleitsysteme im Verbund mit übergeordneten Führungsebenen ebenso möglich sein wie beispielsweise der Abruf von Einsatzplänen, Gefahren-gutinformationen, Betten-nachweisen usw.

Die Vorstellungen von Katastrophenschützern gehen davon aus, daß die alarmierten TEL-Kräfte die notwendige Informations- und Kommunikationstechnik am jeweiligen Einsatzort betriebsbereit vorfinden. Dazu ist ein mobiler

Führungsraum (Container) nach Alarmierung des TEL-Personals von hauptamtlichen Präsenzkräften im Rendez-vous-system vor Ort zu transportieren. Im Zusammenwirken mit Schnelleinsatzgruppen des Fernmeldedienstes als dezentral einsetzbare FM-Komponente ließe sich dann an einer Schadensstelle kurzfristig die gesamte Einsatzkommunikation und -logistik als mobile Leitstelle übernehmen sowie weitere Führungskomponenten fernmel-demäßig erschließen. Bei großflächigen Gefahrenanlagen ist es gegebenenfalls auch weiterhin sinnvoll, der TEL einen Erkundungs- und Lotsentrupp als mobile Komponente anzugliedern, um so ein Leit- und Orientierungssystem einrichten und betreiben zu können.

Ebenso kann es notwendig werden, auch bei friedensmäßigen ABC-Lagen mobile Meß- und Auswertungseinheiten (AMAST/Umweltbeobachtungs- und ABC-Meßstellen) modular in die Einsatzleitung vor Ort zu integrieren.

All das wird im Sinne des vielfach zitierten „Doppelnutzens“ jedoch nur dann zu einem integrierten Gefahrenmanagement zu entwickeln sein, wenn die jetzt zur Disposition stehenden Führungs-, Kommunikations- und Logistikkomponenten nicht einfach aufgegeben, sondern entsprechend den veränderten Anforderungen restrukturiert in eine wirkliche Neukonzeption für einen Gefahrenschutz als gesamtstaatlichem Anlie-

gen eingebracht werden können.

Die rückwärtige Gefahrenabwehrleitungsebene geht mit zunehmender Komplexität im Katastrophenfall dann von der Feuerwehreinsatzleitstelle in die Katastrophenschutzleitung über, wobei die örtliche Einsatzleitung wieder schlanker wird, indem sie an die Gesamtgefahrenabwehrleitung bzw. Katastrophenschutzleitung Kompetenzen abgibt und Fraktale nach modularem Prinzip zur Unterstützung rückwärtiger Leitungsaufgaben entkoppelt werden können.

Führungsmodelle müssen also dynamisch konfiguriert sein und den Aufbau konföderativer Strukturen ermöglichen mit einem hohen Grad an dezentralisierbarer Kompetenz.

Die Rahmenbedingungen des konkreten Einsatzgeschehens bestimmen letztendlich den jeweiligen Aufbau entsprechend spezifizierter Führungs- und Kommunikationskonzepte und -strategien. Im Einzelfall kann und sollte hier auch kein starres System vorgegeben werden.

Alternativ hierzu werden gegenwärtig Führungsmodelle diskutiert, die diesen vorgenannten Prinzipien vom Ansatz her überhaupt nicht entsprechen, Bild 2.

Alle eingesetzten Kräfte von Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Hilfsorganisationen und SEGs zur Verstärkung des Rettungsdienstes werden in diesem Beispiel (und es ist nur eines von vielen Modellen) vor Ort zunächst von allen bekannten Führungsebenen einer Berufsfeuerwehr (Direktionsdienst, Einsatzleitdienst, Zugführerdienst, Sachbearbeiterdienst) geführt. Der für die medizinischen Leitungsaufgaben verantwortliche Leitende Notarzt untersteht in diesem Fall dem Direktionsdienst der Feuerwehr, dem die Gesamteinsatzleitung obliegt. In Verbindung mit dem Transportorganisator, der Sachbearbeiter des hauptamtlichen Rettungsdienstes ist, soll er alle sanitätsdienstlichen Maßnahmen am Scha-

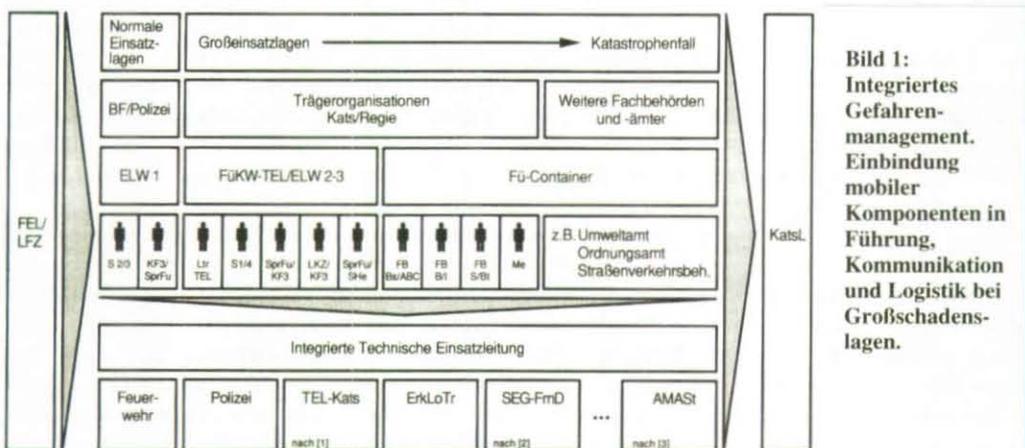


Bild 1: Integriertes Gefahrenmanagement. Einbindung mobiler Komponenten in Führung, Kommunikation und Logistik bei Großschadenslagen.

Strahlenschutz

3. Auflage
Von Georg Zimmermann
Verlag W. Kohlhammer GmbH,
70549 Stuttgart

In diesem Buch werden zunächst die physikalischen Grundlagen der Radioaktivität sowie die Gefahren erläutert, die von der radioaktiven Strahlung für die lebende Substanz ausgehen. Sodann werden die gesetzlichen Bestimmungen im Umgang mit radioaktiven Stoffen, insbesondere im Gefahrenfall dargestellt. Durch den ständig wachsenden Umgang mit radioaktivem Material sind Unfälle keine Seltenheit mehr. Für die Erstmaßnahmen durch die Feuerwehr ist detailliertes Fachwissen erforderlich, um nach Unfällen mit radioaktivem Material umgehen und Geräte verantwortungsvoll und wirksam einsetzen zu können. Das Buch soll dazu Hilfestellung leisten.

UKW-Sprechfunk-Handbuch

Von Wolf Siebel
Siebel Verlag GmbH,
53340 Meckenheim

Das Buch wurde vollkommen neu bearbeitet und dem aktuellen Stand angepaßt. Es gibt einen Überblick über den gesamten Frequenzbereich von 30 MHz bis 400 GHz. Daneben bietet es interessante Informationen über den UKW-Sprechfunk sowie ausführliche Erläuterungen zu den verschiedenen Funkdiensten wie Betriebsfunk, Auto-telefon, Behörden- und Sicherheitsdienste (BOS), See-, Rhein-, Flug- und Zugfunk.

Notruf 112

Feuerwehren im Einsatz
Band 14
Lothar Haus Verlag,
63521 Erlensee

Interessante Feuerwehreinsätze aus aller Welt sind in den Bänden dieser Dokumentationsserie zusammengefaßt. Verfaßt von kompetenten Fachautoren bieten die einzelnen Beiträge wertvolle Hintergrundinformationen zum jeweils geschilderten Schadensereignis. Eine Serie, die sich sowohl an den Fachmann als auch den interessierten Laien wendet.

Experimente für den Feuerwehrunterricht

Von Gisbert Rodewald
Verlag W. Kohlhammer GmbH,
70549 Stuttgart

Um den vielfältigen Gefahren bei der Brandbekämpfung und der technischen Hilfeleistung wirksam zu begegnen, muß die Ausbildung der Einsatzkräfte angepaßt und intensiviert werden. Das Experiment als zentraler Unterrichtsbestandteil dient dazu, dieses Ziel zu erreichen. Das Buch enthält eine Auswahl von bewährten Experimen-

ten zu den Unterrichtsgebieten Brandlehre, Löschlehre und Gefahrenlehre. Es schließt damit eine seit Jahrzehnten bestehende Lücke in der Feuerwehrliteratur. Der allgemeine Teil enthält Hinweise zur Vorbereitung und sicheren Durchführung der Versuche. Die Versuchsbeschreibungen zu den einzelnen Gebieten geben Anregungen für geeignete Experimente.

Scanner

UKW-Sprechfunk-Empfänger, Informationen,
Testberichte
Von Nils Schiffhauer
Siebel Verlag,
53340 Meckenheim

Das Buch erläutert, was es mit den Geräten auf sich hat und welche Funkdienste man damit empfangen kann. Was erlaubt und was verboten ist, wird konkret erklärt. Im Hauptteil des Buches werden alle aktuellen Geräte, vom Handscanner bis hin zum professionellen Überwachungsempfänger, vorgestellt und beurteilt. Ein weiteres Kapitel befaßt sich mit den dazugehörigen Antennen. Das Buch vermittelt umfangreiche Informationen zum Thema UKW-Sprechfunk und gibt viele nützliche Tipps.

Feuerwehr-Klassiker

Magirus KW
Von Udo Paulitz
Motorbuch-Verlag,
70180 Stuttgart

Als erster Band der neuen Reihe „Feuerwehr-Klassiker“ erschien soeben „Magirus-KW“, die vollständige Einsatz- und Technikgeschichte des inzwischen legendären Kranwagens („KW“) aus Ulm. Die rapide steigende Verkehrsdichte und die damit verbundene Unfallhäufigkeit erforderten ab Mitte der 20er Jahre neue Lösungen, um Verkehrshindernisse rasch beseitigen zu können. Bis dahin war das Bergen und Heben umgestürzter Bäume, verletzter Pferde und verunglückter Fahrzeuge immer mit großem Zeit- und Personalaufwand verbunden. Großstädtische Wehren beschafften und erprobten Fahrzeuge, die von der Industrie individuell hergestellt wurden. Führend in der Entwicklung neuer Spezialfahrzeuge wurde der Ulmer Lastwagenhersteller und Feuerwehrausrüster Magirus. Udo Paulitz dokumentiert in dieser Neuerscheinung, angereichert mit zahlreichen Fotografien, chronologisch Entwicklung und Einsätze dieser markanten Sonderanfertigung.

Geschichten, die die Forschung schreibt

Band 12: Von Karthago, Chaos und
Klebewesen
Von Karl-Heinz Preuß und
Rolf H. Simen (Hrsg.)
Verlag Deutscher Forschungsdienst,
53170 Bonn

Faszinierende Geschichten über die Wunder dieser Welt, die so manches Rätsel aufdecken und

die neugierig machen auf das, was die moderne Wissenschaft sonst noch zu bieten hat – so präsentiert sich der neue Band der Lesebuchreihe „Geschichten, die die Forschung schreibt“. Da gelingt zum Beispiel endlich eine „Beweisführung“ zu der uralten Frage, wer zuerst da war, die Henne oder das Ei. Denn Sprachwissenschaftler scheinen darauf mit der Feststellung „Erst war die Henne, dann das Ei – des Kolumbus“ eine ebenso pfiffige wie schlüssige Antwort gefunden zu haben. Das neue Buch ist ebenso spannendes und unterhaltsames wie auch lehrreiches Lesevergnügen für jung und alt, Fachleute wie Nichtfachleute, kurz für jedermann, der neugierig ist.

Die Roten Hefte

Lehrschriften
für den Feuerwehrmann
Verlag W. Kohlhammer,
70565 Stuttgart

Die Hefte der Schriftenreihe, die über 50 Titel umfaßt, werden ständig überarbeitet, um den vielfältigen Aufgaben der Feuerwehr gerecht zu werden. Auch in den vorliegenden Neuerscheinungen wurden alle neuen Erkenntnisse berücksichtigt, um den jeweiligen Themenbereich auf den aktuellen technischen Stand zu bringen.

Friedrich Kaufhold
Verbrennen und Löschen
Nr. 1, 15. Auflage

*

Hermann Schröder
Einsatztaktik
für den Gruppenführer
Nr. 10, 13. Auflage

*

Jürgen Kallenbach
Arbeitsschutz und Unfall-
verhütung bei den Feuerwehren
Nr. 17, 7. Auflage

*

Karl-Heinz Knorr
Die Gefahren der Einsatzstelle
Nr. 28, 5. Auflage

*

Karl Huber
Brandschau
Nr. 29, 3. Auflage

*

Georg Zimmermann
Mechanik für die Feuerwehrpraxis
Nr. 33, 5. Auflage

*

Hans-Peter Plattner
Ölalarm
Nr. 36, 3. Auflage

**Arzttruppkraftwagen (ATrKw)
Mercedes-Benz 407 D**

Den Sanitätszügen des Katastrophenschutzes sind jeweils zwei Arzttruppkraftwagen (ATrKw) zugeordnet, die im Bereich der Arztgruppe (zwei Arzttrupps) dem Transport von Personal, Ausstattung und Gerät dienen. In besonderen Fällen kann der ATrKw dem Transport von maximal vier Verletzten dienen – dazu muß ein Vier-Krankentragen-Gestell in den Heckraum des Fahrzeugs eingebaut werden. Vom Bund ausgeliefert wurden bisher Fahrzeuge auf der Basis des Mercedes-Benz-Transporters in der Version mit mittlerem Radstand (ca. sechs Meter).

Bereits im Heft 8/90 haben wir den ATrKw auf der Basis des neueren MB 609 D („T2“) vorgestellt, nunmehr ist für den Modellbauer auch die Version des MB 407 D (ältere Version) möglich.

Die Doppelkabinenfahrzeuge sind in der Regel den KatS-Zügen (Sanitätszügen) der Sanitätsorganisationen (DRK, JUH, MHD, ASB) zugeordnet. Im wesentlichen unterscheiden sie sich optisch in der organisationalstypischen Beschriftung. Die Lackierung erfolgt als Sanitätsfahrzeug allgemein in RAL 1014 (elfenbein) mit schwarzen Stoßstangen.

Das Modell

Konnten wir in o.g. Beitrag (8/90) den ATrKw auf der Basis des „T2“ beziehungsweise auf Basis des Grundmodells der Firma Praline (Nr. 4309, 4313 oder 4372) vorstellen, so macht ein neues Produkt von Preiser (Nr. 37008) nunmehr auch die erste Generation dieser Fahrzeuge möglich. Zudem ist damit jetzt auch die komplette Darstellung des KatS-Sanitätszuges – zusammen mit den anderen Fahrzeugen – in älterer (ausgenommen 4-Tragen-Wagen) und neuer Version möglich.

Bei dem von Preiser produzierten Grundmodell des ATrKw handelt es sich um ein absolut vorbildgetreues KatS-Fahrzeug (Fertigmodell) mit

Eines der Vorbildfahrzeuge für den ATrKw vom ASB-Ortsverband Kassel.



ATrKw im Maßstab 1:87/HO in möglicher Ausführung von JUH (links) und ASB (rechts).



DRK-Beschriftung. Im Prinzip könnte es in dieser Form belassen werden – es soll jedoch hier versucht werden, das Modell im Detail zu verfeinern beziehungsweise es in den Darstellungsformen der anderen Organisationen zu präsentieren. Dazu könnte als Grundmodell auch die Nr. 37009 (Kastenwagen Bundeswehr) genutzt werden – damit könnte die Entfernung von Blaulicht und Beschriftung entfallen, jedoch muß in diesem Fall von Dunkelgrün auf Elfenbein lackiert werden.

Zunächst muß das Modell in seine Einzelteile zerlegt werden. Fahrgestell einschließlich Kühlergrill und Räder verbleiben in der vorgegebenen Form (schwarze Lackierung). Die Figuren (Fahrer und Beifahrer) werden bei Bedarf entfernt. Entfernt wird zudem das Blaulicht einschließlich Sockel, es wird ferner – je nach Vorbild – durch einen dunkelblauen

Sockel sowie durch vorbildentsprechende Rundumleuchten ersetzt (Zubehör Herpa).

Die DRK-Beschriftung wird vorsichtig entfernt, das gesamte Modell farblich grundiert (weiß-matt) und in Elfenbein (RAL 1014) lackiert (Farbe: z.B. Müller, Siegen). Nach dem ausreichenden Trocknen der Farbe erfolgt zunächst ein vorsichtiges und genaues farbliches Absetzen der Fenster-Innenränder in schwarz-matt („Gummiränder“), dann der Zusammenbau der Einzelteile sowie zunächst die farbliche Detaillierung (Blinker orange, Rückleuchten rot, Türgriffe schwarz, Außenspiegel innen silber, MB-Stern silber). Die vorbildgerechte Beschriftung des ATrKw läßt sich für alle Organisationen vornehmen. Die entsprechenden Beschriftungs-Sets (DRK, JUH, MHD, ASB, KATS) liefert ebenfalls die Firma Müller aus Siegen.

Die Aufgaben fachkompetent bewältigt



Anlässlich der 7. ARKAT-Fachtagung am 6. November 1993 in Lehrte diskutierten namhafte Experten über neue Möglichkeiten der Führung, Logistik und Kommunikation im Katastrophenschutz. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Entwicklung medizinischer Versorgungsstrategien und die Integration des Katastrophenschutzes in das Gefahrenmanagement von Großunglücksfällen. Besonders beeindruckt zeigten sich die über 100 Teilnehmer von dem Erfahrungsbericht über die Bewältigung des schweren Zugunglückes vom 15. November 1992 im Landkreis Northeim.

Die Ausführungen der Einsatzleiter verdeutlichten, welchen Nutzen man aus der Einbindung des Katastrophenschutzes in die örtlichen Führungs- und Versorgungsstrategien für den Einsatzerfolg ziehen kann. Die positiven Erfahrungen waren Grundlage für ein jetzt mit dem Landkreis, der Feuerwehr, den Hilfsorganisationen und den kommunalen Regieeinheiten der Führung und des Sanitätsdienstes abgestimmten Gefahrenabwehrmodells beim Massenansturm von Verletzten.

Unser Titelbild zeigt, wie die Hilfskräfte unter schwierigsten Umständen erfolgreich zusammengewirkt und die Aufgaben fachkompetent bewältigt haben. Die Fotos auf dieser Seite zeigen das schreckliche Szenario. 62 Fahrgäste, eingeklemmt und mit teilweise lebensgefährlichen Verletzungen, mußten aus den zerborstenen Reisezugwagen befreit, elf Tote geborgen und insgesamt über 250 Personen betreut und versorgt werden.

(Fotos: Lange)

